Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 114 — **Freitag, den 16. Mai 1930** — **5. Jahrgang**

Arbeiter, wehrt Euch!

Gegen den Abbau des Arbeitslosen-Schutzes.

Was das gestern an dieser Stelle schon von uns geschilderte Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt als Lösung des Arbeitslosenproblems vorschlägt, darf unter keinen Umständen Gesetz werden. Die Vorentscheidung, die nach den Plänen des Kabinetts Brüning das Gutachten darstellen soll, muß bei der wirklichen Entscheidung im Reichstag meggefegt werden. Das ganze werktätige Volk, die gesamte Arbeiterschaft, einschließlich der christlichen Arbeiter, muß sich gegen die Ungeheuerlichkeiten des Gutachtens auflehnen.

Was die Sozialreaktion im Augenblick wollte, war nichts anderes als die Zerschlagung oder Verkrüppelung der Arbeitslosenversicherung selbst. Die Vorstöße in der bürgerlichen Presse zum Zweck der Herausnahme der Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und die Aktion des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zur Schaffung von Ersatzkassen für den Angestellten zeigen, daß das Fundament der Arbeitslosenversicherung bedroht war. Der zähe Widerstand der freien Gewerkschaften hat dafür gesorgt, daß auch in der Zeit, wo die Sozialdemokratie nicht in der Reichsregierung ist, die Bäume der Sozialreaktionäre nicht in den Himmel wachsen. Trotzdem ist und bleibt das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt ein brutaler Anschlag gegen die Arbeitslosen. Man will ihnen den schon fast leeren Brotkorb noch höher hängen. Man will einen Raub am Brot der Aermsten des deutschen Volkes. In der Zeit von der „Vorentscheidung" bis zur Hauptentscheidung muß von der frei organisierten Arbeiterschaft das ganze Volk zum Widerstand gegen den Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung in Stadt und Land mobilisiert werden. Das kann nicht schwer sollen; denn wenn erst einmal bei den breiten Massen erkannt wird, was an Leistungsabbau geplant ist, dann wird ein Volkssturm losbrechen.

Was will das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt? Lassen wir die Tatsachen sprechen. Im Vordergrund der Ersparnisvorschläge stand der Kampf um die Unterstützung der Arbeitslosen mit kürzerer als 52wöchiger Anwartschaft. Der alte Zentrumsantrag „Teufel-Riesener", der im vorigen Jahr bereits im Reichstag eine Rolle spielte, lebt wieder auf. Danach soll die volle Unterstützung nur der Arbeitslose erhalten, der mindestens eine durch Unterstützungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen hat, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer geringeren Unterstützung berechtigen würde. Was bedeutet dieser Antrag? Er ist heute eine noch größere Ungeheuerlichkeit als im vergangenen Jahr; denn heute sieht man immer deutlicher, daß das einzelne Arbeitsverhältnis mehr und mehr ein kurzfristiges wird. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer häufigere Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wäre nach dem Gutachten also, daß alle Versicherten, die nicht das Glück haben, langdauernd beschäftigt zu sein, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen und bei der Unterstützung sozusagen auf halbe Ration gesetzt werden. Immer noch will man im Zentrum nicht einsehen, daß die Zahlung der Sätze der Krisenunterstützung bei kurzfristiger Anwartschaft gerade die Unglücklichen trifft, die immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen müssen. Wer weniger die Unterstützung in Anspruch nimmt, soll bevorzugt werden, d. h. wer hat, dem soll gegeben werden. Man will angeblich die Arbeitsmoral heben, — in Wirklichkeit trifft man grausam und erbarmungslos Hunderttausende, die nichts dafür können, daß sie nur kurzfristig Beschäftigung finden. Leider haben sich die christlichen Gewerkschaften durch das Gerede, daß die Grundsätze einer Versicherung beachtet werden müßten, für die unsoziale Unterstützungskürzung breitschlagen und in die Front der Sozialreaktionäre drängen lassen. Sie wollen damit die Sonderregelung der Saisonarbeiter überflüssig machen. Der Saisonarbeiter, der keine 52 hintereinanderliegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt naturgemäß unter die Unterstützungskürzung. Bisher hatte der Saisonarbeiter, abgesehen von den 3—4 Monaten der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, Anspruch auf die volle Unterstützung. Jetzt soll er überhaupt nur die Krisensätze erhalten und, damit „Gerechtigkeit" herrsche, erstreckt man diese Verschlechterung gleich auf alle anderen Arbeitnehmer. Eine saubere Lösung des Saisonarbeiterproblems! Und auch damit noch nicht genug: für die Verschlechterung der Unterstützung während des ganzen Jahres sollen die Angehörigen der Saisonberufe nun auch noch vielfach höhere Beiträge bezahlen! Ein geradezu tolles Ansinnen!

Den Arbeitslosen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, will man den Unterstützungsanspruch nehmen. Sie sollen ihren seit der letzten Unterstützung geleisteten Beitrag zurückerhalten, jedoch nur bis zu höchstens 100 Mark. Alle Welt weiß, daß die 65jährigen infolge der geringen Altersversorgung nicht gerne auf Beschäftigung verzichten. Trotzdem will ihnen das Gutachten den Unterstützungsanspruch in der Versicherung rauben. Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstützung beziehen, soll die niedrigere Unterstützung um die Hälfte gekürzt werden, ausgenommen Ehegatten mit Kindern unter 14 Jahren oder mit arbeitslosen Kindern unter 17 Jahren. Auch hier haben die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften für die Verschlechterung gestimmt.

Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr sollen nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie keinen familienrechtlichen Unterstützungsanspruch haben. Die Arbeitgeber hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Sie haben keine Ahnung davon, daß der Verdienst der Jugendlichen unter 17 Jahren heute in der Mehrzahl der Fälle für die Familie eine glatte Notwendigkeit ist. Dieser Vorschlag schafft nur Verbitterung. Geld bringt er nicht ein, da der Zuschuß an Jugendlichen in den nächsten Jahren nachläßt. Auch die Heimarbeiterinnen, Wartefrauen, Zeitungsausträgerinnen usw. hat man nicht geschont. Geringfügige Beschäftigungen, d. h. solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern oder für die nicht mehr als 8 Mark wöchentlicher Verdienst erzielt wird, sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein.

Eine böse Litanei von Verschlechterungen, gegen die sich die freien Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit aller Macht gestemmt haben. Man will rund 100 Millionen durch Leistungsabbau einsparen, weil man vor dem von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften empfohlenen Weg eines allgemeinen Notopfers der Höherbezahlten zurückschreckt. Zur Empfehlung eines allgemeinen Notopfers hat sich der Vorstand der Reichsanstalt nicht aufgerafft. Es hieß, es sei nicht seine Sache, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. Als ob seine Ersparnisvorschläge nicht auch Deckungsvorschläge darstellten!

Engherzigkeit, wo gemäß der Pflicht der Allgemeinheit für die Aufrechterhaltung des Arbeitslosenschutzes gehandelt werden muß, und Grausamkeit gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise und Wirtschaftsentwicklung blicken aus dem Gesicht des dem Kabinett Brüning auf Bestellung gelieferten Gutachtens. **Gegen diese Politik der Engherzigkeit und Grausamkeit kann es nur rücksichtslosen Kampf geben. Volk, wehre Dich!**

*

Heraus mit der Sprache!

Berlin, 16. Mai. (Eig. Funk.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat bei der Beratung des Sozialetats im Haushaltsausschuß des Reichstages bisher auf alle Fragen über die Sanierung der Reichsanstalt ausweichende Antworten gegeben. Die Sozialdemokratie unternahm deshalb in der Donnerstagabend-Sitzung des Haushaltsausschusses einen Vorstoß, ohne daß Herr Stegerwald jedoch auf die an ihn gerichteten Fragen zufriedenstellend erwidert hätte.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

führte aus: Nachdem die Regierung es unterlassen hat, bisher irgendwelche Maßnahmen für die Sanierung der Reichsanstalt mitzuteilen, sehe er sich gezwungen, dem Haushaltsausschuß über den von der Mehrheit des Vorstandes der Reichsanstalt beschlossenen Abbauplan Mitteilung zu machen. Es handele sich um eine

Sammlung von Abbauvorschlägen der ganzen letzten Jahre.

Die Jugendlichen unter 17 Jahren blieben ohne Unterstützung, ebenso die Erwerbslosen über 65 Jahre. Die Anwartschaft zur Krisenfürsorge werde auf diejenigen der Arbeitslosenversicherung nicht mehr angerechnet, d. h. daß wiederum 13 Wochen verloren gingen. Im Mittelpunkt der Abbauaktion aber stände die unerhörte Bestimmung, daß an alle Erwerbslosen, die vorher kein volles Jahr in Beschäftigung gestanden hätten, statt ihrer rechtmäßigen Unterstützungsansprüche nur noch die Krisensätze ausgezahlt würden. Geringfügige Beschäftigung, wie die der Reinemachefrauen, werden aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen. Wenn beide Ehegatten erwerbslos seien, werde einem in den meisten Fällen der verheirateten erwerbslosen Frau, die Unterstützung auf 50 Prozent gekürzt. Es handele sich um eine Aushöhlung der heutigen Erwerbslosenversicherung in schimmster Form. Die Ersparnisse würden von der Reichsanstalt auf 116 Millionen Mark jährlich beziffert. Es bedürfe wohl kaum eines Hinweises, daß die Sozialdemokratie gegen diesen sozialreaktionären Abbau der Leistungen schärfsten Widerstand leisten werde. Die Vorschläge, die die Reichsregierung über die Reichsanstalt mache, bestätigten, daß die Befürchtungen der Sozialdemokratie noch weit übertroffen seien und daß das seiner Zeit vorgelegte Kompromiß lediglich Leistungsabbau bedeute. Die Situation von heute sei: Keine Sanierung, Beitragserhöhung und gleichzeitiger Leistungsabbau.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

erklärte ziemlich hilflos, daß er sich zu den Vorschlägen und zu der Sanierung der Reichsanstalt in keiner Weise äußern könne. Er wolle versuchen, den endgültigen Vorschlag des Reichskabinetts in 8—14 Tagen vorzulegen.

Abg. Wissel (Soz.)

weist darauf hin, daß die von der Reichsanstalt angenommene Durchschnittszahl von 1,5 Millionen zu unterstützenden Arbeitslosen den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werde. Im Durchschnitt der vier Monate von Januar bis April seien 2 348 000 Arbeitslose unterstützt worden. Wenn jetzt mit einer Durchschnittszahl von 1,5 Millionen Unterstützten gerechnet werden solle, dann dürfe die Arbeitslosigkeit in den nächsten 8 Monaten nicht über einen Durchschnitt von 1,076 Millionen hinausgehen. Das sei angesichts der am 1. Mai noch unterstützten rund 2 Millionen Arbeitslosen ganz ausgeschlossen. Hinzu komme, daß die Vorschläge der Reichsanstalt eine Wirkung hätten, die geradezu verhängnisvoll sein werde. Nach der Erhebung über die Verteilung der Hauptunterstützungsempfänger im vorigen Jahre, nach der Zahl der zurückgelegten Beitragswochen habe sich ergeben, daß

nur 25,8 Prozent eine Beitragszeit von 52 Wochen

zu verzeichnen haben. Jetzt solle aber nach den Vorschlägen der Reichsanstalt für alle Unterstützungsempfänger, die weniger als 52 Beitragswochen vor der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung zu verzeichnen hätten, die Unterstützung auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgemindert werden. Davon würden gerade die Unterstützten der höchsten Klasse bis zur Klasse 8 hinab betroffen. Das aber werde in erster Linie mit die Bauarbeiter betreffen, die wohl ausschließlich in diesen höheren Beitragsklassen versichert seien. Nach der Erhebung des vorigen Jahres hätten nur 11,7 Prozent der Bauarbeiter eine Beitragszeit von 52 und mehr Beitragswochen gehabt. Die Vorschläge der Reichsanstalt ließen auch darauf hinaus, den auf Grund der Versicherungsleistungen erworbenen Rechtsanspruch in allen Fällen zu mildern, in denen beide Ehegatten Unterstützung bekommen. Nirgends sei es im Versicherungsrecht üblich, Leistungsansprüche, die aufgrund von Beitragszahlungen erworben seien, von den Einnahmen anderer Familienmitglieder abhängig zu machen.

In später Abendstunde wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

Wiederzusammentritt des Reichstages

Eine grandiose Niederlage des Reichsjustizministers Dr. Bredt.

Berlin, 15. Mai. (Eig. Bericht.)

Am 15. Mai, dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichsparlaments stand der neue Reichsjustizminister Dr. Bredt zum ersten Male vor dem Reichstag. Er redete kurz und stellte dennoch einen ministeriell-parlamentarischen Weltrekord auf. Das Haus fand sich nach dem Auftreten Bredts zu einer einmütigen Willenskundgebung zusammen. Endlich eine Einheitsfront, aber nicht für den Minister, sondern gegen ihn. Bredts Gesetzentwurf zur

Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

wurde einstimmig abgelehnt. Nicht einmal den Antrag auf Ausschußberatung stellte ein Mitglied aus einer Regierungspartei. Erbarmungslos warf auch die Fraktion des Ministers, die Wirtschaftspartei, ihrem Vertrauensmann in der Regierung das gesetzgeberische Machwerk vor die Füße. So endete Bredts erste ministerielle Leistung. Er wird von sich sagen dürfen, daß noch nie ein deutscher Minister ähnlich vom Reichstag nach Hause geschickt worden ist. An Rücktritt denkt Herr Bredt natürlich nicht. Wie sollte er auch? Er hat lange genug darauf gewartet, „Herr Reichsminister" tituliert zu werden.

Der Gesetzentwurf wollte die Kürzung der Anwaltsgebühren in Armenrechtssachen, ferner wollte er eine Berufung in Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche nur bei einem Betrag von 200 Reichsmark zulassen. Die amtsgerichtliche Zuständigkeitsgrenze, die in der Vorkriegszeit 600 ℳ betrug, sollte auf 1000 ℳ erhöht werden, sodaß also erst bei Rechtsfällen im Werte von über 1000 ℳ das Landgericht in Anspruch genommen werden könnte.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Marum bezeichnete den Gesetzentwurf als

unsozial und plutokratisch.

Er verlangte die Ablehnung schon bei der ersten Beratung. Alle weiteren Redner aus dem Hause schlossen sich dem sozialdemokratischen Sprecher an. Das Schicksal des Gesetzentwurfes war dementsprechend. Er wurde ruhmlos begraben.

Das Haus wandte sich dann dem Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu, steuerliche Maßnahmen zwecks

Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung

der deutschen Wirtschaft zu erlassen. Es handelt sich um ein Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung. Sie soll das Recht erhalten, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags auf den Gebieten des Steuerabzuges vom Kapitalertrage, der Kapitalverkehrssteuer, der Wertzuwachssteuer und der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0001

Besteuerung inländischer Aktiengesellschaften steuerliche Erleichterungen zu treffen. Der Zweck der in Aussicht genommenen Maßnahmen soll sein, dem deutschen Kapital eine Anlage in Deutschland selbst wünschenswerter als eine Anlage im Auslande erscheinen zu lassen. Die Regierung erhofft von diesen Maßnahmen neue Arbeitsmöglichkeiten für die werktätige Bevölkerung und die Abnahme der Zahl der Erwerbslosen.

Für die Sozialdemokratie machte der Abg. Keil geltend, daß der Gesetzentwurf verfassungsändernd sei und darum zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. Keil polemisierte lebhaft gegen die verlangte Ausschaltung des Reichstages. Nicht ein Ausschuß, sondern der gesamte Reichstag habe über die Finanzfragen zu entscheiden. Der Reichskanzler habe fast in jeder seiner Reden über die Notwendigkeit von Verantwortung gesprochen. Hier wolle man aber den Reichstag auf wichtigsten Gebieten von der Verantwortung befreien. Keil erhob dann im einzelnen Bedenken gegen die beabsichtigten Steuersenkungen. Er zweifelte stark, ob überhaupt in absehbarer Zeit Steuersenkungen möglich seien.

Der Reichsfinanzminister versuchte sich dadurch herauszureden, daß er sich hinter die frühere Regierung und den Reichsarbeitsminister Wissell verkroch. Dieser habe eine Belebung des Kapitalmarktes für den Wohnungsbau auch durch Aufhebung der Kapitalertragsteuer unterstützt. Damit sagte Moldenhauer wirklich nichts neues. Für eine Hebung des Kapitalzuflusses auf dem Baumarkt und damit zu einem Rückfluß von jetzt Erwerbslosen in den Produktionsprozeß ist auch die Sozialdemokratie bereit, alles Notwendige zu tun. Ob die Aufhebung der Kapitalertragsteuer dafür ein geeignetes Mittel ist, darüber kann man, wie Keil im einzelnen ausführte, zweierlei Meinung sein. Er erwiderte dem Minister sofort, daß dieser die Diskussionsgrundlage verschoben habe. Es handele sich lediglich um die Frage, ob die Regierung unter Ausschaltung des Parlaments die Ermächtigung erhalten solle, selbst Steuersenkungen vorzunehmen. Der Versuch Moldenhauers, sich durch Wissell zu schützen, sei vollkommen mißglückt. Keine Partei sei verpflichtet, jede Vorlage anzunehmen, die von einer Regierung eingebracht werde, in der sie selbst nur eine Minderheit darstelle. Eben erst hätten ja sogar sämtliche Regierungsparteien dem Reichsjustizminister eine Vorlage abgelehnt. Die Sozialdemokratie werde das Ermächtigungsgesetz bekämpfen.

Der kommunistische Redner Dr. Neubauer freute sich, aus Mangel an eigenem Wissen einige Stichworte aus der Rede Moldenhauers gegen die Sozialdemokratie aufpicken zu können. Er hatte aber am allerwenigsten Grund, sich gegen das Ermächtigungsgesetz zu engagieren. Regieren doch die Sowjet-Machthaber in Rußland von jeher nur aufgrund einer Ermächtigung, die ihnen noch nicht einmal von einem frei gewählten Parlament erteilt worden ist. Der Gesetzentwurf wurde dem Steuerausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Abschluß in Genf.

Die letzten Verhandlungen.

Genf, 15. Mai. (Eig. Drahtb.) Der Völkerbundsrat, der am Donnerstag seine diesjährige Mai-Tagung beendete, genehmigte in seiner Schlußsitzung das Gesuch des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes zur Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes über die Aufnahme des Freistaates Danzig als Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes. Außerdem wurde die Aufhebung der Finanzkontrolle über Ungarn beschlossen.

Der englische Außenminister unterrichtete den Rat über die Verhältnisse in Palästina. Der Untersuchungsbericht über die Unruhen des vergangenen Jahres, der in aller Kürze der Mandatskommission des Völkerbundes zugehen werden, habe einen Umfang von 1000 Druckseiten erreicht. Zwecks Verhütung ähnlicher Zwischenfälle wie 1929 sei die Vermehrung der Truppen und eine Reorganisation der Polizei vorgenommen worden. Ferner lasse die britische Regierung die Regelung der Einwanderungs- und Ansiedlungsverhältnisse zurzeit durch Fachleute einer neuen Prüfung unterziehen. Sie hoffe, daß über die erforderlichen Maßnahmen mit den arabischen und jüdischen Bevölkerungskreisen eine Verständigung erzielt werden könne.

Der Rat befaßte sich zum Schluß noch mit den Beschwerden des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien über die Entlassung mehrerer Aerzte einer Knappschaftskasse und mit dem Fall Bochmann, ohne jedoch zu einer Entscheidung zu gelangen. Inbezug auf die Streitfrage hinsichtlich der Anmeldung der Schulkinder für die deutsche Minderheitsschule hat die polnische Regierung inzwischen ihre Meinung dahin geändert, daß die Eltern oder Erziehungsberechtigten der Kinder nicht mehr vor einer Kommission zu erscheinen brauchen. Die gewünschten Auskünfte können von jetzt ab durch die Beantwortung eines Fragebogen erteilt werden.

Einigkeit zwischen Briand und Curtius.

Genf, 15. Mai. (Eig. Drahtb.) In einer am Donnerstagabend abgehaltenen Besprechung zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem Reichsaußenminister Dr. Curtius wurden Richtlinien für die Rheinlandräumung festgelegt. Ihre endgültige Gestaltung soll im einzelnen durch Verhandlungen des deutschen Botschafters in Paris mit der französischen Regierung erfolgen. Ueber das Datum der Rheinlandräumung ergab sich zwischen dem Reichsaußenminister und Briand vollkommene Uebereinstimmung. Sobald die Rheinlandräumung erfolgt ist, werden auch die Bahnschutztruppen aus dem Saargebiet zurückgezogen.

Am Donnerstagabend hatte Curtius u. a. auch mit dem italienischen Außenminister Grandi eine Aussprache.

Das Osthilfe-Gesetz.

Gestern vom Reichskabinett verabschiedet.

Das Reichskabinett hat am Donnerstag abend das Osthilfegesetz verabschiedet. Die endgültige Formulierung des Gesetzestextes soll heute erfolgen. Auch die Ausführungsbestimmungen will man noch heute festlegen. An der gestrigen Kabinettssitzung waren beteiligt, die Reichsbank, die Preußenkasse, die Rentenbank-Kreditanstalt und das preußische Staatsministerium.

Das von dem Reichsinnenministerium ausgearbeitete Ostprogramm besteht in seiner jetzigen Fassung nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, aus einem Rahmengesetz mit sechs Einzelgesetzen, sondern es handelt sich um ein zusammenfassendes Gesetz, in das sämtliche Ermächtigungen für das Kabinett hineingearbeitet sind und ein Spezialgesetz für die Errichtung der Ablösungsbank.

Der Charakter des Gesetzes ist der eines Ermächtigungsgesetzes. Die wiederholten Verhandlungen mit dem preußischen Kabinett und die Erörterungen innerhalb der Reichsregierung haben jedoch dazu geführt, daß die notwendige enge Zusammenarbeit mit Preußen auch gesetzlich festgelegt wird. In dem Gesetzestext ist deshalb u. a. eine Bestimmung enthalten, nach der die Reichsregierung das Gesetz „im Einvernehmen mit der preußischen Regierung" durchführen wird. Materiell wird diese Zusammenarbeit zunächst dadurch in Erscheinung treten, daß die Preußenkasse sich an der geplanten Ablösungsbank beteiligt.

Die Aufwendungen für die Osthilfe stellen sich nach dem jetzigen Programm auf 116 Millionen im laufenden Jahr und auf je 100 Millionen in den 4 folgenden Jahren, sodaß der Gesamtbetrag in 5 Jahren rund 520 Millionen Mark betragen dürfte.

Unsoziale Pläne bei der Reichsbahn.

Ein Schlag gegen die Hilfsbeamten.

Seit ihrer Gründung betreibt die Reichsbahngesellschaft eine Personalpolitik, die sich **gegen die Arbeiterschaft und gegen die Beamten der unteren Besoldungsgruppen** richtet. Die Hoffnung, daß das nach der Neugestaltung der Reichsbahnverhältnisse auf Grund der Youngplanes besser werde, scheint sich nicht zu erfüllen. So führt die Reichsbahnverwaltung jetzt **im Anschluß an den eben eingeleiteten Arbeiterabbau** einen neuen **Schlag gegen das Beamtenverhältnis in den Laufbahnen des Betriebs- und Verkehrsdienstes.** Diese Beamten rekrutieren sich hauptsächlich aus den Arbeitern der Reichsbahn. Sie werden bis zu ihrer Anstellung als Beamte als sogenannte Hilfsbeamte ihm Lohnverhältnis beschäftigt.

Die Zahl der auf Beamtenposten tätigen Arbeiter (Hilfsbeamten) ist immer mehr angestiegen. So waren in den verkehrsreichen Monaten des letzten Herbstes nach der Personalstatistik der Reichsbahn über 90 000 Hilfsbeamte auf Beamtendienstposten beschäftigt. Die Folge ist, daß die Beamtenanwärter im Arbeiterverhältnis ein immer höheres Lebensalter erreichen, ehe sie in eine Beamtenstelle einrücken. Jetzt will nun die Reichsbahnverwaltung über 90 Prozent dieser Hilfsbeamten von der ihnen zukommenden Ueberführung in das Beamtenverhältnis gänzlich ausschließen. Das soll erreicht werden durch die

Einschaltung einer Lebensaltersgrenze,

nach deren Ueberschreiten eine Ueberführung ins Beamtenverhältnis nicht mehr in Betracht kommt. Diese Grenze soll das 35. Lebensjahr sein. Wer also das 35. Lebensjahr vollendet, kommt für eine Anstellung nicht mehr in Betracht — unbeschadet seiner bisherigen und ständigen Verwendung im Beamtendienst.

Eine solche Maßnahme würde nach den eigenen Unterlagen der Reichsbahnverwaltung weit über die Hälfte der Beamtenanwärter im Lohnverhältnis jetzt schon

von der Erlangung des Beamtenverhältnisses ausschließen.

Aber auch die Beamtenanwärter im Alter unter 35 Jahren werden bei der gegenwärtigen Drosselung der Beamtenstellen im Betriebs- und Verkehrsdienst das 35. Lebensjahr überschreiten, ohne eine Beamtenstelle zu erreichen. Vor ihnen müssen nämlich noch die ehemaligen Beamten wieder in die Beamtenstellen gebracht werden, die in den früheren Jahren von der Reichsbahn unter Aufständigung der Beamtenstellung ins Arbeiterverhältnis zurücküberführt worden waren. Außerdem warten in diesen Gruppen vor ihnen noch Tausende von außerplanmäßigen Beamten auf ihre planmäßige Einstellung, die meist schon 8 bis 10 Jahre im außerplanmäßigen Beamtenverhältnis stehen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Unterlagen der Verwaltung von den 80 000 bis 90 000 Hilfsbeamten nur rund 32 000 als Beamtenanwärter umfassen, also von vornherein den größeren Teil von der Anwartschaft ausschließen.

Dieser Schlag würde für die Beamtenanwärter unter den Arbeitern der Reichsbahn bis auf einen kleinen Rest

jede Aussicht vernichten, jemals Beamter zu werden.

Trotzdem rechnet die Verwaltung darauf, diese Kräfte auch künftighin im Beamtendienst zu belassen; sie könnte ohne diese Kräfte auch den Betrieb gar nicht reibungslos durchführen. Es handelt sich hier um die schwerwiegendste Maßnahme, die seit Bestehen der Reichsbahngesellschaft gegen den Bestand des Beamtenverhältnisses der unteren Gruppen geführt worden ist. Das Beamtenverhältnis wird in diesen Laufbahnen von der Seite des Nachwuchses her abgedrosselt. Gleichzeitig sollen nämlich für den künftigen Nachwuchs der Beamten aus Arbeitern die Bestimmungen derart verschärft werden, daß auf absehbare Zeit Arbeiter für die Beamtenstellung kaum mehr in Betracht kommen können.

Als Begründung für ihre Pläne führt die Reichsbahn

die hohe Pensionslast

an. Sie sagt, daß ein Beamter, der erst in spätem Lebensalter angestellt werde, schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit mit seiner Pensionsversorgung in Erscheinung trete und infolgedessen die Pensionsausgaben zu stark belaste. Diese Darstellung ist irreführend. Das verhältnismäßig späte Einstellungsalter für die Beamtenanwärter im Arbeiterverhältnis wird bedingt durch die niedrige Zahl der Beamtenstellen in den Laufbahnen des Betriebs- und Verkehrsdienstes. Wenn ein hoher Prozentsatz der Beamtendienstposten mit Hilfsbeamten besetzt wird, so ist natürlich auch die Zeitspanne entsprechend lang, während der der Beamtendienstuer im Lohnverhältnis steht. In Wirklichkeit spart also die Verwaltung an diesen Beamtenkräften gerade dadurch, daß sie mit dem späten Lebensalter erst in eine Beamtenstelle einrücken.

Der Einheitsverband der Eisenbahner denkt nicht daran, sich mit den geschilderten höchst unsozialen Absichten der Reichsbahnverwaltung abzufinden. Wir können uns auch nicht denken, daß der künftige Verwaltungsrat, der nach dem neuen Reichsbahngesetz ausschließlich aus deutschen Vertretern bestehen soll und an dem also Ausländer nicht mehr beteiligt sein werden, sich dazu hergeben sollte, einen neuen Entwicklungsabschnitt der Reichsbahn ausgerechnet mit derartigen ungeheuerlichen Maßnahmen einzuleiten.

Ein weiblicher Nabob gestorben.

Die Begum von Bhopal,

die Witwe des Maharadscha von Bhopal, eine der reichsten indischen Fürstinnen, ist im Alter von 72 Jahren in Bombay gestorben. Sie war die einzige regierende indische Fürstin, ein Vierteljahrhundert stand Bhopal unter ihrer Herrschaft.

Gegen die Mieterhöhung.

Die Zwischengewinne der Althausbesitzer.

Der Landesverband Preußen im Bunde Deutscher Mietervereine hat der preußischen Staatsregierung und dem preußischen Landtag im Namen der ihm angeschlossenen 905 preußischen Mieterorganisationen eine Denkschrift überreicht, in der zu den geplanten Mieterhöhung Stellung genommen wird. Die Denkschrift erinnert daran, daß außer der staatlichen Mieterhöhung noch weitere kommunale Erhöhungen der Miete in Aussicht stünden. Die Mieten in sämtlichen preußischen Gemeinden seien aber bereits erheblich höher als 120 Prozent der Friedensmiete. Im Gegensatz zu dieser Mietzinspolitik seien Löhne, Gehälter und die Bezüge der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner nur mit einer gesetzlichen Altmiete von 12 Prozent berücksichtigt. Sofern ein Ausgleich des preußischen Staatshaushalts nicht in anderer Weise, ohne Mieterhöhung, möglich sei, könne er nur erreicht werden, wenn die jährlich rund 300 Millionen Mark betragenden Zwischengewinne des Althausbesitzes an der Hauszinssteuer erfaßt werden. Die Veränderung des Veranlagungssystems und die Vermeidung solcher Zwischengewinne sei in verschiedenen anderen Ländern z. B. Sachsen, Baden, längst durchgeführt worden. Das Defizit im Staatshaushalt von ca. 110 Millionen Mark könne auf diese Weise ohne Mieterhöhungen gedeckt werden und die überschießenden Beträge könnten zur Förderung des Wohnungsneubaues und zur Senkung der Neubaumieten Verwendung finden.

Bullen-Willi.

Der Kommunist Leow, genannt Bullen-Willi, hat sich in der KPD. aller Widersacher und Gegner entledigen können. Thälmann, der über seinen Kumpan die schützende Hand hielt, veranlaßte eine „Rehabilitierung" durch Moskau. Die Anklagen gegen Leow, Unterschlagungen aus der Kasse des RFB., begangen und einen wüsten Lebenswandel geführt zu haben, wurden durch Kaltstellung und Ausschlüsse der Ankläger beantwortet. Leow, den Heinz Neumann im Karl-Liebknechthaus ein „korruptes Element" nannte, ist zurzeit wieder obenauf und darf die illegale „Rot Front" kommandieren. Allerdings läßt man ihn an die Kasse dieser Organisation nicht mehr heran.

Zirkus Frick.

Weimar, 16. Mai. (EF.) Der thüringischen Staatsregierung lagen am Donnerstag 5 Personalvorschläge des Putschisten Frick zur Besetzung von Polizeidirektorenstellen vor. Vier der Vorschläge stimmte die Regierung zu. Inwieweit es sich bei den Kandidaten um Mitglieder der Nationalistischen Partei handelt, war bisher noch nicht festzustellen. Es ist jedoch anzunehmen, daß unter den Kandidaten Nationalsozialisten sind, nachdem die Regierungsparteien grundsätzlich die Meinung vertreten, daß die Anstellung von Beamten Sache des Landes ist und ein Einspruch des Reichsinnenministers in dieser Frage nicht zu rechtfertigen ist. Auch die Ernennung des Nationalsozialisten Ortlepp zum Polizeidirektor von Weimar wurde nach den vorliegenden Blättermeldungen zur wegen finanzpolitischer beamtenrechtlicher Gesichtspunkte zurückgestellt. Also keineswegs wegen der Mitgliedschaft Ortlepps zur Nationalsozialisten Partei.

Die Nationalsozialisten erwiderten auf den ablehnenden Standpunkt der Mehrheit des Kabinetts mit einem Ultimatum, in dem sie unverzüglich die Erfüllung ihrer Forderungen in Bezug auf die Besetzung der fünften Polizeidirektorenstelle verlangten. Das Ultimatum wurde jedoch von allen Koalitionsparteien abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Anstellung von Beamten nicht Sache der Parteien, sondern eine Angelegenheit der Regierung sei. Die Nationalsozialisten beantworteten diese abweisende Erklärung damit, daß sie am Donnerstag sowohl den Ausschußsitzungen als auch der Plenarsitzung des Landtags fernblieben. Man konnte sie während der ernsten Verhandlungen bei Wein und Bier im Weimarer Kaiserkaffee sitzen sehen.

Die Folge war, daß die Regierungsparteien beschlußunfähig waren. Abends versuchten die Regierungsparteien in einer einstündigen Sitzung nochmals, die Differenzen beizulegen. Eine Verständigung kam aber nicht zustande, so daß die Möglichkeit einer Krise nicht ausgeschlossen ist, falls die bürgerlichen Parteien vor den Nationalsozialisten nicht zu Kreuze kriechen sollten.

Demokratische Beamte werden entlassen.

Weimar, 15. April. (Eig. Drahtb.) Der Polizeioberleutnant Bateke-Gotha, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, wurde auf Anordnung des Putschisten Frick mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Gleichzeitig wurde ihm die Waffe abgenommen und das Tragen der Uniform untersagt.

Der Anordnung des Putschisten Frick liegt folgender Vorfall zugrunde: Bateke unterrichtete dieser Tage vor Polizeibeamten über das Republikschutzgesetz. Zur Erläuterung des § 5 des Gesetzes, — Beleidigung von Mitgliedern der Landesregierungen — wählte der Oberleutnant neben anderen Beispielen eine zurzeit in Thüringen übliche Redensart. Sie besagt, der Minister Frick habe in seinem Namen das R zuviel, daß dem nationalsozialistischen Gauleiter und Landtagsabgeordneten Sauckel vor dem L fehle. Als die Erläuterung bereits benutzt war, bemerkte Bateke, daß sein Beispiel wenig glücklich gewählt war. Er befragte sofort mehrere Beamte darüber, die erklärten, die Darlegung durchaus als sachlich empfunden zu haben, zumal Oberleutnant Bateke darauf hingewiesen hatte, daß die von ihm benutzte Aeußerung, wenn sie heute ein Polizeibeamter höre, Veranlassung zum Einschreiten gebe.

Der überempfindliche Herr Frick, der sich vor seiner Ministerschaft ganz andere Aeußerungen gegen ehrenwerte Persönlichkeiten hat zu Schulden kommen lassen, benutzt den Vorfall unter Anwendung des von ihm selbst einst in gehässiger Weise bekämpften Republikschutzgesetzes natürlich sofort, um einen republikanischen Beamten auf die Straße zu setzen.

Die Gehälter bei der Internationalen Bank.

Am 17. Mai wird die Bank für Internationale Zahlungen offiziell ihre Tätigkeit aufnehmen. Auch die Gehälter der leitenden Beamten sind schon festgelegt. Der Präsident Max Garrah erhält jährlich 200 000, der Vizepräsident 160 000, Generaldirektor Quesney 125 000, der deutsche Vizegeneraldirektor Dr. Hülse 105 000 M. (Wielleicht ermuntert diese Bekanntgabe der BZA.-Gehälter auch deutsche Stellen zur Nachfolge in der Gehälterpublizität.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0002

Politischer Boxkampf.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung

kam es am Donnerstagabend zu einem regelrechten Faustkampf. Die Nationalsozialisten forderten im Verlauf der Sitzung einen Einspruch der Stadtverwaltung bei der Reichs- und preußischen Staatsregierung gegen die Annahme des Youngplanes. Als der demokratische Stadtverordnete Eyck für einen volksparteilichen Antrag auf Ablehnung des nationalsozialistischen Ansinnens bzw. auf „Uebergang zur Tagesordnung" sprechen wollte, kam es zu einem Höllenspektakel. Eyck wurde von den Nazis beschimpft und von den Kommunisten niedergeschrien. Dem Stadtverordnetenvorsteher blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung auf 10 Minuten zu vertagen.

In der neuen Sitzung ging die Debatte, infolge der Ungeschicklichkeit des stellvertretenden deutschnationalen Stadtverordnetenvorstehers, weiter. Als im Verlauf der Debatte einem sozialdemokratischen Redner das Wort erteilt wurde, drängten die Nationalsozialisten geschlossen gegen die Rednertribüne vor. Es entstand ein allgemeiner Tumult, der schließlich zu einer Schlägerei zwischen einem Teil der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten ausartete. Schließlich verließ der stellvertretende deutschnationale Vorsteher hilflos den Vorstandstisch. Die Sitzung war damit aufgehoben. Als die Stadtverordneten den Saal bereits verließen, erschienen im Vorraum des Saales 12 Polizeibeamte, die von einem Saaldiener etwas voreilig herbeigerufen worden waren und unverrichteter Sache wieder abzogen.

Anhalt kauft Fürstenland.

Aufteilung an kleinere Landwirte beabsichtigt.

Der Anhaltische Landtag nahm in allen Lesungen eine Vorlage des Staatsministeriums an, durch die der Ankauf der beiden herzoglichen Domänen Wörlitz und Münsterberg sowie der Forstreviere Oranienbaum mit Kapen und Brambach durch den Staat erfolgt. Es handelt sich um mehrere tausend Morgen Wiesen, Aecker und Forsten, die zu einem Preise von rund 1 700 000 Mark aus dem Besitz des früheren herzoglichen Hauses in den des Staates übergehen. Der Landtag erhob die Forderung, daß die Domänen zum größten Teil an kleinere Landwirte aufgeteilt werden, um das vorhandene Ackerbedürfnis zu stillen. Die Annahmm der Vorlage erfolgte mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten.

Bürgerblock in Danzig.

Danzig, 16. Mai. (EF). Die bürgerlichen Parteien haben sich am Freitagabend über die Bildung eines „Bürgerblocks" geeinigt. Am 19. Mai soll der Volkstag die Wahl von 10 nebenamtlichen Senatoren vornehmen. Die neue Bürgerblockkoalition wird insgesamt von 63 Abgeordneten von 120 getragen. Der hauptamtliche Senat, von dessen 8 Mitgliedern 3 Sozialdemokraten sind, bleibt bestehen. Die Hauptaufgabe des Bürgerblocks ist, eine Verfassungsänderung der freien Stadt Danzig im Sinne einer Verkleinerung des Volkstages und des Senats sowie die Schaffung der Auflösbarkeit des Volkstages herbeizuführen.

Zur Lage in Indien.

Der Marsch nach dem Salzlager gescheitert.

London, 15. Mai. (Telunion). Der Marsch der Gandhi-Leute unter Führung von Frau Naidu nach dem Salzlager in Dharasana ist von der Polizei durch Versperrung des Weges unmöglich gemacht worden. In Bombay wurde die Verteilung von Flugblättern durch Mitglieder des Vollzugsausschusses des Kongresses und des sogenannten Kriegsrates verboten.

Besondere Bedeutung messen die englischen Behörden einer geheimen Tagung von Kongreßführern in Allahabad bei, auf der eine Entschließung angenommen worden sein soll, die eine weitere Verschärfung der Unabhängigkeitsbewegung bedeute und u. a. die Bauernbevölkerung in Bengalen und Bihar auffordere, ihre Steuern nicht zu zahlen.

Zwei Stunden Poststreik.

Paris, 15. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Beamten sämtlicher Pariser Telephon-Zentralen haben am Donnerstag einen mustergültig organisierten zweistündigen Proteststreik durchgeführt. Punkt 11 Uhr vormittags stellte das Telephon- und Telegraphenamt der Börse, das insbesondere für den Fernverkehr das wichtigste der Fernsprechknotenpunkte darstellt, die Arbeit ein — zur hellen Verzweiflung der aufgeregten Börsianer, die sich jeder Möglichkeit der Abwicklung ihrer Geschäfte beraubt sahen und vergeblich durch Bitten und Drohungen die Beamten zum Verbleiben auf ihrem Posten zu bewegen suchten. Das Beispiel der Börse wurde dann im Abstand von wenigen Minuten von den übrigen Telephonzentralen nachgeahmt. Bis um ein Uhr stockte jeder Telephonverkehr. Am Donnerstagabend folgten die Postbriefträger ebenfalls mit einem zweistündigen Proteststreik.

Gegenstand des Konfliktes zwischen der, dem allgemeinen sozialistischen Gewerkschaftsbund der CGT. angeschlossenen Postbeamtengewerkschaft und der Regierung sind die bisher immer noch unberücksichtigt gebliebenen Forderungen der Postbeamten nach Aufwertung ihrer Löhne auf den Friedensstandard. Die Verhandlungen darüber werden von der Regierung seit Monaten hingeschleppt. Die Gehälter der übrigen Staatsbeamten wurden bereits zweimal aufgebessert, während sich die Postbeamten mit Versprechungen und mageren Vorschüssen begnügen mußten. Der Postminister Mallarmee, der sich zurzeit in Algier vergnügt, und der über die wachsende Erregung im Lager der Beamtenschaft unterrichtet worden war, sandte am Mittwoch an die Postgewerkschaft ein Telegramm, in dem er bat, vor seiner Rückkehr keine Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Der Ministerrat, der am Donnerstagvormittag zum ersten Mal seit Monaten wieder zusammentrat, befaßte sich fast ausschließlich mit dem Streik. Die letzte Warnung der Postbeamten hatte offenbar ihre Wirkung getan; den Tardieu und seine Ministerkollegen zeigten sich plötzlich sehr nachgiebig und beschlossen die Gehaltsangleichung zu beschleunigen und nicht den üblichen Amtsweg gehen zu lassen. Außerdem sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, um für den Fall der Wiederholung des Streiks die Durchführung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs sicher zu stellen.

Bange machen gilt nicht.

Paris, 16. Mai. (EF). Die Regierung läßt mitteilen, daß sie drei Pionier-Regimenter mobil gemacht habe, die im Falle eines neuen Poststreikes sofort in Aktion treten würden. Gegen die Beamtenschaft soll im Falle eines neuen Streiks entschieden vorgegangen werden. Auch will sich die Regierung an den Verbänden, die einen derartigen Streik unterstützen, rächen. Alles das hat die Pariser Postbeamtenschaft nicht abgehalten, am Donnerstagabend einen 24stündigen Proteststreik zu beschließen, der begonnen werden soll, sobald die Regierung irgendwelche Maßregeln gegen die an dem gestrigen Streik beteiligten Beamten und Angestellten ergreifen sollte.

Der Bombenlegerprozeß in Altona.

Vor dem Schwurgericht in Altona wird demnächst der Monsterprozeß gegen die Bombenattentäter stattfinden, die im vergangenen Jahre Schleswig-Holstein unsicher gemacht haben.

32 Mitglieder der Landvolkbewegung sind angeklagt, unter ihnen der Landvolkführer Hamkens nebst seinem Ablatus v. Salomon, der „Schriftsteller" Herbert Volck, der Syndikus Guido Weschke und andere. In der 76 Seiten umfassenden Anklageschrift sind die Attentate, ihre Vorbereitung und Durchführung genau verzeichnet. Daraus geht hervor, daß die Angeschuldigten versucht haben, sich auf jede Weise Sprengstoffe zu verschaffen. Hamkens sei der geistige Leiter der Bewegung gewesen, während Volck sie organisiert habe. Die Attentate seien aus Protest gegen die Zahlung von Steuern ausgeführt worden. Darüber hinaus habe einer der Angeschuldigten ausgesagt, daß man mit den Bombenattentaten Reklame für die Landvolkbewegung habe machen wollen.

Der Prozeß, in dem sich die Angeklagten wegen eines Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten haben werden, dürfte mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da zahlreiche Zeugen geladen werden.

Rückschritt der Friedensgesinnung.

Eine Mahnung Macdonalds an die Völker der Welt.

London, 15. Mai. (Eig. Drahtb.) Im Unterhaus betonte Macdonald am Donnerstag, daß die Flottenkonferenz nicht nur eine Angelegenheit der Seeabrüstung gewesen sei, sondern darauf abgezielt habe, einen wesentlichen Beitrag für die Landabrüstungen zu leisten.

Der Friede der Welt — so fuhr Macdonald fort — könne durch die Beschränkung der Rüstungen auf eine einzelne Waffengattung nicht wesentlich gefördert werden. Seit dem Zusammenbruch der Flotten-Aussprache in Genf im Jahre 1927 sei ein Rückschritt in der Friedensgesinnung festzustellen. Jeder Blick auf die Flotten- und sonstigen Militärprogramme der Staaten zeige, daß das Scheitern der Besprechungen im Jahre 1927 in Genf den militärischen Rüstungen einen großen Anstoß verliehen habe. Die Nationen fielen in ihre alte Vorkriegsmentalität zurück. Die überlebten Befürchtungen und abergläubischen Vorstellungen über die Sicherheit seien wieder lebendig geworden und es würden wiederum Argumente gebraucht, die im Jahr 1914 landläufig waren.

Macdonald gab dann einen Ueberblick über die Voraussetzungen der Abrüstung zur See. Er wies unter dem lebhaften Beifall der Fraktion der Arbeiterpartei darauf hin, daß als eine der wichtigsten Grundlagen hierfür eine Verständigung zwischen England und Amerika hergestellt worden sei. Das Dreimächte-Abkommen stelle ebenfalls eine große Leistung dar. Die Ersparnisse im Bau von Kreuzern, Zerstörern und U-Booten belaufe sich auf 300 Millionen Mark. Es habe keinen Sinn, die Ergebnisse der Konferenz zu übertreiben, aber dürfte sie auch nicht verringern. Die Konferenz habe einen wesentlichen Beitrag zur Sache des Friedens geleistet.

Die Mädchenhändlerin.

Frau Schmeling.

die Leiterin der Gruppe junger Tänzerinnen deren Abreise nach Argentinien vor einiger Zeit zu Skandalszenen auf einem Berliner Bahnhof führte, ist jetzt in Montevideo (Uruguay) verhaftet worden. Nach den Nachforschungen der südamerikanischen Behörden scheint sich die Angelegenheit also doch als verkappter Mädchenhandel herausgestellt zu haben.

Gegen Amerikas Hochschutzzoll

33 Staaten protestieren.

Newyork, 16. Mai. (Telunion). 33 Regierungen haben bisher beim Staatsdepartement gegen die amerikanische Zolltarifvorlage protestiert und scharfe Vorstellungen erhoben, insbesondere Italien, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Norwegen, Holland, Tschechoslowakei, Aegypten, Südafrika und Irland.

Diese Protestschritte eröffnen die allerdings schwache Möglichkeit, daß die Vorlage in der Versenkung verschwindet. Die Entscheidung wird wahrscheinlich am Freitag fallen, wenn sich der Senat darüber schlüssig werden muß, ob er gegen den Willen Hoovers und des Repräsentantenhauses die Exportprämie auf landwirtschaftliche Erzeugnisse beibehalten will.

Begräbnis eines englischen Arbeiterführers.

London, 15. Mai. (Eig. Drahtb.) Unter Beteiligung einer nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge wurde am Donnerstag nachmittag der britische Arbeiterführer John Wheatley zu Grabe getragen. Außer der Regierung und der Arbeiterfraktion des Unterhauses waren fast sämtliche öffentlichen Körperschaften Glasgows und ganz West-Schottlands einschließlich der katholischen und protestantischen kirchlichen Organisationen vertreten.

Das bulgarische Kabinett umgebildet. Die Umbildung des Kabinetts Liaptscheff ist am Donnerstag vollzogen worden. Jankoff und zwei Mitglieder seiner Gruppe sind in die Regierung eingetreten.

Die Schweizer Staatsschuld sinkt. Die eidgenössische Staatsschuld ist von 1566 Millionen Franken Ende 1925 bis Ende 1929 auf 1435 Millionen Franken abgetragen worden.

Die mutmaßlichen Mörder Sedlaczeks verhaftet. Die Kriminalpolizei Ratibor hat die Gebrüder Melchior und Leo Scodeczko aus Silberkopf bei Ratibor verhaftet, weil sie in dem dringenden Verdacht stehn, gemeinsam den Mord an dem Auszügler Adolf Sedlaczek verübt zu haben, der von Melchior ein Ausgedinge zu beanspruchen hatte.

Aus aller Welt.

Die Potsdamer Blutschande.

Vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht begann am Donnerstag der Prozeß gegen den ehemaligen Amts- und Gemeindevorsteher von Bornim-Bornstedt bei Potsdam Arthur Frenzel. Der Angeklagte soll an seiner 16 Jahre alten Tochter Gertrud fortgesetzt Blutschande begangen haben. Frenzel bestreitet jede Schuld. Weinend erklärt er: „Nichts habe ich mit ihr getan, nichts, meine Herren, alles bloß Klatsch aus dem Pfarrhaus!" Nachdem die ältere Tochter ihre früheren Anschuldigungen zurückgezogen hat, dürfte die Kernfrage des Prozesses werden, wie weit den Bekundungen der 16jährigen Gertrud, die lange Zeit unter dem frömmelnden Einfluß des Bornimer Pfarrhauses gestanden hat, Glauben geschenkt werden darf. Der Angeklagte erzählt, wie seine Tochter gar keinen anderen Gedanken mehr hatte, als zu dem Pfarrer zu gehen. Das Elternhaus habe ihr überhaupt nichts mehr bedeutet. Die 16jährige Gertrud Frenzel selbst, die Hauptbelastungszeugin, wiederholt dagegen vor Gericht ihre schweren Anschuldigungen und erklärt, daß ihr Vater sie schon von ihrem ersten Jahre an mißbraucht habe. Nur aus Furcht vor dem Angeklagten hätte sie solange geschwiegen. Auch will sie fest davon übergezeugt gewesen sein, daß ihre Mutter von allem gewußt habe. Der Vater erklärt jedoch nochmals: „Es ist alles Lüge, was meine Tochter Gertrud gegen mich vorbringt; alles hat man ihr im Pfarrhause eingeredet!"

Die Lübecker Säuglingstragödie.

Mit dem Tod von acht und der Erkrankung von 23 Lübecker Säuglingen, die mit dem in Deutschland noch nicht genügend erprobten Calmette'schen Tuberkuloseschutzmittel geimpft worden sind, beschäftigte sich nunmehr auch die Staatsanwalt. Es wird gegen die verantwortlichen Aerzte der Vormurf erhoben, daß die Behandlung der Kinder mit dem Calmette-Mittel nicht in allen Fällen mit Wissen der Mütter geschehen ist. Was noch schwerer wiegt, ist, daß sämtliche Lübecker Hebammen Kulturen dieser Rindertuberkelbazillen ausgehändigt bekamen, wodurch naturgemäß bei der Dosierung sehr leicht Fehler unterlaufen konnten. Zede ärztliche Kontrolle fehlte. Inzwischen hat das Reichsgesundheitsamt Prof. Dr. Lange, einen bekannten Tuberkulosefachmann, nach Lübeck entsandt. Dazu erklärt Professor Dr. Deycke, der Direktor des Lübecker Krankenhauses: „Wir werden gemeinsam mit dem Reichsgesundheitsamt die Angelegenheit untersuchen, aber schon heute kann ich sagen, daß ich in meinem ganzen Leben nicht mehr meine Einwilligung zu der Anwendung des Verfahrens geben werde. Da die von mir untersuchten Präparate aus Paris einwandfrei waren, kann ich nur zu der Annahme kommen, daß die Bazillen virulent geworden sind, daß also ein Rückschlag in die alte Form eingetreten ist. Dies würde allerdings für das Calmette'sche Verfahren eine niederschmetternde Feststellung sein."

Verhökerte Zeppelinhalle. Am Donnerstag vormittag hat die französische Besatzungsbehörde die große Trierer Zeppelin-Luftschiffhalle und den ihr benachbarten großen Flugzeugschuppen regelrecht verschleudert; beide Hallen gingen für insgesamt 22 800 Francs in die Hände der Mülhthausener Schrottfirma Max über. Bis zum 15. Juni müssen die Hallen abgebrochen sein, Schutt und Mauersteine dürfen liegen bleiben . . . . .

Ehrung der Kammersängerin Rethberg. Die Kammersängerin Frau Elisabeth Rethberg wurde am Donnerstag abend durch die sächsische Staatsregierung in besonderer Weise geehrt. Vor Beginn der „Troubadour"-Aufführung in der Dresdener Staatsoper beglückwünschte sie Ministerpräsident Schieck persönlich zu der durch das Volksbildungsministerium erfolgten Ernennung zum Ehrenmitglied der sächsischen Staatstheater. Die Ernennung ist die Anerkennung ihrer dem Institut gewidmeten hohen künstlerischen Leistung und ihrer großen Verdienste um das Ansehen der deutschen Kunst im Auslande.

Ein Leprafall in Prag. In Prag wurde ein Leprafall festgestellt. Es handelt sich hierbei um einen aus Argentinien im Jahre 1920 nach Prag zurückgekehrten Arbeiter, der in einer dortigen Petroleumgrube beschäftigt war. Die Krankheit wurde in der Klinik des Professors Schamberger mikroskopisch festgestellt. Der Kranke wurde mit seiner Familie sofort in die Sonderabteilung des Infektions-Krankenhauses gebracht.

Der amerikanische Passagierdampfer „City Atlanta" stieß bei Barnega (New Jersey) in dichtem Nebel mit dem Frachtschoner „Aqua" zusammen. Der Schoner wurde kurz nach der Katastrophe ein Opfer der Wellen. Zahlreiche Seeleute werden vermißt. Die von der Besatzung geretteten Mitglieder wurden von Küstenkuttern übernommen.

Mordprozeß in München. Am Mittwoch und Donnerstag verhandelte das Münchener Schwurgericht gegen den 25jährigen Fabrikbesitzerssohn Jakob Lüttgen aus Kreuzau im Rheinland, der in der Nacht zum 21. Dezember vorigen Jahres eine 19jährige Prostitutierte in seinem Pensionszimmer ermordet hat. Die Anklage lautet auf vorsätzlichen Mord. Die Verhandlung gewährte einen tiefen Einblick in das Leben eines arbeitsscheuen halt- und willenlosen Lüftlings, den nur die eine Sorge drückt, wie er die reichen Geldmittel, die ihn sein Vater monatlich übersandte, mit Weibern und Alkohol wieder losbrachte. Am Donnerstag gaben die Sachverständigen ihre Gutachten ab. Während der eine den Angeklagten für voll verantwortlich erklärte, glaubte der zweite Gutachter, daß Lüttgen die Tat im Zustand des Diliriums begangen habe. Angesichts dieser einander gegenüberstehenden Sachverständigenansichten setzte das Gericht die Verhandlung aus, um ein Obergutachten einzuholen.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

Maria Orska gestorben.

Wien, 16. Mai. (EF). Maria Orska ist am Donnerstag kurz nach 23 Uhr an den Folgen der Vergiftung gestorben. Die Verstorbene hat ein Alter von 67 Jahren erreicht.

Doch der Düsseldorfer Massenmörder?

Ratibor, 16. Mai. (Telunion). Die hiesige Polizei erhielt am Donnerstag aus Brünn eine ausführliche Personalbeschreibung des mehrfachen Mörders Pauser. Diese Angaben stimmen nicht mit den Angaben des in Ratibor Verhafteten überein, so daß es zweifelhaft sei, ob der Häftling mit dem entwichenen tschechischen Mörder indentisch sei. Infolgedessen werde jetzt die Vermutung, daß er der Düsseldorfer Massenmörder sein könnte, wieder stärker betont.

Schweres Bergwerksunglück in Amerika.

London, 16 Mai. (Telunion). Nach Washingtoner Meldungen hat sich am Donnerstag auf einer Grube in Avella, etwa 26 Kilometer südwestlich von Washington eine schwere Explosion ereignet. 17 Bergarbeiter wurden getötet. Vierhundert sind gegenwärtig noch eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind im vollen Gange.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0003

4 Reklame-Preise

in allen Abteilungen

Rohnessel gute Stellungsware bis 80 cm breit, Meter 68 50 45 **39** Pf.

Schürzenstoff 116/120 cm br., mod. Streifen, Mtr. **95** Pf.

Wachstuch-Decken 85/115, hübsche Muster . . 1.95 **95** Pf.

Crep-Tischdecke ca. 130/160, mit farbiger Kante . . **2.95**

Etwas Außergewöhnliches!

Abfall-Toiletten-Seife Blumengerüche, 80% Fettgehalt 1 Pfund . . . . . nur **68** Pf.

Kleiderstoffe

Waschkunstseide bedruckt, riesige Auswahl Meter . . . . . 1.25 95 **70** Pf.

Wollmusseline neueste Druckmuster Meter 3.25 2.50 1.85 **1.35**

Satin riche bedruckt, die große Mode Meter 4.95 **4.50**

Crep-Georgette Reine Seide, ca. 95/100 cm breit, in neuen Modefarben . . . . Meter **4.30**

4 Reklame-Preise in Damen-Konfektion

Kleider sportliche Verarbeitung, weiß und farbig Panama 8.50 6.90 5.90 **4.95**

Kleider aus bedruckt Voile und Waschseide, jugendliche flotte Macharten . . . 12.75 9.75 7.50 **6.25**

Mäntel aus engl. gemusterten Stoffen teils ganz gefüttert 19.75 16.50 12.75 **9.50**

Mäntel pa. Qualitäten, ganz gefüttert, mit und ohne Gürtel verarbeitet 34.50 29.50 26.50 **22.50**

Damen-Putz

Mod. jugendliche Glocke zweifarbig mit Bandgarnitur **2.95**

Jugendliche Damen-Hüte die neuesten Ausführungen 9.75 6.75 **3.75**

Frauen-Hüte moderne Geflechte, alle Weiten, ... 12.50 8.75 6.75 **4.90**

Kinder-Hüte viele Formen 4.75 3.75 2.95 **1.95**

Herren-Artikel

Binder zum Aussuchen . . . Stück **10** Pf.

Manschetten- und Kragenknöpfe . . . . . Karte **25** Pf.

Moderne Spazierstöcke Stück . . . . . 95 **50** Pf.

Sportstutzen Paar . . . . . **95** Pf.

Schürzen

Knaben-Schürzen mit großer Spieltasche . **50** Pf.

Damen-Jumperschürzen prima Qualität . . . . **95** Pf.

Damen-Gummischürzen schwere Plattenqualität . **1.00**

Schlosser-Jacken blau Drell **2.95**

Weißwaren

Klöppelspitze Meter . . . . . **5** Pf.

Gürtelschnallen in vielen Farben . . . . . **10** Pf.

Batist-Kragen mit Spitze . . . . . **25** Pf.

Kleiderpaffen moderne Ausführung . . . **95** Pf.

Wäsche

Kinder-Hemden mit Stickerei . . Gr. 40 **50** Pf. und 10 Pf. mehr pro Größe

Kinder-Schlüpfer, Mako alle Größen, schöne Farben **50** Pf.

Kinder-Leibchen, vorös Sommerware, Gr. 1—5 . **1.00**

Damen-Schlüpfer, K'seide gestreift und glatt . 2.75 **1.75**

Handschuhe

Damen-Handschuhe, Lein., mit u. ohne Mansch. 2.50 1.95 1.45 **95** Pf.

Herren-Handschuhe, imit. Wildl. u. Leinen 2.50 1.95 1.45 **95** Pf.

Damen-Handschuhe, Waschl. m. u. ohne Mansch. 3.75 2.95 2.50 **1.95**

Kinder-Handschuhe, Gr. 3—6 mit u. ohne Mansch. 1.25 1.10 **1.00**

Gardinen

Landhaus-Gardinen neue Ausführungen, Meter 95 75 50 **25** Pf.

Gestreifte Vorhangstoffe, moderne Farbstellungen . . Meter 1.45 1.25 **95** Pf.

Spannstoffe, 100 cm breit, moderne Muster . . . . . Meter **95** Pf.

Chaiselongue, gute Verarbeitung, mit 40 Federn **39.00**

Handarbeiten

Kinder-Wochenendschürzen auf gutem Nessel gezeichnet, Größe 45—55 . . . **50** Pf.

Knaben-Spielschürzen mit groß. Tasche aus farb. Stoffen, Gr. 45, 50, 55, 1.10 1.00 **95** Pf.

Damen-Wochenendkleider auf gutem Nessel gezeichnet, Größe 42—46 . . . **2.95**

Kinder-Nesselkleider Größe 45—85 . . . . . 1.75 1.65 **1.50**

Schuhwaren

Feinfarb. Damen-Spangenschuhe u. Pumps, Block- od. Louis XV.-Absatz, Paar **7.50**

Damen-Lack-Spangenschuhe bequeme Form . . . . . Paar **5.75**

Braune Kinderstiefel Größe 23/26 3.45, 18/22 . . . . Paar **2.50**

Lackschuhe mit Spangen Größe 19/22 . . . . . Paar **2.75**

Strümpfe

Damen-Strümpfe, K'Waschseide, in hellen Modefarben . . . . . Paar **75** Pf.

Damen-Strümpfe, prima Seiden-Musselin, alle Modefarben . . Paar **1.50**

Kinder-Söckchen mit farbigem Wollrand, Größe 1 . . . . . Paar **48** Pf.

Jede weitere Größe 5 Pf. mehr

Herren-Jacquard-Socken nette Muster . . . . . Paar **48** Pf.

Seifen

3 Stück **Zuckoob-Sahnen-Seife** **1.00**

3 Stück **Buttermilch-Seife** „Holländerin" **1.00**

2 Stück **Badeseife** extra groß . . . . . **95** Pf.

4 Stück **Lavendelseife** . . . . . **85** Pf.

Kurzwaren

Einkaufsnetz, handgeknüpft große Form m. Ledergriff **48** Pf.

Strumpfhalter-Gürtel alle Weiten . . . . 68 **38** Pf.

Ausstauer-Schablone mit 14 versch. Größen Stück **25** Pf.

Maschinengarn, 200 m, 4 fach, schwarz und farbig, Restposten . . . Rolle **10** Pf.

Konfitüren

Block-Schokolade 1 Pfund . . . . . **85** Pf.

Rumkugeln 1 Pfund . . . . . **75** Pf.

Mokkabohnen gefüllt, 1 Pfund . . . . . **95** Pf.

Erdnuß-Vollmilch-Bruch-Schokolade . . 1 Pfund **95** Pf.

Lederwaren

Gürtel, imit. Wildleder 3 cm breit . . . . . **25** Pf.

Gürtel, echt Wildleder 4 cm breit, alle Farben . **95** Pf.

Rucksäcke, mit Tasche und Lederriemen . . 3.50 **2.50**

Reisekoffer, glatt, Hartplatte Springschl., Gr. 45 2.95 Gr. 40 **2.75**

Papierwaren

1 Mappe **Leinenpapier** 25 Bogen, 25 Umschläge . . **50** Pf.

100 Papierserviettten mit buntem Rand . . . . **50** Pf.

4 Rollen (400 Blatt) **Butterbrotpapier** mit Oese . . . **95** Pf.

10 Rollen **Toilettepapier** . . . . . **95** Pf.

Photomaton als Paßbilder geeignet, **8 Bilder,** in 8 Minuten fertig zum mitnehmen . . . **1.00**

WILLY COHN

Empfehle junges **fettes Rind- u. Kalbfleisch** zu staunend billigen Preisen!

Kochfleisch Pfd. 0.80 Mk., Schmorfleisch Pfd. 1.00 Mk., Gulasch (schier) Pfd. 1.00 Mk., Rouladen Pfd. 1.20 Mk., Gehacktes Rind Pfd. 1.00 Mk., Gehacktes Schwein Pfd. 1.00 Mk., Schweinefleisch (Kamm und Kotelett) Pfd. 1.20 Mk.,

Kalbfleisch, das Pfund 1.00 Mark.

Hoffmeister

Telefon 2659. Paulstr. 5.

Bevor Sie kaufen, beachten Sie bitte die Ware im Schaufenster

---

Möbel-Transport Wohnungstausch

von und nach allen Orten des deutschen Reiches vermittelt

Louis Neuhaus jr.

Breiteweg 63 Telephon 1727

Chaiselongue 2 Metallbettstellen z. verk. Finckestr. 4—5, Hof, links

---

6/25 PS **Brennabor-Wagen** mit Allwetterverdeck, wegen Anschaffung einer Limousine billig zu verk. Interessenten wollen sich melden unter Nr. 3. 683 in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Habe Auftrag, wenig getrag. **Maßkleidungsstücke** sofort billig zu verkaufen:

2 Marengo-Cutaways mit gestreiften Beinkleid,
1 Covercoat-Paletot für stärkere Figur,
2 Smoking-Anzüge für schlanke Figur.

Walter Müller, Maß-Schneiderei, Tuchhdlg., Martinplatz 30/31.

Hühneraugenpflaster auf grünem Samt. Hühneraugen-Collodium z. Aufpinseln Rats-Apotheke.

Achtung! Heute frisch geschlachtet! Alle Sorten pa. Hausschlachtwurst, das Pfund 1.20 Mk. ff. gehacktes Schweinefleisch, Pfund 1.20 Mk. Prima Harzer Schmorwurst, Freitag u. Sonnabend von 5—7 Uhr warm. Pökelfleisch.

H. Basse, Fleischermstr. Kulkstraße 2. Telephon 1718.

Garantiert reines **Gänseschmalz** ½ Pfund 1.30 Mk.

Paul Hampel Nchf. Holzmarkt 4. Fernr. 1042

Heimarbeit, schriftl. Vitalis-Verlag München.

7000 Stck. guterhaltene **Dachziegeln** vom Abbruch der Turnhalle des Domgymnasiums zu verkaufen.

Teutloff Beckerstr. 26. Fernr. 2494.

Ausnahme-Preise! Empfehle prima junges fettes Rindfleisch: Gehacktes und Gulasch . Pfund 50 Pfg. Rouladen . Pfund 60 Pfg. Flomen und Schmalz Pfund 60 Pfg. ff. Bratwurst u. Schweinefleisch . . Pfund 80 Pfg. Aufschnitt ¼ Pfund 25 Pfg. Warme Würstch. St. 15 Pfg.

Gustav Pupke, Größerstr. 55, Ecke Ochsenkopfstraße.

Präparat. Biebleberthran Vieh-Lebertran-Emulsion Rats-Apotheke.

Kleine

Inserate

haben im „Halberstädter Tageblatt" großen Erfolg!

Bei Zahnschmerz **Ohrenreißen usw.** nur G. Kamm's **Zahnwatte** 50 Pf. Drogerie **Kamm** Hoheweg 48

Lacke? Farben? Schablonen? Pinsel?

Nur aus der Drogenhandlung **Otto Henicke** Spezial-Farbenhandlung Fernr. 849

Kleiderbügel v. 5 Pf. an, gr. Sortim. E. Richter, Pfahlgasse 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 114 — Freitag, den 16. Mai 1930 — 5. Jahrgang

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 16. Mai.

Gedenktage.

16. Mai.

1788 *Dichter Friedrich Rückert. — 1846 Aufhebung des Kornzolls in England durch Robert Peel. — 1859 *Sozialist Bruno Schönlank sen. — 1871 Sturz der Vendome-Säule. — 1924 Eisenbahnkatastrophe bei Prestranek. — 1925 Grubenkatastrophe auf Dorstfeld (44 Tote). — 1929 †Sängerin Lilli Lehmann.

Aus dem Jahresbericht des Kreiskrankenhauses.

Der für das abgelaufene Geschäftsjahr vorliegende Bericht über das Kreiskrankenhaus hat sich in seiner Darstellung der Zahlen den im vergangenen Jahre ausgesprochenen Wünschen entsprechend in einigem geändert. Leider ist aber in der Aufstellung der Belegung in den einzelnen Klassen insofern eine Verschlechterung eingetreten, als eine zahlenmäßige Uebersicht nach Geschlechtern diesmal fehlt. Es wird festgestellt, daß die Zahl der Kassenpatienten gegenüber dem Vorjahre um ca. 60 Prozent gefallen ist, auch die durchschnittliche Tagesbelegung und die Pflegetage sind zurückgegangen. 96 Mehraufnahmen wurden gegenüber 1928 und 234 gegenüber 1927 erzielt. Die Zahl der Kreisauswärtigen ist gegen 1928 um 149 gestiegen, während die der Kreisangehörigen um 53 zurückgegangen ist. Gegenüber 1924 sind die Aufnahmen um 900 gestiegen.

Die Verteilung der Aufgenommenen auf die einzelnen Klassen zeigt, daß im Laufe der Jahre eine immer stärkere Belegung mit 3.-Klasse-Patienten zu verzeichnen ist. Im Berichtsjahre waren es 2135 Kranke in dieser Klasse, während im vergangenen Jahre 154 Kranke weniger vorhanden waren. In der 2. Klasse waren in diesem Jahre 202 (i. V. 232) Patienten. Auch die 1. Klasse, die mit 87 Patienten belegt war, ist in diesem Jahre mit 28 Kranken weniger belegt gewesen. Die Zahl der Verpflegungstage ist in allen 3 Klassen um 1491 zurückgegangen. Während der einzelne Patient im Durchschnitt 1929 in der 3. Klasse 24 Tage im Kreiskrankenhaus verpflegt wurde, ist die Dauer 1928 noch 26 Tage gewesen, dagegen 1927 nur 24,6 Tage. In der 2. Klasse ist die Zahl ziemlich gleich mit 21,5 gegen 22 Tage geblieben. Dagegen ist die Zahl der Verpflegungstage in der 1. Klasse von 17,5 im Jahre 1927 auf 19,6 im Jahre 1928 und auf fast 20,9 in diesem Jahre gestiegen. Auch in diesem Jahre ist die Zahl der Gestorbenen bei den weiblichen Patienten höher als bei den männlichen.

Insgesamt sind 145 Patienten, also 13 mehr als im vergangenen Jahre gestorben. Die Benutzung des Röntgenapparates ist eine immer stärkere. Die Zahl der Durchleuchtungen als auch die Röntgenaufnahmen sind gestiegen, erstere um 230, letztere um 85. Dagegen sind die Bestrahlungen stark zurückgegangen. Den 554 Operationen des Jahres 1928 stehen jetzt 576 in der chirurgischen Abteilung gegenüber.

Der Bericht geht dann des näheren auf den Neubau und die Anordnung der Räume ein und stellt mit Befriedigung deren Zweckmäßigkeit fest. Für den Patienten dürfte sich die neue Signallampenanlage angenehm auswirken, die anstelle der veralteten Klingelanlage angebracht ist.

— **Arbeitswoche für Kurzschriftlehrer der Einheitskurzschrift in Wernigerode.** Von Dienstag, den 10. Juni bis Sonntag, den 15. Juli wird für Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen ein Lehrgang zur Vorbereitung auf die Kurzschriftlehrerprüfung (die durch Min.-Erlaß vom 21. November 1929 staatlich anerkannte Lehrerprüfung des Deutschen Stenographenbundes) abgehalten. Vorausgesetzt wird die Kenntnis der Verkehrsschrift und die Bekanntschaft mit den Grundsätzen der Redeschrift. Die Teilnehmergebühr beträgt 15 ℳ. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Ueber die dem Lehrgang zugrunde liegenden Lehrmittel wie über die Prüfung selbst, erteilt der Leiter der Arbeitswoche, Lehrer Paul Fischer, Berlin S 14, Sebastianstraße 44-45 (Briefporto!)

— **Frühlingsfest im Gewerkschaftshause.** Alle Partei-, Gewerkschafts- und Sportgenossen werden mit ihren Angehörigen nochmals an den heute im Gewerkschaftshaus veranstalteten Abend zu Ehren der Kursusteilnehmer erinnert.

— **Selbstanschlußbetrieb im Postamt Wernigerode.** Das Postamt teilt mit: Wie allgemein bekannt sein dürfte, wird in Wernigerode nach Fertigstellung des Posterweiterungsbaues der selbsttätige Fernsprechbetrieb eingerichtet. Mit dieser Umstellung wird voraussichtlich im Spätherbst dieses Jahres gerechnet werden können. Die sehr umfangreichen Vorarbeiten hierfür sind bereits aufgenommen. Für einen einwandfreien Betrieb ist die sorgfältige Führung der oberirdischen Leitungen erforderlich. Ebenso ist großer Wert auf die intakte Einrichtung der Teilnehmersprechstellen zu legen. Jede Sprechstelle muß daher gewissenhaft durchgeprüft und ihre Einrichtung u. U. erneuert werden. Das bedeutet für die Teilnehmer eine geringe Belästigung, die sich aber um der wertvollen Neuerung willen nicht vermeiden läßt. Bei dieser Gelegenheit werden auch besondere Wünsche gern entgegengenommen. Wir bitten deshalb im allgemeinen Interesse um Entgegenkommen gegenüber den Bautruppführern und ihren Mitarbeitern.

* **Die Maikäferplage.** Gegen die vielerorts in erschreckenden Mengen auftretenden Maikäfer ist das Abschütteln an trüben, kühlen Tagen oder am frühen Morgen, Einsammeln, Abtöten mit heißem Wasser, Kompostieren oder Verwendung als Futterersatz für Schweine und Geflügel noch immer die bewährteste Methode. Rasches Handeln ist dringlich erforderlich, um Eiablagen der Maikäfer und schwer schädigendes Auftreten der Larven (Engerlinge) vorzubeugen. Die Maikäfer lassen sich sehr gut an Hühner und Schweine verfüttern. Maikäfer enthalten frisch: 12,4 Proz. Eiweiß und 19 Prozent Stärkewerte, getrocknet: 34 Prozent Eiweiß und 53 Prozent Stärkewerte. Der Maikäfer ist sehr gefräßig und vernichtet da, wo er in großen Mengen auftritt, einen erheblichen Teil der Obst- und Gemüseernte.

— **Schloß-Lichtspiele.** Es flüstert die Nacht . ." ist ein Film reinen Genusses, den man sobald nicht vergißt. Die Lil Dagover und Hans Stüwe spielen die Hauptrollen. Ein großer Erfolg für beide Künstler. Die Handlung versetzt uns in das Ungarn der Vorkriegszeit. Das ewige Lied von Liebesleid und Liebeslust. In dem anderen, fabelhaft gemachten Schäferhundfilm „Vorsicht Verräter" spielt der deutsche Schäferhund „Blitz" die Hauptrolle. Ein interessanter Kulturfilm „Berlin muß versorgt werden" und die reichhaltige „Deulig-Woche" wird als Beiprogramm gezeigt.

Der Handelsminister über Vienenburg.

Wichtige Ausführungen im Hauptausschuß des Landtags.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Preuß. Landtags vom 15. Mai gab Handelsminister Dr. Schreiber vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung folgende Erklärungen:

Am 8. Mai d. Js. ist das der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft gehörige Kaliwerk Vienenburg von einem schweren Laugen- und Wassereinbruch betroffen worden, durch den der Grubenbetrieb auf allen drei Schächten schnell zum Erliegen kam.

Es handelt sich um eine der schwersten Katastrophen, von denen der deutsche Kalibergbau jemals betroffen worden ist.

Der volkswirtschaftliche Schaden ist um so schwerer, weil es sich dort um ein ausgezeichnetes, hochprozentiges Kalisalzvorkommen handelt, daß im In- und Ausland seinesgleichen sucht. Für die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft bedeutet es leider den Verlust ihres besten Werkes.

Glücklich war bei allem Unglück der Umstand, daß trotz des plötzlichen Eintreten der schweren Katastrophe keine Menschenleben und keine sonstigen Beschädigungen von Menschen zu beklagen sind. Zu loben ist das Verhalten der Beamten und Arbeiterschaft, die oft unter Lebensgefahr in aller Eile alle Maßnahmen getroffen haben, um zu retten, was noch zu retten war.

Wie das plötzliche Hereinbrechen so großer Wassermengen zu erklären ist, ob durch Zusammenbrechen von Hohlräumen oder durch den Einfluß starker Kräfte, wird wohl niemals völlig geklärt werden.

Tatsache ist, daß in Vienenburg auf einer der oberen Sohlen schon aus früherer Zeit her Zuflüsse von Salzlauge und Wasser bekannt waren. Sie stammen aus einer Zeit, in der man die Gefahren des Kalibergbaues und die modernen Vorsichtsmaßnahmen noch nicht genügend gekannt hat. Das Werk war damals noch nicht im Besitz des Staates. Die geringfügigen Zuflüsse, deren erstes Auftreten 1889 bekannt wurde, blieben lange Zeit konstant. Als das Werk an die Preußag übergegangen war, hat man sofort Maßnahmen getroffen, um die Zuflüsse abzufangen, abzudämmen und unschädlich zu machen. Diese Versuche waren zum Teil gelungen. Man ging dann dazu über, das gesamte gefährdete Gebiet durch Zement und Beton abzuschließen, zu versteinen und die dort bekannten Hohlräume, die sog. Schlotten, auszufüllen. Noch bevor man nach Ausführung eines starken Mauerdammes dazu kam, Beton einzupressen, trat plötzlich erhöhter Wasserdruck auf. Am 8. Mai nahmen die Zuflüsse derart überhand, daß ihre Bemältigung an Ort und Stelle nicht mehr möglich war. Auch die eigens zu diesem Zweck eingebaute Pumpenanlage erwies sich schließlich als zu schwach und war bald durch die eingedrungenen Schlammassen verstopft. So kam es, daß in sehr kurzer Zeit sowohl das Feld des Schachtes I als auch die Grubenbaue des 11½ km entfernten Schachtes II auf den tieferen Sohlen von den Lagen- und Wasserzuflüssen erfüllt wurden. Diese dehnten sich bald auch über die tiefste Sohle von Schacht III aus. Doch bestand Hoffnung, das Feld von Schacht III vorerst noch von Lauge frei zu halten.

Inzwischen waren dadurch, daß die Gebirgsschichten sich von den Flüssigkeitsmengen entleert hatten, überlage an vielen Stellen Senkungserscheinungen aufgetreten. Nicht weit von Schacht I entstand ein großer Erdfall, der sich als Trichter von etwa 100 m Durchmesser kennzeichnete und in den ständig Gesteinsmaterial hinabrollte.

Die vorbeiführende Landstraße u. die Eisenbahnstrecke Vienenburg—Grauhof wurden in Mitleidenschaft gezogen, so daß der Verkehr in weitem Umkreis gesperrt werden mußte. Weitere Senkungen an verschiedenen Stellen auf dem Salzhorst ließen erkennen, daß der Laugeneinbruch in weitem Umkreise die Gebirgsschichten beeinflußt hatte.

In den nächsten Tagen trat in der Menge der Laugenzuflüsse ein gewisser Stillstand ein. Es wurde jedoch bald erkannt, daß die Grubenabteilungen Schacht I und Schacht II völlig aufgegeben werden mußten. Um das Grubenfeld des Schachtes III, das gerade die besten Salze enthält, und, wenn möglich, auch das am Schacht II wenigstens zum größten Teil zu retten, faßte die Grubenverwaltung den Plan, an verschiedenen Stellen unter Aufwand von großen Materialmengen und einer größeren Arbeiterzahl Mauerdämme einzubauen. Es war geplant, den Schacht III bis zur 4. Sohle mit Sand und Tod auszufüllen und unterhalb der 4. Sohle einen Pfropfen einzubauen. Ebenso war geplant, an zwei Stellen auf der 4. Sohle und unterhalb dieser Sohle zwei starke Dämme zu errichten. Es bestand die Hoffnung, daß hierdurch, der größte Teil des Feldes von Schacht III oberhalb der 4. Sohle von weiteren Laugenzuflüssen freigehalten werden konnte. Leider haben die Zuflüsse sodann wieder zugenommen, sodaß jetzt die Abdämmung nicht unter, sondern über der 4. Sohle vorgenommen werden soll. Zurzeit ist man dabei, diese Abdämmungsarbeiten mit allen Mitteln beschleunigt durchzuführen.

Die Bodensenkungen haben sich inzwischen beruhigt, und bedeutendere neue Erdfälle oder Risse sind in der weiteren Umgebung nicht mehr aufgetreten. Sie sind nach geologischem Gutachten zurzeit auch nicht zu erwarten. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hatte eine zeitlang den Zugverkehr über den Bahnhof Vienenburg gesperrt. Sie hat ihn inzwischen unter Beobachtung gewisser Vorsichtsmaßregeln wieder zugelassen. Eine Reihe von Wohnhäusern war durch die Polizeiorgane geräumt worden, ein Teil hat inzwischen wieder bezogen werden können.

Die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft ist mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Verbindung getreten, wegen Beseitigung der entstandenen Bergschäden gemeinschaftlich vorzugehen.

Alle eintretenden Entschädigungsforderungen werden in objektiver Weise geprüft u. geregelt werden. In einer Reihe von Brunnen war ein Sinken des Wasserspiegels beobachtet worden. Inzwischen ist durch Messungen festgestellt, daß dieses Sinken anscheinend nur vorübergehend war. Zu verkennen ist nicht der Umstand, daß durch starke Regengüsse im Harz die Vienenburg benachbarten Flüsse Oker, Radau u. Ecker zeitweise angeschwollen waren, sodaß es nicht ausgeschlossen ist, daß ein Teil des Flutwassers in die Grubenbaue gelangt ist.

Beim Eintritt der Katastrophe waren auf dem Kaliwerk Vienenburg rund 450 Arbeiter beschäftigt. Die Grubenbelegschaft ist bis auf diejenigen Arbeiter, die zu den Abdämmungsarbeiten verwandt werden, aus der Grube herausgezogen. Die Belegschaft der Kalifabrik ist einstweilen noch weiter mit Verarbeitung und Verladung der Salze beschäftigt. 75 Mann sind der Reichsbahnverwaltung zur Ausführung von Bodenarbeiten zur Behebung der Senkungen zugeteilt. Eine größere Anzahl Leute werden bei der Absperrung des Geländes verwendet. Hundert Mann sind nach dem der Preußag gehörigen Kaliwerk Bleicherode verlegt worden, wo bereits für ihre Unterbringung und etwaige spätere Uebersiedlung alle Maßnahmen getroffen sind. Die Zahl der Beschäftigungslosen ist daher zur Zeit verhältnismäßig gering, zumal einer Reihe von Leuten zunächst der tarifmäßige Urlaub erteilt ist.

Einwandfrei steht nach gutachtlicher Aeußerung von Sachverständigen fest, daß zur Abwehr des Unglücks alles, was nur irgend möglich war, geschehen ist, daß aber die Katastrophe in den letzten Jahren durch keine Maßnahmen mehr hätte abgewendet werden können.

Der Schaden ist, wie bereits betont, außerordentlich groß. Das Werk besaß drei Schachtanlagen mit besonders hochprozentigen und wertvollen Salzen — Schacht III hatte gerade vor etwa einem Jahre die höchste bisher verliehene Quote erhalten — sowie eine neuzeitliche eingerichtete Fabrik.

Der Wert der gesamten Anlage ist auf etwa 30 Millionen Mark zu schätzen. Die Preußag, die für den Ausbau dieses Werkes in den letzten Jahren große Summen für den erhofften wirtschaftlichen Erfolg aufgewendet hatte, ist umso schwerer betroffen worden, als sie neben Vienenburg nur noch das alte Kaliwerk Staßfurt und daneben das Werk Bleicherode besitzt.

Aus Halberstadt.

Wenn der Spargel kommt.

Lenzesfausen, Lenzesbrausen ist vorbei. Märzenwinde haben ausgeweht. Der Wonnemonat kam im April und das Aprilwetter haben wir jetzt im Mai. Alles also etwas verdreht, aber man findet sich mit ab, zumal ja der Mai das erste Gemüse bringt. Zuerst den frischen grünen Spinat. — Spinat und Ei ist ja ein delikates Gericht. Aber das Beste, was der Mai zu bieten vermag, ist der Spargel. Und jetzt ist man mitten drin in der Spargelernte. Morgens früh, wenn aus den halbrunden hohen Beeten ganz scheu die ersten blauen oder weißlichen Köpfe gucken, kommen die Spargelstecherinnen mit ihren langen Spargelmessern. Auf jeder Seite des Beetes geht eine solche spargelstechende Schöne entlang, unverwandt den Blick auf die lange Reihe gerichtet, unter der der Spargel versteckt seine Stangen treibt. Wo sich auch nur die Erde etwas hebt oder spaltet, da wird nachgefühlt und das Messer mit Kraft in die Erde gestoßen, um mit kunstgerechtem Schnitt unter der Erde die Stange abzutrennen. In braune Weidenkörbe werden die vielen Stangen gesammelt, um dann nach Größe und Dicke sortiert zu werden und als Suppenspargel oder besserer Spargel auf den Markt zu kommen.

Und welch köstliche Gerichte werden aus Spargel hergestellt. Wer das Geld dazu hat, kann beinahe täglich Spargel essen, so abwechslungsreich ist er zuzubereiten, und immer ist er schmackhaft und bekömmlich. Selbst alle Analysen, die dem Spargel keinen besonderen Nährwert zuerkennen wollen, können den Siegeszug dieser unterirdisch getriebenen bleichen Stengel der Spargelpflanze nicht aufhalten. Der Spargel schmeckt nun einmal gut, oder, wie der Halberstädter sagt „scheene". Und das ist ja schließlich die Hauptsache. Man will ja nicht nur so und so viel Gramm Hydrate, Fette oder so und so viel Kalorien zu sich nehmen, sondern vor allem soll bei der Speise auch der Gaumen zu seinem Recht kommen. Und ihn befriedigt der Spargel in hohem Maße.

Darum also: Eine recht gute Ernte, damit der Spargel recht, recht billig wird und recht viele ihn kaufen und essen können.

---

* **Eine Jacke aus einem Auto gestohlen.** Aus einem in der Magdeburgerstraße vorübergehend aufgestellten Auto wurde eine Jacke, in der sich auch der auf Karl Nagel lautende Führerschein befand, gestohlen.

* **60 Opfer der Diphtherieseuche.** Seit Ende vergangenen Jahres treten hier Diphtherieerkrankungen in starkem Maße auf. Von Dezember 1929 bis heute, sind, wie eine Korrespondenz berichtet, 60 Kinder der Seuche erlegen.

Partei-Genossinnen und -Genossen, werbt für Euer Blatt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0005

Gedenkmünzen der Staatlichen Porzellanmanufaktur.

Oben: Die Gedenkmünze zur Einweihung des Hygiene-Museums in Dresden.

Unten: Die Schillergedenkmünze zum 125. Todestag des Dichters, die von der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen aus Porzellan und Böttger-Steinzeug gefertigt wurden.

Die Plakatsäule.

So eine Plakatsäule ist doch eigentlich eine vergnügliche Sache! — Für Verabredungen. Wie leicht und bequem sagt sich das: „Also Treffpunkt an der und der Plakatsäule!"

Ich kenne eine Plakatsäule, die mitten in der Stadt steht, vom Verkehr umbrandet. Und eben diese Plakatsäule dient den verschiedensten Zwecken. Der bunten Ankündigungen sind gar viele. „Sei schön durch Elida", „Nur Marco Polo-Tee", Theater, Tanz usw. Dieses und anderes umkleiden die stattliche Rundlichkeit meiner Plakatsäule. O, ich kenne sie sehr genau. Und wenn sie erst reden könnte! Nicht nur Treffpunkt, sondern auch Anknüpfungspunkt bietet sie. — Er wartet auf sie. — Sie läßt auf sich warten.

Steht da ein junger Mann an meiner Reklamesäule, aus Langeweile, — bestimmt. Plötzlich — ein Seitenblick. Donnerwetter, hübsche Augen hat die Kleine! Ob sie wohl auf jemand wartet? — — „Ach, verzeihen Sie, mein Fräulein, Sie benützen bestimmt auch Elida, denn . ." — „O nein, Chlorodont!" (Na, die hat 'n Ahnung!) Sie schauen sich dann und wann in die Augen. — „Eigentlich ein ganz netter Junge." — Studieren weiter, studieren so lange, bis sie sich einig sind, wo sie den Abend zusammen verbringen wollen.

— „Ja, aber, liebe Frau, ich stehe jetzt eine geschlagene Stunde hier und warte. — Ob Du es wohl jemals lernen wirst, dich beim Einkauf zu beeilen!"

„Du hast aber auch immer etwas zu schimpfen", ist ihre Antwort. „Früher hast Du hier stundenlang auf mich gewartet und doch noch „Mausi" gesagt, wenn ich gekommen bin. Hätte ich dich doch niemals geheiratet!"

„Dann hättest Du noch eine halbe Stunde länger ausbleiben können. Dieses Uebel hätte ich gern getragen." — —

Eine bekannte Straßenfigur, der Mann mit dem Leimtopf und der Leiter, kommt daher. Aus der umgehängten Tasche leuchten schon von weitem die grellbunten Plakate, die meine Plakatsäule neu einkleiden sollen. Er legt seine Leiter an, fährt mit dem Pinsel ein paar Mal kreuz und quer, und — ein neues Plakat leuchtet in die Straße. Einige Passanten bleiben stehen, bewundern den Anschlag, und unaufhaltsam flutet das Leben weiter, vorüber an meine Säule. Ab und zu riecht ein Hund am Fuße der Säule herum, hebt das Füßchen, vielleicht, um zu sehen, ob sie noch feststeht. Dann schnuppert auch er weiter.

So eine Plakatsäule ist doch eigentlich Mittlerin vieler Interessen, — nicht? — — X.

---

* **An Unberechtigte keine Zahlung leisten.** Es wird darauf hingewiesen, daß die städtischen Vollziehungsbeamten auf Verlangen ihre Lichtbildausweise vorzeigen müssen und daß ihre Empfangsbescheinigungen nur auf dem dazu bestimmten Vordruck ausgestellt werden dürfen. Wenn die Ausweise nicht vorgezeigt werden und der Vordruck nicht verwendet wird, braucht nicht gezahlt zu werden.

* **In der Not zur Betrügerin geworden.** Eine blasse, ärmlich gekleidete Frau steht vor den Richtern des Halberstädter Schöffengerichts wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Der Ehemann der Angeklagten hat als Bahnarbeiter ein wöchentliches Einkommen von sage und schreibe 20 Mk. Davon sollen vier Kinder ernährt werden. Das Geld reicht natürlich kaum zum Nötigsten, die bittere Not hält ihren Einzug. Die Kinder schreien nach Brot. Welche Mutter vermag das ruhig mit anzuhören? Sie fälscht deshalb einen Zettel mit der Unterschrift ihrer Schwester, die in besseren Verhältnissen lebt und bekommt auf diesen Zettel von einem Bäcker für insgesamt 2.85 Mk. Brot und Brötchen. Und trotz dieses lächerlich geringen Betrages bringt man die Frau zu allem Unglück auch noch auf die Anklagebank. Das Gericht erkennt ihre Notlage an und verurteilt sie zu 10 Tagen Gefängnis. Sie erhält aber Strafaussetzung bei Zahlung einer Buße von 10 Mk. — „Reinlichkeit ist's halbe Leben", so sagte sich auch ein Angeklagter aus Cochstedt und stahl eine Waschwanne. Er wollte aber anscheinend nicht allzu unhöflich erscheinen und ließ zum Ersatz seine alte Waschwanne zurück. Der Besitzer war jedoch mit dem Tausch nicht ganz einverstanden, sondern erstattete Anzeige wegen Diebstahls. Da er schon allerhand auf dem Kerbholz hat, wurde er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Aus Furcht einen Meineid geleistet.** Zu unserem Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung am 14. Mai, wird uns mitgeteilt, daß die Angabe, die Ehefrau des P. hätte einen anonymen Brief an die Staatsanwaltschaft geschrieben, nicht zutreffe. Es wird bestritten, daß die Ehefrau die Anzeige eingereicht habe. Sie wurde vielmehr von einer dritten Person bei der Kriminalpolizei ohne Zutun und Wissen der Ehefrau veranlaßt.

Letzte Wettermeldung.

Freitag, 16. Mai, mittags 1 Uhr.

In Pommern, Schlesien und Ostpreußen Aufheiterung und am Tage wärmer. Im ganzen übrigen Reiche teils wolkig, teils heiter und am Tage mäßig warm. Im Nordosten Deutschlands und im Alpengebiet strichweise leichte Regenfälle.

Der Internationale Frauentag.

Der von der Sozialdemokratie veranstaltete Frauentag 1930 (18. Mai bis 1. Juni) ist dem Andenken August Bebels gewidmet, der vor 50 Jahren sein vielgelesenes Buch „Die Frau und der Sozialismus" herausgab. Die ganze Partei wird sich in diesen zwei Wochen in den Dienst der Frauenwerbung stellen. Die Kraft und Größe der Partei wird mitbestimmt von der Zahl und politischen Aktivität der Frauen.

Als 1910 in Kopenhagen der 13. Internationale Arbeiterkongreß tagte, fanden aus diesem Anlaß auch internationale Gewerkschaftskongresse statt, die sozialistischen Jugendorganisationen traten zusammen, die Frauen hielten ihre 2. internationale Konferenz ab. Hier in Kopenhagen faßten die Sozialistinnen aus siebzehn Nationen den Beschluß, alljährlich einmal in allen Ländern einen Frauentag abzuhalten. Im Vordergrunde stand das Interesse für das Frauenwahlrecht. Ideologisch damit verbunden waren die großen, sozialen Probleme, die in der Erwerbsarbeit der Frauen ihre Wurzel hatten und noch immer haben: Mutter- und Kindesschutz und gewerblicher Schutz der Arbeiterin. Vor allem aber war es das Bestreben, das internationalen Zusammenkünften der Arbeiterklasse ihr schönstes Gepräge gibt: dem Zusammengehörigkeitsgefühl, der Interessensolidarität der Besitzlosen und Entrechteten durch Beschlüsse und gemeinsames Tun einen lebendigen Ausdruck zu geben.

Schon in Stuttgart (1907) auf der ersten Frauenkonferenz hatte es sich gezeigt, daß die Sozialistinnen aller Länder ein sehr starkes Gefühl für die Notwendigkeit hatten, sich auch international in eine Linie mit dem kämpfenden Proletariat zu stellen. Die Erkenntnis, ein Teil der ganzen Arbeiterbewegung zu sein — dieses starke Klassengefühl hat die proletarische Frauenbewegung davor bewahrt, sich von der Allgemeinbewegung der Arbeiterklasse abzusondern, trotzdem die Gefahr dazu in den Verhältnissen gegeben war. Bis 1908 war in Deutschland der Mehrzahl der Frauen keine Möglichkeit der politischen Organisation und Betätigung gegeben. Politisch rechtlos waren die Frauen dann auch noch bis zur Revolution. Ueberlieferung und traditionelle Gewöhnung ließen den Gedanken der politischen und sozialen Gleichberechtigung nur langsam zur Entwicklung kommen. Aber der gesunde Sinn der Frauenbewegung ließ Sonderbestrebungen keinen Raum. Die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung ist in ihren großen Linien selbstverständlich von der wirtschaftlichen Entwicklung bedingt. In ihrem geistigen Inhalt und ihrer organisatorischen Form ist sie sehr stark von führenden Persönlichkeiten beeinflußt worden. Es war die starke Persönlichkeit August Bebels, die in der gesamten Arbeiterklasse eine Autorität hatte, wie man sie sich heute kaum noch vorstellen kann. Den Frauen nützte er besonders durch die Herausgabe seines Buches, mit dem er nicht nur in der Arbeiterschaft ungeheures Aufsehen erregte. Unbewußte Vorurteile, die das Handeln der Menschen bestimmten, wurden ins Bewußtsein gehoben, bildeten den Streitgegenstand in vielfachem Meinungsaustausch, wurden bekämpft und besiegt. Neue Anschauungen bildeten sich.

Es war für die Entwicklung der Frauenbewegung nicht gleichgültig, wie sich die Gesamtpartei zu ihr stellte. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärte Wilhelm Liebknecht in seiner Rede zum zukünftigen Parteiprogramm, daß die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht selbstverständlich auch für die Frauen Geltung habe. Und im Erfurter Programm ist diese Forderung ausdrücklich erhoben worden. Auch organisatorisch wurde die Bahn freigemacht. Eine Bestimmung im Statut sagte, daß jeder als Mitglied gilt, der die Partei freiwillig materiell unterstützt. Die kleinen, bescheidenen Pfennigbeträge der Parteigenossinnen oder die Mitgliedschaft im Frauen-Bildungsverein genügten vollauf, ihnen den Anspruch auf Teilnahme an Kongressen zu sichern. Wo in der Parteiversammlung durch Wahl ihr Anspruch nicht befriedigt worden war, konnten sie ihre Vertretung zum Parteitag in Frauenversammlungen wählen. Die Zentralvertrauensperson der Parteigenossinnen wurde von der Partei anerkannt; mit Hilfe der Partei wurde das System der Vertrauensperson auf- und ausgebaut. So wurde trotz Polizei und reaktionären Vereinsgesetzen die Frauenbewegung organisatorisch eingegliedert. Sobald es dann das Reichsvereinsgesetz erlaubte, wurde die Mitgliedschaft und die Mitwirkung der Frauen in den Vorständen statutarisch gesichert. Frühzeitig (1890) erhielt die Frauenbewegung ein geistiges Bindeglied in der „Arbeiterin", später „Gleichheit". Emma Ihrer, die verdienstvolle Arbeiterführerin, übernahm die Redaktion, bis sie sie an Klara Zetkin abtrat. Bei einem solchen verständnisvollen Entgegenkommen der sozialdemokratischen Partei konnte es garnicht zu Sondervereinsbildungen kommen, wie wir sie hie und da in anderen Ländern bemerkt haben, und wie sie auf der bürgerlichen Seite in den großen Frauenverbänden entstanden sind, deren geschichtliche Bedeutung hier nicht unterschätzt werden soll.

Etwas ist notwendig zur Vorwärtsentwicklung einer Bewegung: Begeisterung. Wir können uns kaum noch eine Vorstellung davon machen, mit welchem Feuereifer die Sozialdemokratinnen damals arbeiteten. Die Arbeiterfrauen waren damals wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Niedriger Lohn der Männer, Arbeitslosigkeit, hohe Kinderzahl zwangen die verheirateten Frauen, die wegen ihrer stärkeren menschlichen Reife fast überall die Trägerinnen der Bewegung waren, in die Lohnarbeit, wo sie bei langem Arbeitstag unter ungeheurem Lohndruck standen. Von den schikanösen Verfolgungen der Männer durch die Polizei und vom berüchtigten Unternehmersystem der schwarzen Listen wurden die Frauen oft mitbetroffen. Trotzdem oder gerade deshalb ging es in unverminderter Begeisterung vorwärts. 1911 im März wurde der Frauentag zum ersten Male veranstaltet. Die Jahre 1912, 1913 und 1914 brachten eine Steigerung. Der Gedanke hatte gezündet. Nach 1916 versuchten die Sozialistinnen trotz des Krieges, trotz der seelischen Depression der Frauen, den Gedanken an den Frauentag wachzuhalten. Der Wille zur Gleichberechtigung war während des Krieges unter den Frauen erstarkt; er konnte nicht so sehr nach außen drängen. Das Uebermaß der körperlichen Leistung, die Angst um Mann, Sohn und Bruder, die Verantwortung und Sorge um die hungernden Kinder, der eigene Hunger drängten diese Gedanken zurück. Und doch — mit dem nahenden Kriegsende trat stärker und stärker sichtbar auch das politische Selbstbewußtsein der Frauen in Erscheinung. Dem alten System wäre dieser stark gewachsene Wille der Frauen zur Gleichberechtigung sicher unbequem geworden. Mit der Revolution jedoch war ein Kampf um das Frauenwahlrecht nicht mehr nötig. Die sozialdemokratische Regierung gab uns Frauen das Wahlrecht.

Und trotzdem Frauentag? Gerade deshalb. Wir fühlen solidarisch mit den Frauen der Schweiz, Italiens, Belgiens, Frankreichs und all der anderen Länder, in denen die Frauen noch um ihr Bürgerrecht kämpfen müssen. Wir Frauen kämpfen auch in Deutschland und allen Ländern zusammen mit den Arbeitern noch um soziales und bürgerliches Recht. Diese Notwendigkeit bewies die jüngste politische Entwicklung deutlich genug. Wir demonstrieren als Frauen und Mütter für die Erhaltung des Friedens. Und wir erkennen daraus, daß die Sozialdemokratie ihre Zeitungen und Organisationen für unsere Veranstaltungen zur Verfügung stellt, daß es ihr Ernst ist in ihrem Werben um Gesinnungsgemeinschaft mit der Frau. Wir sind stolz auf die Führer und Führerinnen der Vergangenheit, die uns den Weg gebahnt und den Sieg des Frauenrechtes vorbereitet haben. Ihre Begeisterung soll uns ein Vorbild sein für den Frauentag 1930. Wir denken dankbar und in Verehrung an August Bebel, der sein Buch „Die Frau und der Sozialismus" mit den Worten schließt: **„Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt: Dem Arbeiter und der Frau".**

Marie Juchacz.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater

Freitag bis einschließlich Montag.

Lichtschauspielhaus. Hermann Bangs berühmte Novelle „Die vier Teufel". Harry Halm und Truus van Alten in „Jennys Bummel durch die Männer".

Kammer-Lichtspiele. Anny Ondra in dem Lustspielschlager „Die Kaviar-Prinzessin". Stuart Webbs in „Masken". Sonntag, nachm. 2 Uhr, in der Jugendvorstellung Anny Ondra und Tom Mix.

Sport.

F. C. Burgund 09. Am Sonntag muß Burgund mit allen drei Mannschaften nach außerhalb. Die erste und zweite Elf müssen nach Oschersleben, um dort ihre Serienspiele zu erledigen. Beide Mannschaften haben einen schweren Stand, um ehrenvoll abzuschneiden. Die Jugend fährt nach Hornhausen, um gegen die dortigen Turner das Rückspiel zu erledigen. Abfahrt für Jugend und zweite Mannschaft 11 Uhr, für die erste Elf 14,10 Uhr. Die Monatsversammlung findet am Sonnabend um 20 Uhr im Vereinslokal statt. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, muß jedes Mitglied erscheinen.

Gruppenturnfest in Schwanebeck. Die 3. Gruppe vom 1. Bezirk (Harzbezirk) feiert am 24. und 25. Mai in Schwanebeck ihr 7. Gruppenturnfest. Zugleich sei hier erwähnt, daß die Gruppe auch ihr 10jähriges Bestehen feiern kann. Schwere Kämpfe waren durchzumachen, aber die Vereine hielten treu zur Sache des Arbeitersports. Es sind dieses die Turnvereine Halberstadt, Wegeleben, Gröningen, Schwanebeck, Oschersleben, Hornhausen und Hamersleben. Crottorf, Derenburg, Hedersleben und Hadmersleben sind im Laufe der Jahre hinzugekommen. An alle diese Vereine ergeht nun der Ruf: Auf nach Schwanebeck zum 7. Gruppenturnfest! Das Programm sieht vor: Sonnabend, den 24. Mai, 18 Uhr: Empfang der auswärtigen Festteilnehmer; 20 Uhr: Platzkonzert auf dem Marktplatze; 21 Uhr: Fackelzug durch die Stadt; anschließend Jugendfeier; Sonntag, den 25. Mai, 7 Uhr: Kampfrichtersitzung; 8 Uhr: Sammeln und Abmarsch zum Sportplatz. Anschließend turnerische und sportliche Wettkämpfe für Turner, Sportler, Sportlerinnen und Kinder. 13,30 Uhr: Antreten im Vereinslokal und Festzug durch die Stadt. Ziel Sportplatz. Anschließend Massenfreiübungen, Aufführungen u. Sonderwettkämpfe. 18 Uhr: Siegerverkündigung. Ein Festball ab 20 Uhr im „Deutschen Hause" wird die Veranstaltung beenden. Der Festbeitrag beträgt 50 Pfg. für beide Tage. Kinder sind frei. Die auswärtigen Bundesmitglieder welche am Sonnabend kommen, erhalten Freiquartiere. An die Vereinsfunktionäre obiger Vereine ergeht der Ruf, die Freiquartiere und Wettkämpfer schon jetzt bei dem Vorsitzenden des Fest-Ausschusses, Fritz Heidenblut-Schwanebeck, Burgstraße, zu melden, da besondere Fragebogen den Vereinen nicht zugehen. Die Wettkampf-Uebungen sind den Vereinen schon bereits im März zugestellt und behalten bis auf einige kleine Aenderungen, welche die Technikersitzung am 4. Mai beschloß, ihre Gültigkeit. Es sind dieses ein Siebenkampf in A- u. B-Klasse und für die Jugend bis 18 Jahren an den Geräten, im Leichtathletischen ein Siebenkampf in A- u. B-Klasse, ein Fünfkampf für die Jugend. Dieselbe übt in zwei Altersklassen und zwar von 14—16 und 16—18 Jahren. Für Sportlerinnen findet ein leichtathletischer Vierkampf und für Kinder ein Dreikampf statt. Die Massenfreiübungen sind die des Bundesfestes in Nürnberg und werden von Turnern u. Turnerinnen gemeinsam geübt. Zu den Wettkämpfen wird eine Uebung ausgelost. Auch die Spielleute, soweit die Vereine solche besitzen, sollen das Fest verschönen helfen, in dem sie am Sonnabend am Platzkonzert mitwirken, am Sonntag wecken und zum Umzuge spielen.

F. C. Germania 1900 e. V. Für das Wochenende haben sich die Germanen abermals zwei Gegner verpflichtet. Sonnabend erscheint der ehemalige Eine-Bode-Gaumeister „Viktoria 04" Güsten, welcher sich in letzter Zeit sehr spielerisch gut entwickelt hat und auch gute Erfolge zu verzeichnen hat. An den Verbandsspielen gelang es dem Meisteranwärter, 98 Dessau, durch eine 3:2-Niederlage die Gaumeisterschaft zu verderben, sodaß mit einem Punkt Wacker-Bernburg Meister wurde. Die Gäste stellen eine stabile und schnelle Elf. Beginn des Spieles 18,30 Uhr. — Sonntag wird der sechsmalige Gaumeister des „Kyffhäusergaues" Wacker-Nordhausen erwartet, welcher ein weit schwerer Gegner für die Blaugelben ist, als der Sonnabendgast. Die Nordhäuser befinden sich in ausgezeichneter Form, denn Gegner von Ruf, wie „Sportfreunde" Halle und Spielvereinigung Erfurt zu schlagen, zeugt von Spielstärke. Ihren letzten großen Erfolg hatten sie Ostern zu verzeichnen, indem sie gegen Sparta-Prag 4:4 unentschieden spielten. Anstoß 15,30 Uhr. Beide Spiele finden auf dem Germaniasportplatz statt. Vorher 13,30 Uhr spielt die 3. Elf gegen die 2. von V. f. B. Blankenburg und 14 Uhr die Reserve gegen Gatersleben. Da am Sonntag 4 Spiele stattfinden, hat die Vereinsleitung Tageskarten zum Preise von 60 Pf. herausgegeben.

Freie Sportvereinigung 1895 Wernigerode. Handball. Am Sonntag nachmittag um 17,30 Uhr, findet auf dem Neustädter Anger ein Handballkampf zwischen der ersten Mannschaft von Wernigerode und der 1. Mannschaft von Halberstadt statt. Da es ein interessanter Kampf wird, ist der Besuch sehr zu empfehlen. — Am Sonntag, um 20 Uhr, findet im Jugendheim ein Jugend- und Unterhaltungabend statt. Das Erscheinen aller Jugendlichen wird gewünscht.

Vermischtes.

Hochwassergefahr in Süddeutschland.

Die seit fast 8 Tagen ununterbrochen niedergehenden außerordentlich heftigen Regengüsse und die starke Schneeschmelze im Gebirge hatten in ganz Südbayern ein bedrohliches Anschwellen der Flüsse und Seen zur Folge.

Einzelne Flüsse, wie die Iller bei Kempten im Allgäu und die Isar bei München, sind um mehr als drei Meter über ihren mittleren Pegelstand angewachsen. Der Tegernsee ist um 1,10 Meter, der Kochelsee um 1 Meter gestiegen. Die riesige Flutwelle, die sich allmählich an die Mündungsstellen der Flüsse heranwälzt, lassen auch für die einzelnen Flußabschnitte der Donau, die ohnehin schon Hochwasser führt, eine Katastrophe befürchten. In vielen Gegenden sind die Ausmaße des großen Hochwassers vom Sommer 1924 bereits übertroffen. In zahlreichen Orten sind die Wassermengen bereits über die Ufer getreten und haben Eingang in die Häuser gefunden. Am gefährlichsten droht sich die Katastrophe am Ammersee auszuwirken. In den Orten am Nordufer sind die meisten Wohnhäuser schon um 40—50 Zentimeter hohen Fluten durchschwemmt und die Staatsstraßen teilweise überflutet. Zwar hat die am Donnerstag eingetretene Regenpause einen gewissen Stillstand des Hochwassers bewirkt, doch lassen die Wetterberichte bereits neue Regengüsse befürchten.

Aufklärung des Mordes von Ratibor. Die Krimnalpolizei von Ratibor hat festgestellt, daß der Rentner Sedlatzek, dessen blutüberströmte Leiche in einem Straßengraben gefunden wurde, nicht, wie man anfangs angenommen hatte, von dem Brünner Fleischer Pauser, sondern von zwei Brüdern Rsodeczko ermordet worden ist. Sedlatzek sollte demnächst in einem Meineidsprozeß gegen die Brüder als Zeuge auftreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0006

Ihre am 2. Mai 1930 vollzogene

Vermählung

zeigen an

Alwin Männicke u. Frau Ella
geb. Menzel

Gleichzeitig danken wir herzlichst für die Aufmerksamkeiten, die uns zuteil wurden.

Mehrere Kontorräume mit Lager

sofort zu vermieten. Auskunft im städt. Grundstücksamt (Bürohaus U. d. Weiden), Zimmer 33.

Magistrat Halberstadt.

Frau Anna Becker geb. Wegener, Gleimstraße 3 wohnhaft, beabsichtigt auf dem Grundstück Parzelle 133 an der Derenburgerstraße ein Einfamilienhaus zu errichten. Das Baugrundstück liegt 140 m von der Harzstr. entfernt. Gemäß § 16 des Ansiedlungsgesetzes vom 10. August 1904 (Gesetzsammlung S. 227) wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß gegen den Antrag auf Erteilung der Ansiedlungsgenehmigung von den Eigentümern, Nutzungs- und Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen vom 17. Mai ds. Js. ab bei der Polizeiverwaltung hier Einspruch erhoben werden kann, wenn dieser sich durch Tatsachen der im § 15 des Gesetzes bestehenden Art begründen läßt. Die Unterlagen über das Bauvorhaben liegen innerhalb dieser Frist im Stadtbauamt, Zimmer 6, während der Dienststunden aus.

Der Magistrat.

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 8 bis 10 Uhr
Rindfl. 50., Schweinefl. roh 60, Schweinefl. ged. 40 Pf.

Konsum- u. Spargenossenschaft Halberstadt
e. G. m. b. H.

Am Sonntag, den 25. Mai 1930, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Otto Bollmann, Bakenstraße:

Vertreter - Sitzung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht über das erste Halbjahr 1929/30.
2. Wahl der Vorstandsmitglieder.
3. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.
4. Einrichtung mehrerer Verteilungsstellen.

Um das Erscheinen aller Vertreter wird gebeten.

Der Aufsichtsrat. J. A.: K. Werny.

Bindseil's Badeanstalt

Das Bad zur Erfrischung!
Fließend Wasser! Herrliches Sonnenbad!
Geschützte Lage!
Angenehmer Familien-Aufenthalt

Beginn der Bade - Saison

am Sonntag, den 18. Mai

ff. Biere ff. Kaffee

Es laden ergebenst ein

Otto Barte und Frau.

Verkaufsstelle von

Lauchstädter Brunnen

Carl Baudorff Nachf., Drogerie, Hoheweg 6.

Oschersleben.

Welt-Theater

Vom Freitag bis Montag:

Der große Zille-Film

Mutter Krausens Fahrt ins Glück

Amor im Boxring!

Quer durch den Sport!

Osterwieck.

Bekanntmachung.

Städtische Volksbadeanstalt.

Die städtische Volksbadeanstalt mit Brausebad wird am Montag, den 19. Mai 1930 eröffnet.

Die Aufsicht ist dem Bademeister Herrn Reitzig übertragen. Die tägl. Badezeit beginnt um 6 Uhr und endigt um 21 Uhr. Die Badezeit der Damen ist nur am Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, von 8—10 Uhr und Mittwoch, von 13—16 Uhr. Für die übrigen Stunden ist das Baden Personen beiderlei Geschlechts gestattet.

Badepreise:

1. a)	Einzelbad für Erwachsene mit Zellenbenutzung	0.40 RM.
b)	" " " ohne "	0.20 "
c)	" " Kinder mit "	0.30 "
d)	" " " ohne "	0.10 "
2. a)	Monatskarte für Erwachs. mit Zellenbenutzung	5.00 "
b)	" " " ohne "	3.50 "
c)	" " Kinder mit "	3.50 "
d)	" " " ohne "	2.00 "
3. a)	Dauerkarte für Erwachs. mit Zellenbenutzung	8.00 "
b)	" " " ohne "	5.00 "
c)	" " Kinder mit "	6.00 "
d)	" " " ohne "	3.00 "
4. a)	Monatskarte für Mitglieder der Schwimmvereine mit Zellenbenutzung	4.00 "
b)	Monatskarte für Mitglieder der Schwimmvereine ohne Zellenbenutzung	3.00 "
5. a)	Dauerkarte für Mitglieder der Schwimmvereine mit Zellenbenutzung	6.00 "
b)	Dauerkarte für Mitglieder der Schwimmvereine ohne Zellenbenutzung	4.00 "
6. a)	Leihweise Benutzung einer Badehose . .	0.10 "
b)	" " eines Badeanzuges .	0.20 "
c)	" " " Badetuches .	0.20 "
d)	" " " Handtuches .	0.10 "
7.	Zuschauerkarten	0.10 "
8.	Paddelbootbenutzung pro Stunde	0.70 "
9. a)	Schwimmkursus für Erwachsene	6.00 "
b)	" " Kinder	3.00 "

Osterwieck (Harz), den 15. Mai 1930.

Der Magistrat. Hartmann.

Unseren Mitgliedern
empfehlen wir unsere

Fleisch- und Wurstwaren

zu niedrigen Preisen!

Nur einwandfreie gesunde Ware gelangt in unseren Betrieben zur Verarbeitung!

Neu aufgenommen haben wir in unseren Spezial-Verteilungsstellen

Lichtengraben
Walter Rathenaustraße
und Bakenstraße

Leberwurst, Rotwurst und Sülze in 1/1 Pfd.-Dos.

1 Dose kostet nur 75 Pfg.

Konsum

Gerade jetzt
ist es notwendig

Engelbert Graf's
Broschüre

„Die faschistische Gefahr"

zu lesen. **Preis nur 30 Pfennig**

Buchhandlg. Halberstädter Tageblatt

Thale

Bekanntmachung.

Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1930.

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben:

1. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahre 1929 den Betrag von 6000.— RM. überstiegen hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks

„Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebes anzusehen ist, z. B. für Reedereien und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts),

Muster Gew. 2 (für juristische Personen),

Muster Gew. 4 (als Einlage zum Muster Gew. 1 od. 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)" in der Zeit vom 12. bis 31. Mai 1930 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung können vom 15. Mai ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke vom 15. Mai ab im Stadtsteueramt, Zimmer 43, des Rathauses, während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Thale a. H., den 14. Mai 1930.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Veranlagungsbezirk Thale a. H.

Wenkel, 2. Bürgermeister.

Wegeleben.

Bekanntmachung.

Infolge Gleisumbaues an der Bahnstrecke Wegeleben-Hedersleben wird der Uebergang über den Bahnkörper an der Ditfurter Chaussee, hierselbst, am Montag und Dienstag (19. und 20. Mai d. J.) für den gesamten Reit-, Fahr- und Wagenverkehr (Auto, Fuhrwerke aller Art) gesperrt.

Die Umleitung nach Ditfurt erfolgt entweder über Harsleben—Münchenhof oder Rodersdorf—Hedersleben.

Wegeleben, den 15. Mai 1930.

Die Polizeiverwaltung. Wille.

NAVERMA G M B H HAUS

Billiger! Billiger!

Schweineschmalz Raffinade	1 Pfd. nur 62 Pfg.
Melis, gem.	1 Pfd. nur 29 Pfg.
	1 Pfd. nur 27 Pfg.
Limburger, 20 %	1 Pfd. nur 48 Pfg.
Speck, fett	1 Pfd. nur 128 Pfg.
Molkereibutter	½ Pfd.-Stück nur 81 Pfg.
Elbin-Kokosfett	1 Pfd.-Tafel nur 58 Pfg.
Tafel-Oel .	1 Pfd. nur 52 Pfg.
Bratheringe	1 Ltr.-Dos. nur 59 Pfg.

Naverma
Das vorteilhafte Einkaufshaus

Wernigerode

Ahrberg's täglich frisch nach Hausfrauen Art ausgebratenes

Grebenschmalz

nur von Schweinen eigener Schlachtung

Pfund **80** Pfennig

Filiale Burgstraße 12 Telephon 609

Oeffentliche Mahnung.

Die bis zum 15. ds. Mts. fällig gewesenen Steuern sowie die Steuerreste aus den Vormonaten sind nunmehr **innerhalb 3 Tagen** an die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5, zu zahlen, widrigenfalls die Einziehung im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgen wird. Es wird gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß während der Zeit vom 20. bis einschl. 22. d. Mts. die Stadthauptkasse wegen Aufstellung der Restlisten geschlossen bleibt.

Wernigerode, den 16. Mai 1930.

Der Magistrat (Stadthauptkasse).

Bekanntmachung.

Die Gemeinde- und Ortssteuerkasse ist wegen Aufarbeitung vom 19. Mai bis einschließlich 7. Juni geschlossen. Auszahlungen finden jedoch Montag und Donnerstag vormittag statt.

Ilsenburg/Harz, den 16. Mai 1930.

Die Gemeinde- und Ortssteuerkasse.

Radecke.

Bekanntmachung.

Der Kreisausschuß Wernigerode hat in seiner Sitzung am 16. April d. Js. den Schöffen Herrn Direktor Wilhelms zum stellvertretenden Amtsvorsteher in Ilsenburg bestimmt.

Ilsenburg, den 15. Mai 1930.

Der kommissarische Amtsvorsteher.

gez. Theofel.

Kammer-Lichtspiele

Wernigerode

Freitag bis Montag:

— 1 —

Ein Spiel im bunten Rock der Vorkriegszeit:

Reveille — Das große Wecken

Eine Soldatentragödie aus einer kleinen Garnison in 7 Akten.

In den Hauptrollen: Werner Krauss — Fritz Kampers — Ruth Weyher — Albert Steinrück — Gerd Briese.

— 2 —

Eddie Polo

in seinem spannenden Sensationsfilm

Im Nebel der Großstadt

(Der Teufelsreporter)

Ein Kampf mit Mädchenhändlern in 6 Akten.

Kulturschau. Wochenschau.

Beginn wochentags 6 Uhr — Sonntags 5 Uhr.
— Letzte Vorstellung täglich ½9 Uhr. —

SCHLOß-LICHTSPIELE WERNIGERODE

Freitag—Montag

Ein **Doppel-Programm** reinen Genusses, das man **sobald nicht vergißt**

I.

Es flüstert die Nacht

mit **Lil Dagover** und **Hans Stüwe**

II.

Vorsicht - Verräter

Ein phänomenaler Hundefilm
Der Star der Handlung:
„Blitz" — ein deutscher Schäferhund

Im Beiprogramm:
Berlin muß versorgt werden
Deulig-Wochenschau

Beginn: Wochentags ab 6 Uhr abends
Sonntags ab 5 Uhr abends

Freibank

Sonnabend von 9—1 Uhr
ein großer Posten Fleisch.

Bauschule Rastede i/Oldbg.
von C. Rohde, zwei Semester, Programm frei.

Hotel Monopol

Guter bürgerlicher Mittagstisch

im Abonnement von 80 Pfg. bis 1.— Mk

Die Verwaltung.

Bettstellen

in Holz u. Metall, mit Patent- u. Auflegematr. 45, 55, 65 u. 75 R.-M. Alle anderen Möbel, Federbetten, Chaiselongues, Sofas, Küchen lief. preisw. bei bequem. Ratenzahlungen das **Bettenhaus „Otto"**, Kaiserstraße 62.
Patent-Matr. v. 12.- Mk. an

Frisch geschlachtetes Roßfleisch, sowie warme Wurst

empfiehlt

Ernst Gothe
Roßschlachterei
Grünestraße 1.

Den guten

Qualitäts-Schuh

erhalten Sie im

Schuhgeschäft Reinhardt

Breitestraße 105.

Reichliche Auswahl in Kinder-Schuhen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-612166619193005l6-10/fragment/page=0007
DFG

Anzug-Woche

Vom 16.—24. Mai kaufen Sie in folgenden Preislagen besonders günstig:

Preislage für praktische Herren-Anzüge:

Ein Anzug, der mehr wert ist, als er kostet; ein Stoff, den man seine Billigkeit nicht ansieht. **58,-**

Preislage für moderne Herren-Anzüge:

Von diesem Anzug werden Sie erst nach längerem Gebrauch sagen, daß er wirklich preiswert war. **68,-**

Preislage für elegante Herren-Anzüge:

Dies sollte ihr Anzug werden! Wir führen ihn in vielen Musterungen in bläulichen, grauen und braunen Tönen. **78,-**

Hermann Schinke

Das Qualitätshaus für Herren- und Knaben-Kleidung

Breiteweg 73 Voigtei 25-26

Trainings-Anzüge

sowie alle Artikel, Bekleidung und Schuhe für **Turner, Fußball- u. Handballspieler,** für **Schwer- und Leichtathletik** kaufen Sie **sportgerecht** und besonders preiswert nur beim Sportmann

Turnbekleidung

und **Turnschuhe** für Mädchen und Knaben **vorschriftsmäßig** für **alle Schulen besonders billig.**

Hosen, Ia Satin, mit Tasche

Größe	2 und 3	4	5 und 6
Mk.	1.80	1.90	2.00

Hosen für die Mittelschule vorschriftsmäßig allein im

Schuhwaren- u. Sportgeschäft

Fernspr. 1292 **„Merkur"** nur Hoheweg 42

Jung, fettes Rindfleisch
Pfd. 0.90 Mk. Gulasch 1.00 Mk. Rouladen Pfd. 1.30 Mk. Schaibammelfleisch Pfd. 0.60-0.90 Mk. Pr. Mastziegenbammelfleisch Pfd. 40—80 Pfg. Kalbfleisch 1.00 Mk. an Rinder-Leber 1.00 Mk. Herz-, Lunge-, Euter, fr. u. gekocht. Schafslämmer Pfd. 0.60 Mk.
Franziskanerstraße 26.

---

ff. Sahnen-Schichtkäse
frisch eingetroffen.
Paul Hampel Nachf.
Holzmarkt 4 Tel. 1042

Ia saure Gurken
Stück von 5 Pfennig an empfiehlt
Emil Langrock,
Gröperstraße 48.

Kanarienweibchen
alt und jung und grüne Hähne werden am Sonnabend, den 17. ds. Mts. von 1/2 11 bis 6 Uhr in Halberstadt in Lismanns Restaurant, Ecke Breiteweg und Weingarten gekauft.

Garten- und Hauspumpen
Wasserversorgungsanlagen
Drahtgeflechte sowie kompl. Drahtgeflecht-Einzäunungen liefert
Otto Schreiber
Braunschweigerstraße Nr. 8
Telefon Nr. 1952

Elektrische
Waschmaschine
zu verleihen.
Grudenberg 10.

Empfehle meinen
1 1/2 Tonn.-Lieferwagen
zu Sonntagsfahrten und sämtl. Eiltransporte.
Hufmüller, Düsternstr. 10.
Braunschweigerstraße 11.

Anzüge
in modernen Farben, flotten Formen, in guten tragfähigen Stoffen, zu anerkannt billigen Preisen
78.— 65.— 58.—
48.— 36.— 29.—
21.—
Emil Plettner
jetzt Schmiedestraße 24

Uhren-Reparaturen
schnell, sauber, billig
Gustav Pfeiffer,
Uhrmacher,
Franziskanerstraße 34.

Möbelpolitur
Ratsapotheke.

Merz'sche Salbe gegen Flechten, Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke

Alles staunt! **!!!ACHTUNG!!! Noch nie dagewesen!** Alles staunt

Hoffmann kommt zum Wochenmarkt, Stand 78, nur am SONNABEND, 17. Mai, mit seinen weltbekannten spottbilligen

Rosensträucher

Hochstamm-Rosen, Flieder
Mandelbäumchen und Goldregen
in nur allerbesten, dankbarsten u. neuesten Sorten
Preise für 10 St. nur 2.50-3.50 Mk. in 10 Farben

Großer Reklame-Verkauf

Meine lieben Blumen- und Gartenfreunde sind hiermit zum billigen Einkauf eingeladen
Die „Rose" ist die Königin der Blumen, darum pflanzt mehr Rosen auf die Gräber und in Gärten

---

Ausnahme-Angebot! Da ich mein Lager räumen muß, verkaufe ich zu jed. annehmbaren Preis:
Schlaf-Zimmer in Gold-Birke (imit.), Nußbaum (imit.), echt Eiche mit Zebrano, sämtl. Sachen sind neu und in eigener Werkstatt angefertigt.
Paul Giesow, Tischlermeister
Paulsplan 24, Ecke Pfahlgasse.

Butter

Feine Qualität Pfund	1.45
Allerfeinste Molkerei-Tafel-Butter . . Pfund	1.58
Teebutter ungesalzen u. leichtgesalzen . Pfund	1.68

Margarine

von 58 Pfg. bis Mk. 1.20

Besonders empfehlenswert:

„Feine Tafel" Pfund	0.70
„Flammanta Eigelb" ges. gesch. . . . . Pfund	0.85
„C. E. Feinkost" ges. gesch. . . . . Pfund	1.00

Hammonia

Größtes Butterspezialgeschäft Deutschlands
Verkaufsstelle: **Halberstadt**
Kühlingerstraße 23

Voigtei 21 ● Voigtei 21

Täglich großer billiger Fleisch-Verkauf!

Junges fettes Rindfleisch . . . . . Pfd.	0.80
Schweinefleisch . . . . . Pfd.	1.00
Hammelfleisch . . . . . Pfd.	0.70
Würstchen . . . . . Pfd.	0.80
Gehacktes Schweinefleisch . . . . . Pfd.	1.00
Bratwurst . . . . . Pfd.	1.00

Haversatzns Fleischrentrale

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntag, Cantate, den 18. Mai 1930, werden predigen:

Domkirche: 8 Uhr, Superintendent Brindmann. 9.30 Uhr, Liturgischer Gottesdienst, Domprediger Lange. Dienstag, 20 Uhr, Bibelstunde im Saale des von Campen'schen Stifts. **Liebfrauenkirche (ref.):** 9.30 Uhr, Festgottesdienst, Hofprediger Dauid, Superin. Brindkmann, Pfarrer Moeseritz, Chor und Sologesang. Sonnabend, 20 Uhr, Wochenendfeier, Pfarrer Moeseritz, („Nichts Selbstverständliches — Gnade".) Sonntag, 20.15 Uhr, pünktlich in der Harmonie, Familienabend. Mittwoch, 20 Uhr, Bibelstunde, 17 Uhr, Pfleghcheimandacht, Pfarrer Moeseritz. Freitag, 20 Uhr, Frauenstunde, Domplatz 32. **Martinikirche:** 9.30 Uhr, Oberpfarrer D. Horn, Abendmahl. Sonnabend, 20 Uhr, Wochenendgottesdienst, Pfarrer Knopf. Donnerstag, 20 Uhr, Bibelstunde, Pfarrer Knopf. **Moritzkirche:** 8 Uhr, Pfarrer Friedendorff. 9.30 Uhr, Pfarrer Gebauer. **Johanniskirche:** 8 Uhr, Pfarrer Sänger. 9.30 Uhr, Pfarrer Schulz. Donnerstag, 20 Uhr, Konfirmandensaal an der Kirche, Besprechung über Dienst der Frau in der Gemeinde, Pfarrer Mätzold. **Salvatorkrankenhaus:** 17 Uhr, Pfarrer Friedendorff. **Ev. Gefängnis-Gottesdienst:** 9 Uhr, Pfarrer Knopf.

In allen Kirchen und Cecilienstift, 11 Uhr, Kindergottesdienst.

Ev. Jünglingsverein: (Martiniplan 3) Montag, 20 Uhr.
Ev. Männerverein: (Breiteweg 3) Mittwoch, 20 Uhr.
Blaues Kreuz (Trinkerrettung): Domplatz 32, Mittwoch, 20.15 Uhr.
Landeskirchliche Gemeinschaft: Domplatz 32, Montag, 20.15 Uhr.
Jugendbund f. E. C.: Domplatz 32, Sonntag, 20.15 Uhr.
Mädchenheim Sophistraße 5: Mittwoch, 20 Uhr.
Nähabend. Sonntag, 20 Uhr, Jugendabend.
Ev. Jungmädchenbund: (Cecilienstift) Dienstag, 20 Uhr.
Ev. Jungmädchenverein: (im oberen Konf.-Saal des Domes) Sonntag und Donnerstag, 20 Uhr.

Bandonion-Musik-Verein „Eintracht"
Leitung: O. Nathow

Unser **Frühlings-Vergnügen** findet **Sonnabend, den 17. Mai 1930** in der „Sternwarte" statt.

Ab 20 Uhr Tanz. - - Neue und alte Tänze.

Der Vorstand.

„Volkschor"

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
Gemeinnütziger Verein
Leitung: Walter Hermes

Am Sonnabend, den 17. Mai 1930, 20 Uhr findet im Saale des „Kaiserhof" unser

9. Stiftungsfest

bestehend aus Gesangsvorträgen und Tanz, statt. Freunde und Gönner unseres Vereins herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Die Photos kommen gut heraus benutzt man stets **Kamm's Photohaus**
— Hoheweg 48 —
und dort bestellen Sie die schöne Atoskopie

Palatum

der billige Fußbodenbelag

Stückware, qm = 2.10 RM
Läufer, 67 cm br. = 1.60 RM
Teppiche in jeder Größe zu haben bei

Bauch & Schomburg
Polsterei Grudenberg 10

Käse

immer noch billiger

Edamerkäse, 40% Fettgehalt . .	1/2 Pfund RM.	**0.52**
Limburger Allgäuer, 20% Fettgehalt	Pfund RM.	**0.40**
Feinste frische Molkereibutter	1/2 Pfund RM.	**0.76**
Harte Bratwurst	1/2 Pfund RM.	**0.60**

Gebr. Dingel
Filialen in allen Stadtteilen.

Willst Du streichen, geh' zu Lack-Behrens!

Tapeten bis zu den feinsten Genres Rolle von 20 Pf. an
Reste enorm billig!
Japan-Emaillelack für innere u. äußere Arbeiten, blendend weiß Pfd. 1.00
Schablonen, Schlämmkreide, Sikkativ, Terpentin usw. kaufen Sie billigst bei
Willi Behrens Spezial-Geschäft in Farben, Lacken, Tapeten
Dominikanerstraße 4

Arbeiter, Angestellte, Beamte

berücksichtigt bei Euren Einkäufen

unsere Inserenten!

Farbe und Pinsel, nun eilig herbei, daß Fäulnis u. Rost gesteuert bald sei.

Oele, Lacke, Farben

und alle Bedarfsartikel

für Lackierungen und Anstriche

fachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

Rohstoff-Genossenschaft der Maler

Blücherstr. 19. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 1611

Schablonen, Bohnerwachs, Salmiakgeist
Rostschutzfarben, Isoliermittel geg. feuchte Wände

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0008

Unterhaltung und Wissen

Die Nacht von Berlin.

Polizeibericht: „Bei einer Razzia im Norden Berlins wurden eine Anzahl verdächtiger Personen festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert. Unter den Verdächtigen befanden sich mehrere Personen, die von der Polizei gesucht wurden, darunter auch zwei entlaufene Sträflinge."

Berliner Unterwelt! Das ist ein Schlagwort, mit dem renommiersüchtige Provinzler um sich zu werfen pflegen, wenn sie wieder glücklich zu Hause angelangt sind. Denn etwas, was man mit Recht als „Unterwelt" bezeichnen könnte, gibt es in Berlin nicht. Diese riesige Stadt, in der sich Menschen aus aller Welt ein Stelldichein geben, in der die Not und das Elend schmerzlicher und brennender auftreten als in anderen Städten, hat natürlich ein Nachtleben, in dem Prostitution, Verbrechen und Obdachlosigkeit zu einem schauerlichen Freiklang zusammenkommen. Berlin hat Ringvereine, in denen sich Vorbestrafte und Zuhälter vereinigen; aber dies alles ist viel weniger System als die meisten anzunehmen scheinen. Gerade dieses Unzusammenhängende, Gelockerte des Berliner „Unterweltbetriebes" — um einmal das ominöse Wort zu gebrauchen — gibt ihr das einzigartige Bild, das in diesen Berliner Nächten die soziale und auch kriminelle Struktur der Millionenstadt kaleidoskopartig aufschimmern läßt . . .

*

Cafe Roland in der Chausseestraße. Hier beginnt der Betrieb um vier Uhr, nachdem er um 3 Uhr erst aufgehört hat. 23 Stunden ist der „Roland" geöffnet, er ist das glänzendste Geschäft im ganzen näheren und weiteren Norden. Von 3 bis 4 Uhr sind 12 Scheuerfrauen tätig, um wenigstens die schlimmsten Spuren des Daueramüsements zu tilgen und ein wenig Ordnung zu schaffen. — Schon um 4 Uhr hat sich eine stattliche Menge angesammelt, die mehr oder weniger temperamentvoll Einlaß begehrt. Es ist ein sehr gemischtes Publikum, das sich hier eingefunden hat. Neben Besitzern eleganter Autos aus Berlin W auch unverkennbare Repräsentanten dessen, was man so „Unterwelt" nennt. Zwei Minuten nach vier Uhr wird geöffnet, man balgt sich schon am Eingang, nur um herein zu kommen. Für Ordnung sorgt ein herkulisch gebauter Mann am Eingang, der mit mehr oder weniger drohender Miene von jedem Gast seinen Zehnten fordert und gegebenenfalls auch Verwendung findet, wenn es gilt, einen Krakeeler an die frische Luft zu setzen.

Mehr oder weniger sind alle Gäste des Cafe Roland angeheitert. Besonders die „Damen" geben den alkoholischen Ton an. Die Kellner, die schon wissen, daß man hier mit Sanftmut nicht weiter kommt, haben sich eine geradezu bajuwarische Grobheit angewöhnt und dutzen ohne Ausnahme jeden Gast, dem sie Trank und Speise kredenzen.

Ein Herr im Frack mit Monokel im Auge regt sich fürchterlich darüber auf, daß er ein Haar in seiner Hühnerbrühe gefunden hat. Eine buntgeschminkte Dame, die ihm Gesellschaft leistet, sekundiert eifrig. Mit Blitzesschnelle ist der 2½ Zentnermann am Eingang alarmiert und fertig zum Eingreifen. Das geht, von einem kurzen Dialog abgesehen, der sich in äußerst lässigen Formen abspielt, nun sehr schnell. „Unverschämtheit — —!" gröhlt der Mann mit dem Monokel und schlägt mit der Faust auf den Tisch, „mir hier eine Perücke in die Suppe zu schmeißen —. Kellner! In der Brühe hat sich wohl Ihre Köchin die Haare gewaschen, wie?! Da sollte man ja geradezu die Gesundheitspolizei holen!" — „Blas Dich man nur nicht so auf, Männeken —", sagt der Kellner und tritt mit finsterer Miene näher. „Du hast wohl etwas zu viel Luft geschnappt, daß Du Dich so aufpustest?! Bei Deiner Glatze kann Dir so ein Haar doch nur gut tun." — „Wo ist der Chef?" brüllt nun der Herr, der ein Haar in der Suppe fand . . . Der Chef erscheint nicht, statt dessen greift der Cerberus vom Eingang den Frack samt Inhalt um die Hüfte, zwei Kellner sekundieren und in Sekundenschnelle befindet sich der Mann in nächtlicher Kühle und unsacht aufs Straßenpflaster gesetzt.

Das Cafe Weiß ist mehr auf moll gestimmt. Hier versammeln sich nach der Arbeitsnacht die Strichmädchen der Chausseestraßengegend, um mit ihren „Luden" Kasse zu machen. Das geht manchmal nicht ohne Krakeel ab; wenn sich Mann und Frau nicht einig werden und einander zu prügeln beginnen, tritt der Chef höchst eigenhändig in Aktion. Dieser Chef ist massig genug, um auftretende Unruhen im Keim zu ersticken. Er soll einmal Ringkämpfer gewesen sein und macht von seinem körperlichen Privileg in solchen Fällen rücksichtslos Gebrauch . . . Ein Hammerklavier, das die kläglichsten Töne hervorbringt, die je einem Musikinstrument entströmt sein dürften, trägt nicht dazu bei, die Stimmung fröhlicher zu machen.

Zum Tode Helene Langes.

Dr. Helene Lange,

die Vorkämpferin für Gymnasial- und Universitätsbildung der Frau, Mitbegründerin und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, ist, wie wir gestern schon meldeten, im Alter von 82 Jahren in Berlin verstorben.

Helene Lange war am Kreis der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung die energischste Vorkämpferin für eine Reform des Mädchenschulwesens und für die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium. Sie war ursprünglich Lehrerin und leitete später viele Jahre in Berlin ein Lehrerinnenseminar. Sie eröffnete die sogenannten Gymnasialkurse für Frauen. Die ersten Abiturientinnen Deutschlands waren Schülerinnen von Helene Lange. 1890 gründete sie den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein.

Der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung schuf sie ein Publikationsorgan in der 1893 begründeten Zeitschrift „Die Frau". Nach dem Tod von Auguste Schmidt wurde sie Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. Bei allen Kämpfen innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung gehörte sie zur „gemäßigten Richtung". Bestrebungen innerhalb dieser Kreise, die über gleiche Ausbildung und über gleiches Wahlrecht der Frau hinausgingen, stießen oft auf ihren Widerstand.

Politisch gehörte Helene Lange vor dem Krieg erst der Freisinnigen Vereinigung und später der Fortschrittlichen Volkspartei an.

Es ist alles trist in trist. Hier grinst das nackte Elend der hoffnungslosen Prostitution. Ein schwer betrunkenes Mädchen, vom heulenden Elend gepackt, schlägt plötzlich extatisch die Hände über dem Kopf zusammen und fängt an hemmungslos zu kreischen. Dem Kellner, der beschwichtigend hinzukommt, ergießt das Mädchen mit sich überschlagender Stimme im Taumel wilder Selbstanklage: „So was wie ich wäre früher glatt verbrannt worden — —!" . . . . Am Eingang hängt ein Plakat: „Stimmung, Humor, Betrieb!" . . . .

*

Der Koppenkeller. In der Nähe des Schlesischen Bahnhofs befindet sich der Koppenkeller . . . Hier ist alles handfester, robuster, unsentimentaler. Hier hocken Leute zusammen, die für melancholische Stimmungen nicht zu haben sind und denen ganz einfach die Zeit für lyrische Abweichungen fehlt . . . An den Wänden verwegene Zeichnungen, neben den Klavieren dralle Mädchen, die sehr freigebig alles zeigen, was sie für begehrenswert halten. Im Koppenkeller wird mancher neue Streich ausbaldowert, was hier sitzt und eine Molle trinkt, hat meistens schon einige Jahre Z. hinter sich. Dazwischen gibt es improvisierte Varietevorführungen. Ein Mann mit tätowierten Armen produziert sich als Gewichtsstemmer und erzählt jedem, der es hören und auch jedem, der es nicht hören will, daß er früher „glatt wie ein Aal und schlank wie eine Schlange" gewesen sei . . . Ein Mädchen, eine Tschechin, bekommt plötzlich, von mehreren Schnäpsen angeregt, tänzerische Anwandlungen, springt auf einen Tisch und produziert sich unter wildem Jubel der Versammelten in tschechischen Heimattänzen. Bis plötzlich einer hereinschleicht und Wirt und Gästen zuflüstert: „Achtung Polente . . ." Worauf einige sehr schnell verschwinden.

*

Bahnhof Friedrichstraße morgens um 6 Uhr. Letzte Etappe. Im Wartesaal zweiter und dritter Klasse ist Hochbetrieb. Sehr viel übernächtigte Gesichter, sehr viel Menschen, denen die fressende Not der Obdachlosigkeit ins Gesicht gebrannt ist. Kurz vor ¼7 Uhr erscheint eine starke Streife der Kriminalpolizei und prüft die Papiere. Wer keine hat, sucht noch schnell zu entkommen. Einige klettern durchs offene Fenster und geraten hierbei in die Hände einer Schupostreife. Zwölf Leute, darunter drei Mädchen, werden mitgenommen. Einem Kavalier entreißt man jäh und unvermittelt die frisch eroberte Braut. „Schade!" sagt der Mann bedauernd und bestellt zur Schmerzlinderung ein neues Bier . . . Kuka.

Humor.

Dem Dichter Bermann Bahr sandte jemand ein fünfaktiges Trauerspiel und schrieb dazu: „Wenn Sie etwas an meinem Werke auszusetzen haben, bitte ich, mir ruhig die Wahrheit zu sagen, denn

„Nie fühle ich mich mehr geadelt,
als wenn ein weiser Mann mich tadelt!"

Bahr las das Drama und antwortete: „Von mir aus können Sie sich als Großherzog betrachten!"

*

Wedekind erhielt einst den Besuch eines Studenten, der ihn zu bewegen verstand, den Vortrag seiner Reime anzuhören. Der Jüngling las und las. Aber Wedekind schüttelte fortgesetzt den Kopf, so daß schließlich der Musensohn sich unterbrach und fragte: „Welchen Weg muß ich einschlagen, Herr Wedekind, um ihren Beifall zu finden?" — „Den Heimweg!" entgegnete Wedekind trocken.

*

Dem Berliner Dichter und Theater-Direktor J. J. Engel brachte einmal ein junger Dichter ein Drama mit dem Titel „So sind die Menschen" und bat um sein Urteil. Als ihm Engel das Stück zurückgab, sagte er: „Ich habe mein Urteil zugeschrieben." Der Verfasser suchte lange vergeblich nach dieser Kritik, bis er endlich fand, daß Engel zu dem Titel das Wörtchen „nicht" hinzugefügt hatte.

Der Geizhals.

Roman von Robert Misch.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

32. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Was war das? Fritz, der sanfte, geduldige Fritz, den er überhaupt nicht als Faktor mitgerechnet, den er nicht für voll genommen hatte, empörte sich plötzlich gegen seine Oberherrschaft. Freilich, er hatte ihn geschlagen. Das war nun wohl etwas zu weit gegangen, einem erwachsenen Menschen und baldigen Ehemann gegenüber; da hatte er sich von seinem Zorn hinreißen lassen.

Aber daß Fritz auf die Dauer widerspenstig sein würde, daran glaubte er nicht. Der Junge war einmal in Wut geraten, wie es bei den sanftesten Menschen vorkommt. Auch der Wurm krümmt sich. Sein Haus zu verlassen, das wagte der Junge aber wohl nicht; dazu war er viel zu unselbständig. Das mit dem Zahnarzt werden, das waren ja Dummheiten, die er gar nicht ernst nahm. Das hatte ihm wahrscheinlich die Mazi eingeredet; und wenn die aus dem Hause war . . . Gott sei Dank, daß er sich endlich dazu aufgerafft hatte, ihnen zu kündigen! Dann würde der Junge gar nicht mehr an so etwas denken.

Viel ernsthafter war die Geschichte mit Anna und Ahlers. Also hatte ihn doch ein richtiger Instinkt geleitet, als er den frechen Kerl kündigte; übrigens würde er ihn, mit Güte oder Gewalt, auf der Stelle hinauswerfen. Er würde ihm die Miete für die letzten vierzehn Tage schenken, wenn er gleich ginge. Schade um das Geld! Aber es mußte sein. Oder er würde grob werden, wenn der Kerl nicht darauf eingehen wollte.

So ein Mitgiftjäger! Solche Menschen konnte er für den Tod nicht leiden. Jeder Dummkopf, der ein bißchen hübsch und jung und vielleicht mal in zwanzig Jahren Amtsrichter oder dergleichen war, wollte heutzutage gleich ein steinreiches Mädchen haben. Sollten sich doch selber ein Vermögen erarbeiten; so wie er! Das konnten freilich die wenigsten. Na kurz, daraus wurde natürlich nichts.

Mit dem Mädel würde er schon fertig werden, gerade so gut wie mit seinem Sohn. Aber Charlotte? Wenn die sich, wie zu vermuten war, der jungen Leute annahm? Wenn sie ihre Hand und ihr Verbleiben davon abhängig machen würde?

Wahrscheinlich hatte Fritz, dem er so leichtsinnig sein Vertrauen geschenkt, nun schon der Tante von seinen Heiratsabsichten erzählt und jetzt saßen sie alle drüben beisammen und hielten gemeinschaftlich einen Kriegsrat ab. Er würde darauf schwören.

Das traf sich dumm, sehr dumm! Und mit auf den Rücken gelegten Händen ging er sinnend im Zimmer umher. Einer gegen alle! Es reizte ihn ordentlich, der ganzen „Bande", die sich gegen ihn verschworen hatte, seine Ueberlegenheit zu zeigen.

Es klopfte. Erwartungsvoll blickte er nach der Tür.

„Herein!"

Der Referendar stand im Gehrock vor ihm.

„Was wünschen Sie?" rief er barsch.

„Ich komme, Herr Kaltenbach —"

„Weiß schon! Tut mir leid. Ich kann die Kündigung nicht zurücknehmen; brauche das Zimmer notwendig. Es wäre mir überhaupt lieb, wenn Sie es gleich heute oder morgen räumen wollten. Ich würde Ihnen die Miete —"

„Aber Herr Kaltenbach, darum handelt es sich ja gar nicht. Ich komme . . . Sie haben erfahren, was eigentlich noch ein Geheimnis bleiben sollte. Ihr Fräulein Nichte und ich, wir haben uns gern und —"

„Meine Nichte ist verlobt mit — meinem Sohn."

„War, Herr Kaltenbach — war! Fritz und Anna haben in gegenseitigem Einverständnis die Verlobung aufgelöst."

Herr Kaltenbach lachte kurz und höhnisch, was der Referendar jedoch nicht zu hören schien, denn er fuhr ruhig und gelassen fort: „Ich will Ihnen weiter von der Sympathie und Neigung sprechen, die wir füreinander empfinden. Ich überlasse das meiner Braut —"

„Herr, ich verbitte mir —"

„Meine persönlichen und Familienverhältnisse werden Sie mehr interessieren."

„Absolut nicht! Daß Sie kein Vermögen haben und Ihre Miete unpünktlich bezahlen, das weiß ich. Meine Nichte und mein Sohn sind und bleiben verlobt. Und nun scheren Sie sich, bitte, zum Teufel!" schrie der Rentier wütend.

„Ist das Ihr letztes Wort, Herr Kaltenbach?"

„Ja! Und daß Sie jetzt nicht länger hierbleiben können, das sehen Sie wohl selbst ein. Ich schenke Ihnen die Miete . . ."

„Ich will nichts von Ihnen geschenkt haben, Herr Kaltenbach. Aber das will ich Ihnen sagen: hindern werden Sie unsere Verbindung nicht!"

„Herr, Sie — ich —"

„Sie werden sogar selbst zu mir kommen, auch alles zurücknehmen, was Sie jetzt gesagt, und uns Ihre Einwilligung geben. — Auf Wiedersehen, Herr Kaltenbach!"

Er machte eine tiefe, elegante Verbeugung und ging gelassen zur Tür hinaus, Herrn Kaltenbach zum zweiten Male in Erstaunen und Verblüffung zurücklassend.

Ja, war denn der Kerl verrückt? War denn das ganze Haus verrückt? Was ging denn eigentlich hinter seinem Rücken vor?

Er läutete heftig. Auguste erschien, um nach seinen Befehlen zu fragen.

„Wo ist meine Schwägerin?"

„Oben bei Kolbs."

„Ich lasse sie bitten, auf einen Augenblick herunterzukommen. Ich möchte ein paar Worte mit ihr sprechen."

Der dicke, rote Kopf der Magd verschwand grinsend. Das Frauenzimmer schien auch alles zu wissen, was hier im Hause vorging. Es war wie eine allgemeine Verschwörung gegen ihn.

Etwas erregt sah er dem Kommen der Schwägerin entgegen. Nun mußte es sich entscheiden. Aber er wollte sie schon alle überlisten. Nur recht schlau mußte man es anfangen: viel versprechen und wenig halten — und vor allen Dingen Zeit gewinnen. Schlug die Schwägerin seine Hand aus, dann konnte er ja überhaupt wieder frei schalten. Willigte sie aber ein, so konnte er später doch machen, was ihm beliebte.

Einige Minuten später erschien der grinsende, rote Kopf wieder: „Frau Schwägerin ist in ihrer Stube und läßt bitten."

Frau Charlotte saß am Schreibtisch und blätterte in Briefschaften und Papieren, als er das Zimmer betrat. Mit einer kühlen Kopfbewegung dankte sie für seinen Gruß und bot ihm schweigend einen Stuhl an, auf dem sich der Rentier etwas ängstlich und verlegen niederließ.

„Nun?" fragte sie scharf.

„Liebe Charlotte, du wirst wohl gehört haben, daß —"

„— daß du großen Krawaus machst in deinem Hause. Du wirfst uns einfach alle heraus, und wir werden gehen."

„Was fällt dir ein! Ich habe Kolb und Ahlers gekündigt, weil ich die Wohnung für das junge Paar brauche —"

„Für was für ein junges Paar?"

„Nun, das Brautpaar."

„Es gibt kein Brautpaar mehr. Fritz hat die Verlobung aufgelöst, und du kannst ihn nicht zwingen."

„Aber liebe Charlotte! Ich begreife nicht, wie du das so einfach als Tatsache hinnimmst. So junge Leute wissen oft nicht, was sie machen. Man muß sie zu ihrem Glück zwingen. Man verlobt sich doch nicht, um sich eines Tages plötzlich wieder zu entloben!"

„Man? Du hast die jungen Leute verlobt."

„Mit ihrer Zustimmung! Sie müssen sich doch gern gehabt haben."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0009

Rechtfertigung sozialistischer Kommunalpolitik.

Oschersleben, 16. Mai.

Was geht im Kreis- und im Rathause vor? Mit dieser Parole hatte die Sozialdemokratische Partei zum Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach dem Stadtpark einberufen. Was selbst die erbittersten Wahlkämpfe nicht fertig gebracht hatten, passierte jetzt. Schon lange vor Beginn der Versammlung mußte der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Und noch immer rückten neue Scharen heran, so daß sich die Parteileitung gezwungen sah, eine Parallelversammlung im Garten abzuhalten.

Es nahm zuerst der Genosse Krebs als Kreisausschußmitglied das Wort zu seinen Ausführungen über die Vorgänge im Kreise Oschersleben. Ausgehend von den Wahlergebnissen vom 17. November v. Js. erklärte er, daß an der Mehrheit nur eine Stimme fehle. Dieses wirke sich für die Arbeiterschaft so katastrophal aus, daß es notwendig sei, an die Oeffentlichkeit zu gehen, damit später uns weitere Vorwürfe erspart blieben. In der schärfsten Form haben die sich in der Mehrheit befindlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien Stellung gegen die Interessen des arbeitenden Volkes genommen. Wie in Thüringen so versuchte man auch hier mit einer Einheitsfraktion von Nationalsozialisten bis zu den Demokraten die Sozialdemokraten auszuschließen. Dieses ist ihnen bisher zum größten Teil gelungen, in Zukunft haben die Wähler dafür zu sorgen, daß ein anderes Verhältnis entsteht. Redner schilderte die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zur Frage der Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen und ging nunmehr genau die Verhältnisse im Straßenbau ein. Alle notwendigen, nun aus beantragten Arbeiten wurden abgelehnt, nur eine nebensächliche Straße fertig zu bauen, und zwar unter großen Mitteln, wurde beschlossen. Daß hierzu eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, paßte vor allen Dingen dem Unternehmer nicht, der die Arbeit schon in der Tasche hatte. Daß diese Arbeit jedoch zum großen Teil durch Familienmitglieder erledigt worden wäre, stand außer Zweifel. Die Erwerbslosen hätten davon keinen Vorteil gehabt. Deshalb haben wir die Vorlage auch zu Fall gebracht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es besser ist, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und damit Geld in Umlauf zu bringen, wovon alle Kreise der Bevölkerung Vorteile haben. Wenn Kommunen keine Arbeit mehr schaffen, werden in absehbarer Zeit auch die Kleingewerbetreibenden schwer Möglichkeit haben, überhaupt noch Steuern zu zahlen. Das ist die große Gefahr, über die sich die Leute vom Schlage eines v. Alfeburg ganz kaltlächelnd hinwegsetzen. Eine derart unverantwortliche und überhebliche Sparpolitik wie hier getrieben ist, bringt lediglich der Landwirtschaft, die überall Vorteile genießt, weitere Ersparnisse, während die große Masse der Bevölkerung Not leidet. Diese Sparpolitik ist sogar so weit gegangen, daß kulturelle Zuschüsse überall abgelehnt worden sind. Nachdem der Redner noch kurz die Verhältnisse beim Ankauf des Elektrizitätswerkes Croitorf geschildert, streifte er noch die Verhältnisse im Kreiskrankenhaus.

Nach kurzer Pause ergriff der Genosse Bock für die Stadtverordnetenfraktion das Wort. Vor dem 17. November herrschte ein Kuriosum, genannt Bürgerverein, in welchem Männer wie Steinhilber, Mager und noch eine Reihe kleiner Gernegröße an der Regierung waren, trotzdem aber auf alles schimpften, was vom Rathause kam, obgleich ihre eigenen Leute dort die Mehrheit hatten. Dieses ist nun anders geworden. Redner schildert die Verhandlungen über die Magistrats- und Ausschußwahlen und bedauert, daß hierbei die Kommunisten durch ihre Parteiparolen die Schaffung einer Arbeitermehrheit illusorisch gemacht hätten. Trotzdem das Zentrum mit Vorsicht zu genießen wäre, sei es möglich gewesen, mit diesem im Stadtparlament einen Ausgleich herbeizuführen. Scharf geißelt der Gen. Bock das Verhalten des Bürgermeisters, der entgegen dem Willen der Wählerschaft bei der Verteilung der Dezernate einem Vertreter der Großagrarier das Wohlfahrtsdezernat belassen und damit der großen Mehrheit der Wählerschaft einen Schlag ins Gesicht versetzt habe. Redner geht nun die einzelnen Abschnitte im städtischen Etat durch und geißelt die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien, die auch versuchten, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Beim Abschnitt Bauverwaltung schildert der Redner die Beschaffenheit der Straßen der Stadt und daß auch hier ganz notwendig Wandel geschaffen werden müsse. Dafür sei jedoch kein Geld vorhanden. Der Wohnungsbau muß zurückgestellt werden, weil in diesem Jahre Anleihen von 30 000 Mark zurückgezahlt werden müssen, die die vergangene bürgerliche Mehrheit aufgenommen hat. Redner geht nunmehr auf die städtischen Werke ein und kritisiert auch die Maßnahmen, die nur immer zum Schaden der Bevölkerung sind. Es ist nicht notwendig, daß z. B. das Elektrizitätswerk derartig hohe Ueberschüsse abwerfen müsse, die nur durch hohe Gebühren der Verbraucher geschaffen würden.

Das größte Interesse habe man dem Schuletat entgegenbringen müssen. Hier habe die Frage des Abbaues der Mittelschule im Vordergrund der Kämpfe gestanden. Auch hier müsse man dem Bürgermeister den Vorwurf machen, daß er nicht die richtigen Interessen gewahrt habe. Mit aller Schärfe wendet sich der Genosse Bock gegen die Maximen, welche der Leiter dieser Schule an den Tag lege. Außer der selbständigen Einrichtung einer zweiten sechsten Klasse sei der Rektor Keck sogar dazu übergegangen, unter Umgehung aller Vorschriften einfach Käufe zu tätigen, zu denen er in dieser Höhe keine Berechtigung hatte. Treffe dieses zu, so müsse der Magistrat ohne Weiteres dazu übergehen, einer so kecken Schulleitung ohne Weiteres das Verfügungsrecht über städtische Mittel zu entziehen. Beim Kapitel Wohlfahrtswesen zeigt der Redner an Hand von Zahlen, daß die hier eingesetzten Mittel niemals zureichen könnten.

Starker Beifall dankte beiden Rednern. Mit kurzen Worten schloß sodann der Gen. Bauermeister die Versammlung, nachdem alle Aufforderungen um Wortmeldungen fruchtlos waren. Eigentümlich ist, daß die Kommunisten scheinbar den Mut verlaren hatten, in unserer Versammlung zu gehen, denn sie waren anwesend.

In der Parallelversammlung im Garten, in der der Genosse Bock sprach, kam es zu einem reizenden Intermezzo zwischen dem Referenten und dem „kecken Schulleiter", den nationalsozialistischen Rektor Keck. Dieser fühlte sich durch einige Worte des Genossen Bock beleidigt und glaubte durch erregte Zwischenrufe Eindruck zu schinden, die er mit seinem dicken Gehstock, mit dem er dem Bock vor der Nase herumfuchtelte, glaubte unterstreichen zu müssen. Er erhielt die verdiente Abreibung, die ihn veranlaßte wütend schimpfend den Garten zu verlassen. Eines möchten wir uns jedoch von seinen Worten merken: Er will die Nationalsozialisten, die im Kreistag gegen die Erhöhung der Richtsätze gestimmt haben, aus der Partei ausschließen lassen. Die Worte hör ich wohl, jedoch mir fehlt der Glaube. Na, wir warten ab.

Aus Oschersleben.

o. **Einstellung eines Verfahrens.** Im Februar d. Js. berichteten wir von Erhebungen, die die hiesige Polizei gegen einen Papierwarenhändler, der unter dem Verdacht eines Sittlichkeitsverbrechens stand; unternommen hatte. Wie wir nun erfahren, haben die polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungen zur Einstellung des Verfahrens geführt. Das Verfahren wurde am 24. April eingestellt. Damit wird festgestellt, daß sich der Papierwarenhändler keine strafbare Handlungen hat zuschulden kommen lassen.

o. **Arbeiter-Wohlfahrt.** Der Ausflug nach Magdeburg am Sonntag, den 18. Mai, findet noch nicht statt.

o. **Diebstahl.** Am Mittwoch vormittag wurde aus dem Keller des hiesigen Reformrealgymnasiums ein fast neues Herren-Fahrrad, das einem Schüler gehörte, entwendet. Das Rad Fabrikmarke „Dürkop" hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, Freilauf und einen Gepäckhalter Marke „Pallas". An dem Rade ist die Nummer 05419 angebracht.

o. **Filmschau. Welttheater.** Der erste vor einigen Monaten in Berlin zur Uraufführung gelangte Jille-Film „Mutter Krausens Fahrt ins Glück" ist nunmehr auch für Oschersleben festgelegt worden. Wer Heinrich Jille kennt, weiß, daß seine Arbeiten in das tiefste Elend der Großstadt hineinleuchten. Sein „Milljöh" dürfte gerade der Arbeiterschaft, die in Jille einen der wenigen Großen ihrer Klasse verloren hat, bekannt sein. Ein amerikanischer Boxerfilm „Amor im Boxring", der einen interessanten Einblick in die amerikanische Sportwelt gibt, beschließt neben einem Sportmontagefilm das große Programm.

Aus Thale.

t. **Frauengruppe der Sozialdemokratischen Partei.** Die Abfahrt nach Aschersleben zum Frauentreffen erfolgt am Sonntag, den 18. Mai, früh 7 Uhr, per Auto vom Hotel H. Schinkel, es ist notwendig, daß alle Teilnehmer recht pünktlich erscheinen.

t. **Arbeiterkinderfreunde.** Wir treffen uns am Sonntag früh 8 Uhr an der Ecke „Wilder Jäger" zur Fahrt. Ziel ist der „Erichsburger Teich". Um 19 Uhr sind wir wieder zurück.

Aus Quedlinburg.

q. **Hakenkreuzler und Gewerkschaften.** Die kommunistische Taktik den Gewerkschaften gegenüber ist auf Zerstörung zugeschnitten. Sie ist erfüllt von Haß gegenüber den unerschütterlichen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft. Von dieser haßerfüllten Haltung heben sich die nachfolgenden Ausführungen über die Notwendigkeit der Gewerkschaften, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, sehr merkwürdig ab. Sie lauten: „Gäbe es keine Gewerkschaften, dann wären die Arbeitszeiten länger und die Löhne erheblich niedriger als sie es ohnehin sind. Das beweisen ohne jede Ausnahme die Fälle, in denen es nicht gelungen ist, in bestimmten Betrieben oder Geschäftszweigen von den Gewerkschaften anerkannte Tarifverträge ins Leben zu rufen. Werksgemeinschaften und ähnliche gelbe Gebilde sind kein Ersatz für die Gewerkschaften. Die Gelben wollen nicht opfern und kämpfen, sondern sich durch Unterwürfigkeit und Liebedienerei beim Unternehmer wirtschaftliche Zugeständnisse erschleichen, sie fallen in der Regel auch danach aus. Es liegt in der Natur der Sache, daß es nicht immer die besten Elemente sind, die sich in derartigen Werksgemeinschaften zusammenfinden. Auch unter den Unorganisierten gibt es sehr viele, die sich in dieser betont unabhängigen Rolle gefallen, weil sie die Gewerkschaftsbeiträge sparen wollen. An den Erfolgen der Gewerkschaftsarbeit partizipieren sie sowieso. Die Unorganisierten möchten also ernten ohne zu säen. Hat der Literat, der über die Gewerkschaften spottet, schon Gelegenheit gehabt, einen großen Gewerkschaftsbetrieb gründlicher kennen zu lernen, weiß er, daß es Gewerkschaften gibt, die über Hunderttausende von Mitgliedern verfügen, daß die Einnahmen und Ausgaben einer solchen Gewerkschaft in ihrer Totalität die Ziffern des Haushalts eines mittleren deutschen Landes erreichen und übersteigen? Hat er sich einmal klarzumachen versucht, was es heißt, derartige Riesenverbände und die ihnen angegliederten aus eigner Kraft geschaffenen wirtschaftlichen Einrichtungen, Produktionsstätten der mannigfachsten Art, Verlagsanstalten, Versicherungs-, und Bankabteilungen sachgemäß und rentabel zu leiten? Wir haben manchen Wirtschaftsführer kennen gelernt und dürfen sagen, daß sie den kleinen Gewerkschaftsbeamten, die zur Führung ihrer Betriebe bestellt worden sind, nicht das Wasser reichen können. Wir stehen auch nicht an zu sagen, daß sich der frühere Gewerkschaftler und Sattlergeselle Ebert in seiner Eigenschaft als Reichspräsident und Staatsmann mit seinem Nachfolger, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, gelinde ausgedrückt, mindestens messen konnte." — Diese Ausführungen stammen aus einer sehr merkwürdigen Quelle; sie sind enthalten in einem Aufsatz der „Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz", herausgegeben von der Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten, wahrscheinlich ist der Verfasser der Naziabgeordnete Franz Stöhr. Dieser Mann fordert die Nationalsozialisten auf, in genügender großer Zahl Mitglieder in den Gewerkschaften zu werden und sich dort durchzusetzen. Die Kommunisten wollen sprengen, die Nazis aber Zellen bilden.

q. **Versammlung der Afa.** Am Mittwoch fand im „Alten Fritz" eine Versammlung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten nahm Koll. Krone zu seinem Referat „Die Reform der Sozialversicherung" das Wort. An den Anfang seiner Ausführungen stellte er die Denkschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zur Aenderung der Sozialversicherung, die er als einen scharfen Vorstoß gegen die Fortschritte der letzten Jahre auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge kennzeichnete. Der Krankenversicherung vornehmlich ist es zu danken, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes gegenüber der Vorkriegszeit ein erheblich besserer geworden ist. Die Vorschläge der Denkschrift bedeuten nichts anderes, als die Wiederherheiführung der Vorkriegszustände. Mit der Herabsetzung des Grundlohns, Verlängerung der Karenzzeit beim Krankengeldbezug, Tragung von 25 Prozent für Arznei etc., Zahlung von 1 ℳ für das Ausstellen eines Krankenscheines und Wegfallen der Arzneigewährung bei Familienangehörigen ist die Denkschrift zwar geeignet, der Sozialversicherung finanziell auf die Beine zu helfen, sie „wirtschaftlich" zu gestalten, aber nur auf Kosten der Volksgesundheit oder aber der Wohlfahrtsämter. Letzteres wäre eine bloße Umlagerung der Fürsorgeverpflichtung mit der allzudeutschen Tendenz, die Lasten auf die Massen abzuwälzen. Nachdem der Referent so gezeigt hatte, daß die Arbeitgebervorschläge eine Unsinnigkeit sind, kam er seinerseits auf eine Reform der Sozialversicherung. Das A und O dieser Reform liege nicht im Leistungsabbau, sondern in der Regelung der Arztfrage, deren Kernpunkt die Neugestaltung des kassenärztlichen Dienstes darstelle. Anschließend wurde eine Resolution formuliert, die, an den Afa-Bundesvorstand gerichtet, schärfsten Protest gegen die geplante Verschlechterung der

---

„Alles Unsinn! Sie waren Kinder — weiches Wachs in deiner Hand. Du hast ihnen einfach deinen Willen aufgezwungen. Mache nur nicht ein so unschuldiges Gesicht! Du bist wirklich ein richtiger Haustyrann, und es ist dir ganz gleich, ob die jungen Leute unglücklich werden. Wenn du nur deinen Kopf durchsetzen kannst."

„Ich will dir beweisen, liebe Charlotte, daß du mir unrecht tust!" sagte der Rentier sanft. „Unter gewissen Umständen, auf die ich noch zurückkomme, würde ich in die Auflösung dieser Verlobung willigen."

„Willigen?" Frau Charlotte lachte spöttisch. „Du brauchst gar nicht mehr einzuwilligen. Fritz ist ja mündig, und da er nicht mehr von dir abhängig ist —"

„Wieso? Wieso?" Herr Kaltenbach sprang erregt auf. „Solange er in meinem Hause wohnt —"

„Er wohnt aber nicht mehr hier. Soeben packt er seine Sachen zusammen. Vorläufig zieht er zu einem Bekannten, bis er später mit mir und Kolbs und vielleicht auch Anna zusammenwohnen kann." — „Mit wem?"

Herrn Kaltenbach schnappte die Stimme über. War denn die Schwägerin plötzlich auch verrückt geworden?

„Es ist bereits alles verabredet", fuhr diese gelassen fort. „Wir ziehen alle zusammen. Denn du glaubst doch nicht, daß ich nach dem Vorgefallenen noch länger in deinem Hause bleibe. Fritz tritt bei Maxis Professor ein, der ihm einen kleinen Anfangsgehalt zahlen wird. Außerdem helfe ich ihm weiter, bis er später mit Maxi ein Zahnatelier eröffnen kann."

„Das ist ja ein wahres Komplott, das ihr da hinter meinem Rücken geschmiedet habt!" rief Kaltenbach wütend.

Am liebsten hätte er jetzt der Schwägerin seine wahre Meinung gesagt; aber leider mußte er sich zurückhalten.

„Nun — du hast uns ja auch nicht gefragt, als du plötzlich das Aufgebot bestellt und Kolb gekündigt hast."

„Du sprachst da auch von Anna", sagte Kaltenbach schnell, der es vermeiden wollte, auf dies gefährliche Thema näher einzugehen. „Die ist unmündig, steht unter meiner Vormundschaft — die kann nicht beliebig fortlaufen wie ihr!"

„Hindere sie doch daran! Willst du sie vielleicht von der Polizei holen lassen?"

„Wenn man mich reizt, wenn man sich gegen mich auflehnt . ."

„Wird dir viel helfen, Kaltenbach! Dann läuft sie dir immer wieder fort. Man kann einen erwachsenen Menschen doch nicht einsperren. Das kann nicht einmal ein Vater; aber ein Vormund macht sich einfach lächerlich damit. Schlimmstenfalls, wenn sie bei uns nicht bleiben kann, geht sie zur Bühne, und ich begleite sie. Dann suche uns!"

„Aber zum Heiraten muß sie meine Einwilligung haben!" rief Kaltenbach triumphierend. „Und dazu könnt ihr mich nicht zwingen."

„Dann warten die jungen Leute noch einige Jahre. Sie sind ja noch jung. Uebrigens, wenn man Geld und Energie hat, geht auch das. Man geht nach England. Aber das kann dir ja eigentlich ganz egal sein", sagte Frau Charlotte plötzlich in verändertem Ton. „Den Fritz nimmt sie ja doch nicht. Was hast du also gegen den armen Ahlers?"

Kaltenbach brütete einige Augenblicke stumm vor sich hin. Da hatte sie eigentlich recht. Seinem scharfen Verstand entging die Zwangslage nicht, in der er jetzt steckte. Wenn Charlotte den Jungen unterstützte, wenn er wirklich fortzog, konnte er ihn nicht mehr zwingen; auch später nicht. Den Plan mußte er endgültig aufgeben. Und dann konnte es ihm ja eigentlich gleich sein, wen die Kleine einmal heiratete — ob Ahlers oder einen anderen. Dieses Spiel war verloren; es hieß nun gute Miene dazu machen und wenigstens das andere gewinnen.

„Ihr tut mir alle bitter unrecht", sagte er plötzlich ganz weich, und versuchte vergeblich, eine Träne in seinem Auge zu zerdrücken, die durchaus nicht kommen wollte. „Ich bin wirklich nicht der Tyrann, für den ihr mich haltet. Ich habe nur das Wohl meiner Kinder im Auge."

„Und dein eigenes!" warf die Tante ironisch ein.

Er überhörte das geflissentlich. Seine Rache kam später.

„Was mich aber vor allem schmerzt", fuhr er gerührt fort, „ist, daß auch du mich verlassen willst, gerade in dem Augenblick, in dem ich unsere beiden Geschicke enger zu verbinden hoffte."

„Ja, ich weiß! Fritz hat mir von den Dummheiten gesprochen."

„Dummheiten?! Charlotte!"

„Na, du wirst mir doch nicht einreden wollen, daß du mich — haha, mich liebst und ohne mich nicht mehr leben kannst! Für Romeo und Julia sind wir doch beide ein bißchen zu alt, Kaltenbach; besonders der Romeo!"

„Nein, liebe Charlotte, ich will dir keine solche Komödie vorspielen. Was heißt Liebe? Die Jugend hält ihre unreifen Leidenschaften dafür. Der gereifte, erfahrene Mann begnügt sich mit Freundschaft und Sympathie, und die empfinde ich für dich. Und dann — nun ja, es wäre doch schön, wenn hier wieder eine Hausfrau waltete, eine Mutter meiner Kinder —"

„Ach was — Redensarten! Du tyrannisierst deine Kinder oder jagst sie aus dem Hause. Was soll da eine Mutter, auf die du doch nicht hören würdest?"

„Wenn du einwilligst, meine Frau zu werden, würde ich allen deinen Wünschen entgegenkommen", sagte Kaltenbach schnell.

„Was heißt das? Komm mir aber, bitte, nicht mit der Entlobung! Dazu brauchen wir dich nicht mehr."

„Ich würde also meine Einwilligung geben, daß Anna und Ahlers — Wenn sie glaubt, daß sie ihr Glück mit ihm findet!"

„Und Kolbs!"

„Sollen wohnen bleiben, wenn du willst, Charlotte!"

„Gut, ich werde es mir überlegen."

„Was braucht es da langes Ueberlegen?"

„Nun, nun — du bist ja merkwürdig stürmisch. Man sollte denken, du liebtest mich wahnsinnig. Vernunftehen, wie die unsere, müssen reiflich erwogen werden."

„Habe ich — habe ich getan! Und ich finde, es paßt alles vorzüglich: Alter, äußere Umstände, die Charakteure."

„Findest du?"

Herr Kaltenbach schien die leise Ironie der Frage nicht zu hören, oder er wollte sie nicht hören, denn er rief im Brustton ehrlichster Ueberzeugung:

„Sind wir nicht im ganzen sehr gut miteinander ausgekommen? Habe ich mich nicht deinen Wünschen in allen Stücken gefügt? Kleine Differenzen kommen ja in jeder Familie und beim glücklichsten Ehepaar vor. Uebrigens habe ich auch mit meiner seligen Frau sehr glücklich gelebt. Ich bin eben zum Ehemann prädestiniert."

Frau Charlotte hatte die Selige, zu deren Nachfolgerin sie der Rentier auserseh, nicht persönlich gekannt. Aber sie mußte nach allem, was man von ihr hörte, sehr sanft und geduldig gewesen sein; sonst hätte sich Herr Kaltenbach auch nicht zu dem männlichen Hausdrachen auswachsen können, den sie bei ihrer Ankunft vorgefunden und erst mühsam hatte zähmen müssen.

Sie traute sich allerdings zu, mit ihm fertig zu werden; und es reizte sie fast, den Kampf aufzunehmen. Sie hatte auch, seitdem sie seine Absichten mit dem feinen Instinkt ihres Geschlechts gewittert, bereits reiflich darüber nachgedacht. Aber sie wollte noch einmal mit sich zu Rate gehen und vor allen Dingen nicht so schnell und hastig zugreifen.

„Nun — jedenfalls wirst du dich bis morgen gedulden können", erwiderte sie ruhig, während sie sich ihren Papieren wieder zuwandte.

Nachdem er gegangen war, saß Charlotte noch lange sinnend vor ihrem Schreibtisch, der mit Briefen, Dokumenten und Rechnungsbüchern bedeckt war. Sie schrieb Zahlenreihen nieder, sie addierte und rechnete, dann seufzte sie und zuckte mit den Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0010

Sozialversicherung für die Arbeitnehmer einlegt. Sie fand einstimmige Annahme. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Satzung des Ortskartells angenommen. Weiterhin wurde auf Himmelfahrt ein gemeinsamer Ausflug der dem Afa-Kartell angeschlossenen Verbände nach dem Rennplatz festgelegt.

Kreis Quedlinburg.

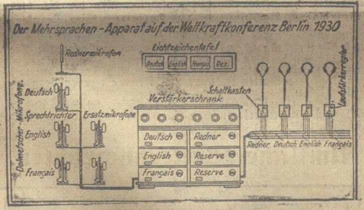
Weddersleben, 15. Mai. Der Kreisfeuerwehr-Verbandstag für den Kreis Quedlinburg findet am Sonntag in Weddersleben statt. Eingeleitet wird die Veranstaltung durch einen Kommersabend am Sonnabend im „Weißen Schwan" unter Mitwirkung der Vereinigten Chöre „Liederkranz" und „Maiengruß" (MDA.) und der beiden hiesigen Turnvereine. In Anschluß an die Vorführungen soll dann um 24 Uhr ein Fackelzug stattfinden. Am Sonntag findet dann um 9.30 Uhr in der goldenen Krone eine Vertretersitzung statt. Von 9—11 Uhr ist Empfang der auswärtigen Feuerwehren. Um 12 Uhr findet dann unter Leitung des Kreisbrandmeister Winkelmann eine Schul- und Angriffsübung statt. 2.30 Uhr findet dann der Festumzug statt, darauf Konzert und Ball.

Von der Welt-Kraftkonferenz.

Der Mehrsprachenapparat.

Bei der Weltkraftkonferenz, die in den nächsten Wochen in Berlin in Anwesenheit von 4000 Vertretern aus der ganzen Welt stattfindet, wird zum ersten Mal eine umfangreiche Mehrsprachanlage angewendet, die auch dem Nichtsprachenkundigen gestattet, den Vorträgen der fremdsprachigen Wissenschaftler zu folgen. Gleichzeitig mit den Reden werden nämlich außerordentlich gewandte Dolmetscher die Uebersetzung in Mikrophone sprechen, die mit den Kopfhörern im Zuschauerraum verbunden sind. Für die Anlage werden rund 12 000 Meter Draht benötigt, 1000 Hörstellen werden angeschlossen.

Dolmetscher am Sprechapparat beim Uebertragen der Rede.



Das Uebertragungsschema.

Zuhörergruppe mit Kopfhörern, die jeweils an das gewünschte Dolmetschermikrophon angeschlossen sind.

Briefe an das Tageblatt.

Liewer Otto!

Eck wolle deck schon lange schrie'm, ietzt hewe eck gerade mal Tied. Nu laat deck vortelln: „Wei hett bie uns enn Paster, un hei itt deck ock jern Sparjel, weil gerade doch de Sparjeltied is. Un der Sparjel, der schleit doch immer so'n bettchen ahn, unn da mott deck hei int Bad. Awer nich hier in de Schwimmanstalt, dat bruckste nich de denken. No ja, dat nebenbie, awer kucke, wenn hei nu Urlaub hat un int Bad reist, motte doch ok en Vertreter hemm, und weil bie uns ne Wohnung frie war, wu kein Arbeier rintrecken kann, weil dat nämlich vorher ne Pasterwohnung war, da hat hei seck en ohlen Paster halen wullt, der sollte ehn vortren. Awer wat meinste nu! Ein'n Dag kummt de Familie ahn, wie see meck nu vortellt, is et ne Witwe mit 5 oder 6 Kinnern. Ja, so mackset bie uns. Awer wenn nu de Paster vorreist, denn gahe eck ock in de Körche, un horke mal, ob sie'n Vortreter et ock so gut kann wie hei.

Et grüßt dien Freund E.

Kürze, Sachlichkeit

fordern wir von all denen, die für uns schreiben. Richte dich danach, wenn du uns Neuigkeiten mitteilst, deren Augenzeuge du warst und die von allgem. Interesse sind.

Die Arbeiter-Zeitung muss vorbildlich sein

Bauernregel gegen Agrardemagogie.

Als der neugebackene Reichskanzler Brüning ior gut einem Monat dem Führer der Grünen Front Schiele das Reichsernährungsministerium anvertraute, setzten die Agrarier auf diese Berufung große Hoffnungen. Schiele war doch der Mann, der ihnen in unzähligen Versammlungen, Sitzungen und Zeitungsartikeln einen Roggenpreis von 230 Mark pro Tonne versprochen hat. Der neue Ernährungsminister hat alles getan, um seine Anhänger nicht zu enttäuschen. Er hat die Einfuhrzölle für Getreide in unerhörtem Maße heraufgesetzt; er hat einen geradezu „lückenlosen" Zolltarif geschaffen; er setzte die Stützung der Roggenpreise fort und hat schließlich das System der Exportprämien in verschwenderischer Weise ausgebaut. Mit dem Erfolg, daß die gegenwärtig um 160 Mark pendelnden Roggenpreise stürzen. Den sinkenden Roggenpreisen folgen die Hafernotierungen. Es ist ein schwacher Trost, wenn die Anhänger Schieles darauf verwiesen, daß sich die Weizennotierungen noch behaupten.

Von der Tätigkeit des Herrn Schiele im Reichsernährungsministerium hat bis jetzt nicht die deutsche Landwirtschaft, sondern das Ausland profitiert. Die Erhöhung der Roggenexportprämie auf 90 Mark je Tonne bedeutet doch nur in der Praxis, daß der Roggen bei uns im Lande 165 Mark kostet und daß derselbe Rogen zu 75 Mark nach dem Ausland verkauft wird. Mit ähnlicher Weisheit operiert der agrarische Ernährungsminister auch bei der Ausfuhr anderer Getreidearten, beim Export von Vieh und Fleisch und schließlich verkaufen auch die Zuckerfabriken ihre Produkte nach dem Ausland um 10 Mark je Zentner billiger als auf dem inländischen Markt. Man treibt ein ungeheures Dumping. Man verschleudert deutsche Agrarartikel weit unter Gestehungskosten und Weltmarktpreise und wundert sich nachher, wenn sich die anderen Länder darüber bitter beklagen und nach Abwehrmitteln (z. B. Ausgleichszöllen) suchen, um die Gefährdung der eigenen Landwirtschaft durch das deutsche Agrardumping zu verhindern. Andererseits klagt man darüber, daß das Ausland niedrige Löhne zahlt und verlangt neue Schutzzölle für den Industrieimport nach Deutschland. Man vergißt aber, daß die unzulängliche Agrarpolitik in Deutschland die Lebensmittel verteuert und demzufolge die Löhne in die Höhe treibt, im Ausland aber verbilligte Lebensbedingungen schafft, die wiederum niedrige Löhne ermöglichen.

Der Reichsernährungsminister Schiele kämpft in seinem Bestreben, den Roggenpreis auf 230 Mark pro Tonne zu bringen, sozusagen gegen den „lieben Gott". Es gibt eine alte Bauernregel, die besagt, daß der Mai, kühl und naß, dem Bauer Scheun' und Faß füllt. Diese jahrhundertalte Spruchweisheit des Volkes trifft auf die gegenwärtige Situation zu. Der Stand unserer Felder und Aecker ist überaus günstig. Das kann natürlich auf die Stimmung der Märkte und Börsen nicht ohne Einfluß bleiben. Der günstige Saatenstand hat bereits einen sehr empfindlichen Druck auf die Preislage ausgeübt und damit einen erneuten Beweis dafür erbracht, daß man wohl die Preise vorübergehend manipulieren, daß man aber die Natur nicht revidieren kann. Die deutsche Roggenstützung erlebt auf engerem Gebiet dasselbe, was wir in weit größerem Maßstab in den ausländischen Weizenreservoirs, in der brasilianischen Kaffeeproduktion, im Baumwollgürtel Nordamerikas, in der Weltzuckerproduktion und in der englisch-holländischen Gummi-Erzeugung erlebten. Es gibt nur ein Mittel, die Wirkungen einer günstigen Witterung außer Kraft zu setzen, und das ist die Einschränkung der Anbaufläche. Diese Einschränkung ist aber nicht eingetreten. Vielmehr sprechen die vorliegenden Berichte von einer weiteren Vergrößerung. Das kann nicht wundern, wenn man dem Landwirt monate- und wochenlang von einem Roggenpreis von 230 Mark pro Tonne erzählt und wenn man schließlich die politische Macht in die Hand bekommt, die immerhin ausreicht, in die Preisentwicklung einzugreifen. Angesichts einer solchen Demagogie und Verantwortungslosigkeit muß der Landwirt auf den Gedanken kommen, daß ein solcher Preis sehr wohl zu erreichen sei. Die Landbundführer haben es ja gesagt! Die ganze Entwicklung hat anscheinend dazu geführt, daß man auf dem Lande, wo man mit den Gesetzen der Preisentwicklung weniger vertraut ist, gar nicht an die Einschränkung der Roggenanbaufläche denkt, in der Hoffnung auf den 230 Mark-Preis.

Das Versagen der Produktionspolitik gegenüber der Anbaufläche wird sich aber bald rächen. Schon jetzt scheint es, als ob die Abwärtsentwicklung der Roggenpreise noch lange nicht zu Ende sei. Wie man weiß, haben die Stützungsfirmen mit staatlichen Mitteln ungeheure Vorräte aufgestapelt. Jeder lagernde Roggen muß aber infolge seines natürlichen Feuchtigkeitsgehalts im Frühjahr und Sommer als gefährdet gelten und so haben auch die Gewitter in den letzten Tagen schon starke und nicht unberechtigte Befürchtungen hinsichtlich der Qualität der Lagerware ausgelöst. Für den Eigentümer ergibt sich natürlich die Notwendigkeit, die Ware in größtmöglichem Umfange abzustoßen bzw. zur Verarbeitung zu bringen. Diese zugespitzte Lage hat ohne Zweifel den letzten Preiseinbruch herbeigeführt.

Einen weiteren schwerwiegenden Fehler beging man damit, daß man auf die Kaufkraft des Konsums nicht die geringste Rücksicht nahm. Als die Berufung Schieles erfolgte, gingen die Getreidepreise zunächst sprungweise herauf. Indem man anfing, diesen anfänglichen Preissteigerungen der Rohprodukte die Preise für Halb- und Fertigwaren anzupassen, begann schließlich die ganze programmwidrige Entwicklung. So erhöhte man z. B. die Mehlpreise. Schön! Aber die erhöhten Mehlpreise standen nur auf Kursprotokollen der Produktenbörsen. Das Unglück war, daß sich keine Käufer fanden, die die erhöhten Preise bezahlen wollten. Nun war das Mehlgeschäft schon immer schlecht. Wenn es in Deutschland 3 Millionen Arbeitslose mit Millionen von Familienangehörigen gibt, wirkt sich das selbstverständlich in einem Minderverbrauch an Mehl aus. Der erhöhte Mehlpreis verschärfte die Entwicklung und so kam das Mehlgeschäft fast völlig zum Erliegen. Das drückte wiederum auf die Getreidebörse. So trat zu dem baissegünstigen Moment der gewaltigen Vorräte und der guten Ernteaussichten der Preisdruck auf Grund ungenügender Absatzmöglichkeiten. Die herrschende Flaute an den Getreidemärkten ist also eine ganz natürliche Erscheinung, die sich aus den Grundgesetzen der Wirtschaft erklärt. Und dagegen kann auch ein zum Reichsernährungsminister gewordener Führer der Grünen Front nicht an.

Es ist ein schlechter Trost, wenn man darauf verweist, daß es den Landwirten in anderen Ländern keineswegs besser gehe. Nun ist ja die herrschende Agrarkrise eine Weltkrise und in Amerika leiden die Farmer gleichfalls unter den mangelnden Absatzmöglichkeiten für Getreide. Man mag den Zustand mit Ueberproduktion bezeichnen, wobei man selbstverständlich den Beweis schuldig bleiben dürfte, daß es nicht Millionen und Abermillionen Menschen gibt, die gern Brot essen würden, wenn sie es bezahlen könnten. Das gilt nicht nur für die ungeheuren Hungergebiete Ostasiens, das gilt selbst für das Roggenüberschußgebiet Deutschland. Mit der angeblichen Ueberproduktion steht ja immer wieder die ungenügende Kaufkraft der breiten Bevölkerung in ursächlicher Verbindung. Die unsinnige Zoll- und Exportprämienpolitik des Reichsernährungsministers Schiele beweist, daß die herrschende Schicht in Deutschland den Zusammenhang zwischen Agrarnot und Volksnot noch lange nicht begriffen hat.

Mitteldeutsche Rundschau.

Fangprämie für Maikäfer.

Braunschweig. Da das Jahr 1930 ein Hauptschwarmjahr für Maikäfer ist, hat der Braunschweigische Minister des Innern in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer eine Fangprämie von 8 ℳ je Zentner ausgesetzt.

Verhandlung gegen die Räuber von Harty.

Hildesheim. Die Gerichtsverhandlung gegen die Melker Apitius und Kadelke, die einen Raubüberfall auf den 70jährigen Gastwirt Runge verübten, wird am 25. Juni vor dem hiesigen Schöffengericht stattfinden.

Sechs Verletzte bei einem Bauunfall.

Nordhausen. Bei dem Umbau des Ladengeschäfts der Hutfirma Görke in der Töpferstraße sollte ein zirka 15 Zentner schwerer eiserner Tragbalken in die Decke eingezogen werden. Man hatte dazu ein kleines Gerüst errichtet, verzichtete jedoch auf die Verwendung maschineller Hebewerkzeuge oder Flaschenzüge. Als am Mittwoch nachmittag acht Arbeiter mit dem Emporziehen des Trägers beschäftigt waren, stürzte dieser plötzlich herab und fiel dem Maurer Fritz Ehlers aus Groß-Berndten auf den Rücken. Von den übrigen Arbeitern wurden weitere 5 verletzt, davon zwei schwer an Kopf und Fuß. Die Leichtverletzten konnten bereits wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Wie der Unglücksfall entstanden ist, wird die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergeben.

Motorradunfall.

Magdeburg. In der Halberstädter Straße fuhr der Schmied Erich Rusche aus Gr.-Ottersleben mit seinem Motorrad gegen eine Straßenbahn. R. erlitt einen Kniescheiben- und Oberschenkelbruch. Der auf dem Sozius sitzende Wilhelm Krüger aus Ottersleben zog sich einen Unterschenkelbruch zu. Die Verunglückten wurden dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt.

Milde Richter für Münchmeyer.

Magdeburg. Die Donnerstagsitzung eröffnete Oberstaatsanwalt Raßmuß als Vertreter der Anklagebehörde mit seinem Plaidoyer. Er beantragte für die einzelnen Fälle folgende Strafen: Hamm: 4 Monate Gefängnis aus § 166 StrGB. und § 8 des Republikschutzgesetzes, Nordhausen: 8 Monate Gefängnis aus §§ 166, 130 StrGB. Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft und öffentliche Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Im Fall Kyritz beantragte er Freisprechung. Stolp: 5 Monate Gefängnis aus § 8, Absatz 1 Republikschutzgesetz und § 8, Absatz 1, 2. Absatz, indirekte und direkte Beschimpfung der Republik, Minden: 2 Monate Gefängnis aus § 8 des Republikschutzgesetzes. Verden a. d. Aller: 2 Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen Republikschutzgesetz und 1 Monat Gefängnis wegen Beamtenbeleidigung, Magdeburg. 2 Monate Gefängnis aus § 166 StrGB. und § 8 Republikschutzgesetz. Außerdem beantragte er für jeden Fall der Verurteilung eine Geldstrafe von je 100 ℳ, zusammen 500 ℳ. Die verhängten Einzelstrafen sollen nach Maßgabe des § 74 Str.GB. auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis zusammengezogen werden. Nach dreistündiger Beratung verkündete der Vorsitzende gegen 20 Uhr folgendes Urteil: Der Angeklagte Ludwig Münchmeyer wird unter Freisprechung im übrigen wegen Vergehens gegen § 8 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik in zwei Fällen und in einem Fall in Verbindung mit Tateinheit § 166 StrGB. — Verächtlichmachung der bestehenden Staatsformen — anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von drei Monaten zu einer Geldstrafe von 500 ℳ für jeden einzelnen Fall, also zu einer Gesamtstrafe von 1500 ℳ verurteilt. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß die Aussagen der Belastungszeugen in den Fällen Hamm i. W., Nordhausen und Stolp i. P. durch die Entlastungszeugen nicht haben entkräftet oder widerlegt werden können. In den übrigen Fällen blieben zwar die Verdachtsmomente bestehen, doch habe das Beweismaterial zu einer Verurteilung nicht ausgereicht.

Wittenberger Kommunisten vor dem Richter.

Wittenberge. Vor dem Wittenberger Schöffengericht fanden die Zusammenstöße, die sich am 6. und 10. März in Wittenberge zwischen Kommunisten und Polizei abspielten, ein Nachspiel. In Erwartung einer sensationellen Verhandlung hatten sich viele Zuhörer eingefunden, so daß der Zuhörerraum wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußte. Angeklagt waren die Kommunisten Pohndorf, Schubert und Ernst, die nach einer politischen Versammlung in der Zentralhalle die Menschenmenge zum Ungehorsam gegen die rechtsgültige Verordnung über das Demonstrationsverbot aufgefordert und dann die Zusammenstöße mit der Potsdamer Schupo und der Wittenberger Polizei herbeigeführt hatten. Das Urteil lautete gegen Pohndorf auf 1 Monat, gegen Schubert auf 2 Wochen und gegen Ernst auf 3 Wochen Gefängnis. Wegen der Zusammenstöße am 10. März standen die Kommunisten Schwarz und Görke unter Anklage. Sie hatten sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Körperverletzung schuldig gemacht. Schwarz erhielt 2 Wochen, Görke 3 Wochen Gefängnis.

Wieder ein Opfer des schrankenlosen Bahnüberganges.

Oranienbaum. Am Mittwoch gegen 17.30 Uhr ereignete sich an dem schrankenlosen Bahnübergang in der Nähe des hiesigen Bahnhofes auf der Dessau-Oranienbaumer Chaussee ein schwerer Zusammenstoß zwischen Personenzug und Motorrad. Der Volontär v. Oertzen-Jasper fuhr mit seinem Motorrad auf den aus der Station gerade herauskommenden Personenzug auf, kam unter die Räder des zweiten Personenwagens und wurde tödlich überfahren.

Vorgeschichtlicher Fund bei Duderstadt.

Duderstadt. In einer Ziegeleitongrube in Bilshausen, Kreis Duderstadt, wurde bei Abbauarbeiten in einer Tiefe von 25 Metern ein uraltes Hirschgeweih entdeckt, das unter Leitung von Professoren der Universität Göttingen freigelegt wurde. Wie es heißt, soll im ganzen Europa nur noch ein weiteres derartiges vorgeschichtliches Stück vorhanden sein, das in England gefunden wurde. Die den Fund untersuchenden Professoren teilten mit, daß das Hirschgeweih schätzungsweise 300 000 Jahre alt ist.

Vom elektrischen Strom getötet.

Naumburg. Der Lokomotivführer Gerlach aus Unterwerschen putzte auf Abraum Deuben eine elektrische Lokomotive. Da die Maschine unter Strom stand, wurde er dabei vom elektrischen Strom getroffen. Er war sofort tot.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0011

Gewerkschaftliches.

Einmütige Ablehnung des Metall-Schiedsspruches.

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in Halle in der Arbeitszeitfrage der Metallindustrie der Tarifgebiete Anhalt, Halle, Magdeburg und Thale hat bei den Metallarbeitern stärkste Empörung ausgelöst. Die Vertreter der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die am Dienstag in Wernigerode in einer Konferenz dazu Stellung nahmen, erklärten, wie bereits berichtet, einmütig, daß der Schiedsspruch untragbar sei. Er wurde deshalb einstimmig abgelehnt und beschlossen, nunmehr in Funktionärsitzungen und Mitgliederversammlungen dazu Stellung zu nehmen, um ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Betriebe zu ermöglichen.

Von den Rednern kam allseitig zum Ausdruck, daß die Schlichtungsinstanzen entweder jedes soziale Verständnis vermissen oder sich so stark vom Kapital beeinflussen lassen, daß ihre Entscheidungen stets im Sinne des wirtschaftlich Stärkeren ausfallen. Allgemein kam deshalb zum Ausdruck, sich mehr und mehr von den Schlichtungsinstanzen loszulösen.

Es wurde festgestellt, daß im Bereich der Betriebe des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller 15 000 arbeitslose Metallarbeiter vorhanden sind. Wenn dabei auch viele bei Nichtverbandsfirmen sowie in fremden Industrien, wie chemische und Bergbauindustrien und anderen beschäftigt waren, so mußte das umsomehr ein Anlaß für den Schlichtungsausschuß sein, eine Entscheidung zu fällen, die weit sichtbar erkennen ließ, wie zwingend notwendig nicht nur in der Metallindustrie, sondern auch in anderen Industrien eine erhebliche Herabsetzung der Arbeitszeit ist, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen, wodurch die Kaufkraft gestärkt und dadurch erhöhte Absatzmöglichkeiten und Wiederbelebung der Wirtschaft erzielt wird.

Leider üben zur Zeit andere, reaktionäre, vom reinen Unternehmerstandpunkt diktierte Kräfte eine stärkere Wirkung auf die in Frage kommenden Instanzen aus, woraus die den Gewerkschaftsorganisationen noch fernstehenden Arbeiter die richtige Lehre ziehen sollten. Nur starke Gewerkschaftsorganisationen sind in der Lage, den Arbeitern wirtschaftlich zu helfen und damit den Volkswirtschaftsinteressen dienen zu können.

Die Konferenz des DMV. nahm auch noch Stellung zu dem Vorgehen der Metallindustriellen gegen die Löhne. Es wurde beschlossen, sofort in eine erhöhte Aktion einzutreten und schärfste Kampfstellung gegenüber den Metallindustriellen einzunehmen. Die Metallindustriellen oder Schlichtungsinstanzen, die es wagen sollten, Verschlechterungen der gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren, werden bei den organisierten Metallarbeitern auf Granit beißen. Die nächsten Tage und Wochen können auf Grund des Vorgehens der Metallindustriellen zu schweren, wirtschaftlichen Erschütterungen führen.

Die Hälfte aller Bauarbeiter ist heute noch erwerbslos!

Im Baugewerbe herrscht einstweilen noch fürchterliche Arbeitslosigkeit. Mitten im Mai sind 50 Prozent aller Bauarbeiter erwerbslos. Im „Grundstein“, dem Organ des Deutschen Baugewerksbundes, erheben daher von neuem die freiorganisierten Bauarbeiter die Forderung auf Einbeziehung des Baugewerbes in die Krisenfürsorge. „Wir unterstreichen diese Forderung“, schreibt der „Grundstein“, „und erwarten, daß auch jene Kreise, die dem heutigen Reichsarbeitsminister näher stehen als wir und besonders jene, die zurzeit immer den Mund so voll nehmen und jeden Hinweis auf die Gefährdung der Arbeitslosenversicherung empört zurückweisen, allen ihren Einfluß ausüben werden, damit die Bauarbeiter unverzüglich in den Genuß der Krisenunterstützung kommen.“

Die Forderung auf Einbeziehung in die Krisenunterstützung ist von den Bauarbeitern bereits Mitte Januar in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister Wissell gestellt worden. Von ihm ist die Berechtigung dieser Forderung damals auch anerkannt worden. Die Deutsche Volkspartei hat jedoch, getreu ihrer in der Arbeitslosenfrage verfolgten Aushungerungstaktik, die Bereitstellung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Krisenunterstützung unmöglich gemacht. Jetzt haben die christlichen Gewerkschaften die Möglichkeit, den Wert ihrer Querverbindungen zu den bürgerlichen Parteien zu zeigen.

Die Voraussetzungen zur Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenfürsorge sind vollauf gegeben; denn kein Mensch wird heute mehr bestreiten wollen, daß sich der Arbeitsmarkt in einer Krise befindet und deshalb der Ausbau der Krisen-Unterstützung auf der ganzen Linie notwendig geworden ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April sind, wie auf der Bundesausschußsitzung des ADGB. festgestellt wurde, rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert worden. Wer im Winter vielleicht noch auf eine Belebung des Arbeitsmarktes im Frühjahr gerechnet hat und aus einem solchen, allerdings schon damals wenig begründeten Glauben heraus von einer Erweiterung der Krisenunterstützung nichts wissen wollte, der muß heute angesichts der neuesten Arbeitslosenziffern eines Besseren belehrt sein. Wer sich heute noch einem Ausbau der Krisenunterstützung in den Weg stellt, bedroht Ruhe und Ordnung im Staat.

13,5 Millionen Gewerkschaftler. Die Zahl der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Mitglieder betrug am 31. Dezember 1928 rund 13,5 Millionen. Die Zunahme im Jahre 1928 beträgt 2,8 Prozent.

Bei den Betriebsrätewahlen der Eisenbahner haben in 14 Braunschweiger Dienststellen von 1676 wahlberechtigten Lohnempfängern 1592 ihre Stimme abgegeben. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (freigewerkschaftlich) erhielt davon 1410 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahnerverband (Hirsch-Duncker) 150 und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Christen) 6 Stimmen. Von 55 Betriebsratssitzen erhielt der Einheitsverband 52, der Allgemeine Eisenbahnerverband 3 Sitze. Das Ergebnis ist also für den freigewerkschaftlichen Einheitsverband geradezu glänzend.

Wirtschaft und Handel.

7,1 Prozent Durchschnittsdividende.

Bei der Brauindustrie 11,8 Prozent.

Nach einer Untersuchung des Statistischen Reichsamts, die sich auf rund 300 Börsen- und Millionengesellschaften erstreckt, die ihren Abschluß in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1929 veröffentlichten, wurde eine Durchschnittsdividende von 7,1 Prozent gezahlt. Die Durchschnittsdividende hat sich also gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Da sich aber das Nominalkapital von 2,7 auf 2,8 Milliarden Mark erhöhte, erfordert die Zahlung der Durchschnittsdividende 192,3 Millionen gegenüber 188,4 Millionen Mark im Vorjahr. Die Abschlüsse werden bereits durch die einsetzende Krise 1929 bestimmt. Von Bedeutung ist, daß die Brauindustrie fast als einzige Industrie ihre Durchschnittsdividende erheblich, von 11 auf 11,8 Prozent, steigern konnte. Die Brauindustrie zahlt auch die höchste Durchschnittsdividende.

Die Sarotti A.-G. in Berlin läßt es, wie in den Vorjahren, bei einer süßen Dividende von 10 Prozent bewenden. Der Rohertrag hat sich von 9,8 Millionen auf 10,5 Millionen gesteigert. Für den Reingewinn liegt eine Erhöhung von 1,08 Millionen auf 1,64 Millionen Mark vor. Das Anlagekonto ist stark angewachsen. Die finanziellen Auswirkungen des Zusammenschlusses mit der Deutschen A.-G. für Nestle-Erzeugnisse erwartet das Unternehmen erst im kommenden Abschluß.

Die Zahl der Konkurse wird für den Monat April mit 1 006 angegeben (März = 1 142, Februar = 1 103). Bei den Vergleichsverfahren liegt allerdings noch immer eine Steigerung vor und zwar von 576 im Februar und 692 im März auf 703 im April.

Besserung in der deutschen Schuhindustrie. Zugleich mit der kräftigen Steigerung der deutschen Schuhausfuhr hat sich auch auf dem deutschen Inlandsmarkt die Konjunktur für die Schuhindustrie erheblich gebessert. So wird aus Pirmasens, dem Zentrum der deutschen Schuhfabrikation, berichtet, daß in sämtlichen Großbetrieben zurzeit mit Hochdruck gearbeitet wird. Auch in den vielen Mittel- und Kleinbetrieben dieses Bezirks hat sich der Beschäftigungsgrad beträchtlich gehoben. Die Arbeitslosigkeit in der Pirmasenser Schuhindustrie, die in den letzten beiden Jahren einen katastrophalen Charakter angenommen hatte, konnte auf 5 250 gesenkt werden. Wenn diese Zahl auch noch sehr hoch ist, so ist doch als erfreulicher Fortschritt festzustellen, daß sie die niedrigste Arbeitslosenziffer seit drei Jahren darstellt. Auch in den von der Schuhindustrie abhängigen Fabrikationszweigen der Schuhmaschinen-, Leisten- und Kartonnageindustrie ist die Geschäftslage zur Zeit sehr gut. —

Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 15. Mai.

	14. Mai	15. Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	282.— bis 284.—	282.— bis 284.—
Roggen	162.— bis 168.—	160.— bis 170.—
Braugerste	190.— bis 202.—	190.— bis 202.—
Futter- u. Industrie-Gerste	172.— bis 185.—	172.— bis 185.—
Hafer	151.— bis 160.—	151.— bis 160.—
Loco-Mais Berlin	.— bis —.—	.— bis —.—
Weizenmehl	31.25 bis 39.75	31.25 bis 39.75
Roggenmehl	23.00 bis 25.75	23.00 bis 25.75
Weizenkleie	9.00 bis 9.50	9.00 bis 9.50
Roggenkleie	9.25 bis 10.00	9.25 bis 10.00

Amtliche Eiernotierungen vom 15. Mai. Preise in Pfennigen je Stück im Großhandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 11¼, 60 gr 10¼, 53 gr 9½, 48 gr 8¼, frische Eier über 60 gr 9½, 53 gr 9, aussortierte kleine und Schmutzeier 7—7½. Auslandseier: Dänen 18er 11¼, 17er 10¾, Holländer 68 gr 11½, 60—62 gr 10¼—11¼, leichtere 9¾, Belgier 57—58 gr 10, Litauer große 9¼, normale 8, Rumänen 8½, Ungarn 8½—9, Russen große 8¾, normale 8½, Polen normale 8, kleine, Mittel- und Schmutzeier 7—7¼. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 6—6½. Witterung: Veränderlich, Tendenz: ruhig.

Buttermarkt. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 15. Mai: 1. Sorte 126 Mark, 2. Sorte 113 Mark, 3. Sorte 97 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Aus der Partei.

Hilferding über den Regierungsaustritt.

In der neuesten Nummer der „Gesellschaft“ (Mainummer) unterzieht Genosse Hilferding den Regierungsaustritt der Sozialdemokratie einer Kritik. Er wendet sich zunächst gegen die Beurteilung des Kompromißantrags in der Arbeitslosenversicherungsfrage, der ja die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion zum Austritt führte:

„Dieser Kompromißantrag hat, wie bekannt, sachlich noch gar nichts entschieden. Die Sozialdemokratie hätte in der Regierung ihr Veto gegen einen Leistungsabbau aufrechterhalten können. Der Austritt aus der Regierung hat „die Abwehr nicht erleichtert“. Die Stellung der Regierungsfrage, deren Aufwerfung durch die sozialdemokratischen Minister bei einem neuen Abbauversuch ja nicht zweifelhaft gewesen wäre, hätte jedenfalls die sozialdemokratische Position weiter stärker gemacht, als sie jetzt ist, wo das Zentrum in Abhängigkeit gerade von den stärksten Gegnern der Arbeitslosenversicherung geraten ist. Den Preis der Sprengung der Regierung nur zum Zweck einer Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung hätte das Zentrum nicht zahlen können, ohne sich bei seinen Gewerkschaften unmöglich zu machen. Gerade vom Standpunkt der Sicherung der Arbeitslosenversicherung erscheint der Austritt aus der Regierung zum mindesten als kein Gewinn. Die Befürchtung, im Herbst wäre es doch zur Verschlechterung gekommen, scheint für einen so schwerwiegenden Schritt nicht ausreichend; es ist nicht gut, aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu verüben.“

In einer gesamtpolitischen Beurteilung meint Hilferding:

„Die Lähmung des Parlaments werde von sehr starken Gruppen direkt gewünscht und gefördert. Und die eigentliche Gefahr für die Zukunft des deutschen Parlamentarismus drohe nicht von außen, von einem gewaltsamen Putsch her, sondern von innen: Ajax fällt durch Ajax' Kraft. Am Beginn der Regierung Brüning stand die Gefahr des Artikels 48, der in diesem Falle an Stelle des Steuerbewilligungsrechts, eines Grundrechts jedes Parlaments, funktionieren sollte: „Daß schließlich sich im Parlament eine Zufallsmehrheit von vier Stimmen fand und dadurch die Anwendung des Artikels 48 wegfiel, war eben ein Zufall, allerdings einer von historischer Bedeutung. Denn er rettete zunächst den deutschen Parlamentarismus vor einer schweren Erschütterung, deren weitere Konsequenzen niemand hätte voraussehen können. Denn wenn einmal eine so weitgehende Anwendung des Artikels 48, wie die Einführung neuer Steuer- und vielleicht neuer Zollgesetze, erfolgt ist, so bleibt auf alle Fälle eine lang dauernde Schwächung des Parlaments zurück. Und man weiß zwar beim Artikel 48, wie es anfängt, nicht aber wie es fortgeht und endigt. Daß der Zufall einer unberechenbaren Abstimmung der deutschen Politik zu Hilfe kam, ändert nichts daran, daß eine solche Politik einen Ritt über den Bodensee bedeutet hat. Es ist aber nicht gute Taktik, die solche Wagnisse nicht ausschließt und über eine spezielle Entscheidung die allgemeine Situation aus dem Auge verliert. Und gerade bei einer so jungen Verfassung, von der man gerade nicht behaupten kann, daß hinter ihr die begeisterte und opferbereite Zustimmung der ganzen Nation steht, kommt alles darauf an, nicht eine Tradition entstehen zu lassen, die ihren demokratisch-parlamentarischen Grundgedanken bedroht.“

Das bisherige Resultat sind kostspielige Konzessionen an die einzelnen Gruppen hinter der Regierung und ferner die Machtstellung, zu der, wenn nicht die deutschnationale Fraktion, so doch die in ihr vertretenen Interessen- und Machtgruppen plötzlich gelangt sind:

„Der Konflikt zwischen diesen Interessen und der antiparlamentarischen monarchistischen Ideologie erschütterte ja von Anfang an das Gefüge dieser Partei, und es war das Verdienst Hugenbergs, den Konflikt auf die Spitze getrieben zu haben. Hätte man diesen Konflikt ausreifen lassen, so hätte er mit der Umwandlung der Deutschnationalen Partei in eine staatskonservative Gruppe geendet. Jetzt hat man der Partei die Möglichkeit gegeben, ihre Interessen in stärkstem Maße durchzusetzen, ohne mit ihrer Ideologie kapitulieren zu müssen. Siegt Westarp endgültig über Hugenberg, so siegt er als Monarchist und Antiparlamentarier, und der staatspolitische Nutzen ist vertan.“

Hilferding begründet seine Ausführungen mit der Pflicht, „den allgemein politischen Erwägungen für die Zukunft ihr Vorrecht auch vor wichtigen Entscheidungen der Einzelfragen zu sichern“.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend. (S. A.-J.)

Halberstadt. Horde Karl Marx und August Bebel. Sämtliche Radfahrer treffen sich am Sonnabend abend, 19,45 Uhr, vor der Post, um nach Aschersleben zu fahren. An Unkosten hierzu entstehen 70 Pf. Wer nicht mit nach Aschersleben kann, trifft sich um 8 Uhr am Sonnabend abend zur Nachtfahrt am Fürstenhof. Jeder muß eine Decke und 50 Pf. dazu mitbringen.

Wernigerode. Horde Friedrich Ebert. Sonnabend, 20 Uhr, Heimabend, Montag, Mitgliederversammlung im Monopol.

Werbebezirk Quedlinburg. In der gestrigen Nachricht ist ein Irrtum unterlaufen. Es sollte nicht heißen: Werbebezirk Quedlinburg und Halberstadt-Wernigerode, sondern nur W. B. Z. Quedlinburg.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Jungbuchdrucker Halberstadt. Freitag, den 16. Mai, 20 Uhr, Zusammenkunft im Heim: Endgültige Meldungen zum Jugendtag in Magdeburg und nähere Mitteilungen über Abfahrt usw. Anschließend: Verbandsgeschichte. Keiner darf fehlen. Wer nicht anwesend ist, kann nicht mit nach Magdeburg.

Holzarbeiterjugend Halberstadt. Sonntag, den 18. Mai, Schnitzeljagd. Abmarsch 6,45 Uhr vom Fürchenhof.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Halberstadt. Schutzsportabteilung. Am Sonntag ist die zweite und Jugendmannschaft spielfrei. Beide Mannschaften treffen sich um 9,30 Uhr auf dem Anger zum Trainingsspiel mit den Wehrstedter Kameraden. Die erste Mannschaft fährte in voller Aufstellung nach Wernigerode zum Punktspiel. Die Kameraden treffen sich um 2 Uhr (14 Uhr) am Hauptbahnhof. Wir machen nochmals auf die am Sonnabend bei Rubberg stattfindende Turnerversammlung aufmerksam.

Kreis Halberstadt-Wernigerode. Am Sonntag, den 18. Mai, findet die erste Kreisübungsstunde in Halberstadt statt. Beginn 9,30 Uhr im Odeum. Pflicht eines jeden Spielmannes ist es, an dieser Uebungsstunde teilzunehmen.

Halberstadt. Spielerkorps. Sonnabend, 19,30 Uhr, treffen sich sämtliche Spielleute Ecke Hunstraße-Burchardistraße.

Wehrstedt. Spielleute, am Sonntag, den 18. Mai, findet morgens 9,30 Uhr, im Odeum die erste Kreisübungsstunde statt. — Am Donnerstag, den 22. Mai, findet im Lokal Raeke unsere Versammlung statt.

Wernigerode. Spielleute. Am Sonntag früh 7,10 Uhr, Fahrt nach Halberstadt zur Kreisübung. Treffpunkt um 7 Uhr am Bahnhof mit Instrumenten. Wer sein Instrument nicht im Besitz hat, muß es bis Sonnabend, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, abholen.

Kreis Aschersleben-Quedlinburg-Thale. Spielleute. Am Sonntag, den 18. Mai, findet in Aschersleben eine Kreisübungsstunde statt. Da am gleichen Tage ein Frauentreffen der SPD. und auch der SAJ. stattfindet, wird erwartet, daß sämtliche Spielleute aus dem Kreise zu dieser Uebungsstunde erscheinen, damit wir nachmittags am Umzug teilnehmen können. Treffpunkt ist morgens 9 Uhr im Neuen Kaffeegarten.

Thale. Am Freitag, den 16. Mai, 20 Uhr, findet beim Kam. H. Schinkel, eine Vorstandssitzung statt, zu der auch die Unterkassierer hierdurch eingeladen sind. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Oschersleben. Am Sonnabend, den 17. Mai, 20 Uhr, im Stadtpark öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Gefahren für den sozialen Ausbau der Republik. Referent: Kamerad Meurer (Redakteur der Bundeszeitung). Alle Kameraden und alle republikanisch gesinnten Männer und Frauen werden dazu freundlich eingeladen.

Neinstedt. Am Sonnabend, den 17. Mai, 20 Uhr, findet eine wichtige Mitgliederversammlung beim Kameraden Bergmann, Felsenschänke, statt.

Amtliche Wetternachrichten.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ☈ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Voraussichtliche Witterung bis 17. Mai abends.

Ueber Mitteldeutschland, wo die Luftmassen in der Höhe verhältnismäßig kalt gegen die bodennahen Luftschichten sind, kam es am Donnerstag noch zu Regenschauern, die jedoch nur im Elbgebiet von größerer Stärke waren. Unter dem Einfluß dieser kleinen Störungen waren die Lufttemperaturen örtlich sehr verschieden. Auf dem Brocken herrschten 3 Grad Wärme. Luftdruckanstieg über dem größten Teil Europas zieht von Südwesten her das Hochdruckgebiet nach dem mittleren Europa. Nord- und Mitteldeutschland werden jedoch noch eine zeitlang am Rande dieses Hochs bleiben und mehrfach von Schlechtwettergebieten gestreift werden, die am Südrande einer bei den Britischen Inseln erschienenen Depression entlangschreiten. Die Luftzufuhr erfolgt teils aus Süd, teils aus West, die Temperaturen erfahren dabei erhebliche Schwankungen, werden aber stets höher liegen als in den letzten Tagen.

Aussichten: Im ganzen heiter, zeitweise aber auch regendrohend und stellenweise Schauer und Gewitter. Temperatur stark schwankend, wärmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0012

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 114 | **Freitag, den 16. Mai 1930** | **5. Jahrgang**

Arbeiter, wehrt Euch!

Gegen den Abbau des Arbeitslosen-Schutzes.

Was das gestern an dieser Stelle schon von uns geschilderte Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt als Lösung des Arbeitslosenproblems vorschlägt, darf unter keinen Umständen Gesetz werden. Die Vorentscheidung, die nach den Plänen des Kabinetts Brüning das Gutachten darstellen soll, muß bei der wirklichen Entscheidung im Reichstag weggefegt werden. Das ganze werktätige Volk, die gesamte Arbeiterschaft, einschließlich der christlichen Arbeiter, muß sich gegen die Ungeheuerlichkeiten des Gutachtens auflehnen.

Was die Sozialreaktion im Augenblick wollte, war nichts anderes als die Zerschlagung oder Verkrüppelung der Arbeitslosenversicherung selbst. Die Vorstöße in der bürgerlichen Presse zum Zweck der Herausnahme der Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und die Aktion des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zur Schaffung von Ersatzkassen für den Angestellten zeigen, daß das Fundament der Arbeitslosenversicherung bedroht war. Der zähe Widerstand der freien Gewerkschaften hat dafür gesorgt, daß auch in der Zeit, wo die Sozialdemokratie nicht in der Reichsregierung ist, die Bäume der Sozialreaktionäre nicht in den Himmel wachsen. Trotzdem ist und bleibt das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt ein brutaler Anschlag gegen die Arbeitslosen. Man will ihnen den schon fast leeren Brotkorb noch höher hängen. Man will einen Raub am Brot der Aermsten des deutschen Volkes. In der Zeit von der „Vorentscheidung" bis zur Hauptentscheidung muß von der frei organisierten Arbeiterschaft das ganze Volk zum Widerstand gegen den Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung in Stadt und Land mobilisiert werden. Das kann nicht schwer fallen; denn wenn erst einmal bei den breiten Massen erkannt wird, was an Leistungsabbau geplant ist, dann wird ein Volkssturm losbrechen.

Was will das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt? Lassen wir die Tatsachen sprechen. Im Vordergrund der Ersparnisvorschläge stand der Kampf um die Unterstützung der Arbeitslosen mit kürzerer als 52wöchiger Anwartschaft. Der alte Zentrumsantrag „Teusch-Riesener", der im vorigen Jahr bereits im Reichstag eine Rolle spielte, lebt wieder auf. Danach soll die volle Unterstützung nur der Arbeitslose erhalten, der mindestens eine durch Unterstützungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen hat, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer geringeren Unterstützung berechtigen würde. Was bedeutet dieser Antrag? Er ist heute eine noch größere Ungeheuerlichkeit als im vergangenen Jahr; denn heute sieht man immer deutlicher, daß das einzelne Arbeitsverhältnis mehr und mehr ein kurzfristiges wird. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer häufigere Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wäre nach dem Gutachten also, daß alle Versicherten, die nicht das Glück haben, langdauernd beschäftigt zu sein, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen und bei der Unterstützung sozusagen auf halbe Ration gesetzt werden. Immer noch will man im Zentrum nicht einsehen, daß die Zahlung der Sätze der Krisenunterstützung bei kurzfristiger Anwartschaft gerade die Unglücklichen trifft, die immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen müssen. Wer weniger die Unterstützung in Anspruch nimmt, soll bevorzugt werden, d. h. wer hat, dem soll gegeben werden. Man will angeblich die Arbeitsmoral heben, — in Wirklichkeit trifft man grausam und erbarmungslos Hunderttausende, die nichts dafür können, daß sie nur kurzfristig Beschäftigung finden. Leider haben sich die christlichen Gewerkschaften durch das Gerede, daß die Grundsätze einer Versicherung beachtet werden müßten, für die unsoziale Unterstützungskürzung breitschlagen und in die Front der Sozialreaktionäre drängen lassen. Sie wollen damit die Sonderregelung der Saisonarbeiter überflüssig machen. Der Saisonarbeiter, der keine 52 hintereinanderliegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt naturgemäß unter die Unterstützungskürzung. Bisher hatte der Saisonarbeiter, abgesehen von den 3—4 Monaten der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, Anspruch auf die volle Unterstützung. Jetzt soll er überhaupt nur die Krisensätze erhalten und, damit „Gerechtigkeit" herrsche, erstreckt man diese Verschlechterung gleich auf alle anderen Arbeitnehmer. Eine saubere Lösung des Saisonarbeiterproblems! Und auch damit noch nicht genug: für die Verschlechterung der Unterstützung während des ganzen Jahres sollen die Angehörigen der Saisonberufe nun auch noch vielfach höhere Beiträge bezahlen! Ein geradezu tolles Ansinnen!

Den Arbeitslosen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, will man den Unterstützungsanspruch nehmen. Sie sollen ihren seit der letzten Unterstützung geleisteten Beitrag zurückerhalten, jedoch nur bis zu höchstens 100 Mark. Alle Welt weiß, daß die 65jährigen infolge der geringen Altersversorgung nicht gerne auf Beschäftigung verzichten. Trotzdem will ihnen das Gutachten den Unterstützungsanspruch in der Versicherung rauben. Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstützung beziehen, soll die niedrigere Unterstützung um die Hälfte gekürzt werden, ausgenommen Ehegatten mit Kindern unter 14 Jahren oder mit arbeitslosen Kindern unter 17 Jahren. Auch hier haben die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften für die Verschlechterung gestimmt.

Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr sollen nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie keinen familienrechtlichen Unterstützungsanspruch haben. Die Arbeitgeber hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Sie haben keine Ahnung davon, daß der Verdienst der Jugendlichen unter 17 Jahren heute in der Mehrzahl der Fälle für die Familie eine glatte Notwendigkeit ist. Dieser Vorschlag schafft nur Verbitterung. Geld bringt er nicht ein, da der Zufluß an Jugendlichen in den nächsten Jahren nachläßt. Auch die Heimarbeiterinnen, Wartefrauen, Zeitungsausträgerinnen usw. hat man nicht geschont. Geringfügige Beschäftigungen, d. h. solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern oder für die nicht mehr als 8 Mark wöchentlicher Verdienst erzielt wird, sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein.

Eine böse Litanei von Verschlechterungen, gegen die sich die freien Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit aller Macht gestemmt haben. Man will rund 100 Millionen durch Leistungsabbau einsparen, weil man vor dem von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften empfohlenen Weg eines allgemeinen Notopfers der Höherbezahlten zurückschreckt. Zur Empfehlung eines allgemeinen Notopfers hat sich der Vorstand der Reichsanstalt nicht aufgerafft. Es hieß, es sei nicht seine Sache, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. Als ob seine Ersparnisvorschläge nicht auch Deckungsvorschläge darstellten!

Engherzigkeit, wo gemäß der Pflicht der Allgemeinheit für die Aufrechterhaltung des Arbeitslosenschutzes gehandelt werden muß, und Grausamkeit gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise und Wirtschaftsentwicklung blicken aus dem Gesicht des dem Kabinett Brüning auf Bestellung gelieferten Gutachtens. **Gegen diese Politik der Engherzigkeit und Grausamkeit kann es nur rücksichtslosen Kampf geben. Volk, wehre Dich!**

*

Heraus mit der Sprache!

Berlin, 16. Mai. (Eig. Funk.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat bei der Beratung des Sozialetats im Haushaltsausschuß des Reichstages bisher auf alle Fragen über die Sanierung der Reichsanstalt ausweichende Antworten gegeben. Die Sozialdemokratie unternahm [...]

[...] stützungsansprüche nur noch die Krisensätze ausgezahlt würden. Geringfügige Beschäftigung, wie die der Reinemachefrauen, werden aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen. Wenn beide Ehegatten erwerbslos seien, werde einem in den meisten Fällen der verheirateten erwerbslosen Frau, die Unterstützung auf 50 Prozent gekürzt. Es handele sich um eine Aushöhlung der heutigen Erwerbslosenversicherung in schimmster Form. Die Ersparnisse würden von der Reichsanstalt auf 116 Millionen Mark jährlich beziffert. Es bedürfe wohl kaum eines Hinweises, daß die Sozialdemokratie gegen diesen sozialreaktionären Abbau der Leistungen schärfsten Widerstand leisten werde. Die Vorschläge, die die Reichsregierung über die Reichsanstalt mache, bestätigten, daß die Befürchtungen der Sozialdemokratie noch weit übertroffen seien und daß das seiner Zeit vorgelegte Kompromiß lediglich Leistungsabbau bedeute. Die Situation von heute sei: Keine Sanierung, Beitragserhöhung und gleichzeitiger Leistungsabbau.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

erklärte ziemlich hilflos, daß er sich zu den Vorschlägen und zu der Sanierung der Reichsanstalt in keiner Weise äußern könne. Er wolle versuchen, den endgültigen Vorschlag des Reichskabinetts in 8—14 Tagen vorzulegen.

Abg. Wissel (Soz.)

weist darauf hin, daß die von der Reichsanstalt angenommene Durchschnittszahl von 1,5 Millionen zu unterstützenden Arbeitslosen den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werde. Im Durchschnitt der vier Monate von Januar bis April seien 2 348 000 Arbeitslose unterstützt worden. Wenn jetzt mit einer Durchschnittszahl von 1,5 Millionen Unterstützten gerechnet werden solle, dann dürfe die Arbeitslosigkeit in den nächsten 8 Monaten nicht über einen Durchschnitt von 1,076 Millionen hinausgehen. Das sei angesichts der am 1. Mai noch unterstützten rund 2 Millionen Arbeitslosen ganz ausgeschlossen. Hinzu komme, daß die Vorschläge der Reichsanstalt eine Wirkung hätten, die geradezu verhängnisvoll sein werde. Nach der Erhebung über die Verteilung der Hauptunterstützungsempfänger im vorigen Jahre, nach der Zahl der zurückgelegten Beitragswochen habe sich ergeben, daß

nur 25,8 Prozent eine Beitragszeit von 52 Wochen

zu verzeichnen haben. Jetzt solle aber nach den Vorschlägen der Reichsanstalt für alle Unterstützungsempfänger, die weniger als 52 Beitragswochen vor der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung zu verzeichnen hätten, die Unterstützung auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgemindert werden. Davon würden gerade die Unterstützten der höchsten Klasse bis zur Klasse 8 hinab betroffen. Das aber werde in erster Linie mit die Bauarbeiter betreffen, die wohl ausschließlich in diesen höheren Beitragsklassen versichert seien. Nach der Erhebung des vorigen Jahres hätten nur 11,7 Prozent der Bauarbeiter eine Beitragszeit von 52 und mehr Beitragswochen gehabt. Die Vorschläge der Reichsanstalt liefen auch darauf hinaus, den auf Grund der Versicherungsleistungen erworbenen Rechtsanspruch in allen Fällen zu mildern, in denen beide Ehegatten Unterstützung bekommen. Nirgends sei es im Versicherungsrecht üblich, Leistungsansprüche, die aufgrund von Beitragszahlungen erworben seien, von den Einnahmen anderer Familienmitglieder abhängig zu machen.

In später Abendstunde wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

[...]tritt des Reichstages

[...]es Reichsjustizministers Dr. Bredt.

[...] Wirtschaftspartei, ihrem Vertrauensmann in der Regierung das gesetzgeberische Machwerk vor die Füße. So endete Bredts erste ministerielle Leistung. Er wird von sich sagen dürfen, daß noch nie ein deutscher Minister ähnlich vom Reichstag nach Hause geschickt worden ist. An Rücktritt denkt Herr Bredt natürlich nicht. Wie sollte er auch? Er hat lange genug darauf gewartet, „Herr Reichsminister" tituliert zu werden.

Der Gesetzentwurf wollte die Kürzung der Anwaltsgebühren in Armenrechtssachen, ferner wollte er eine Berufung in Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche nur bei einem Betrag von 200 Reichsmark zulassen. Die amtsgerichtliche Zuständigkeitsgrenze, die in der Vorkriegszeit 600 M betrug, sollte auf 1000 M erhöht werden, sodaß also erst bei Rechtsfällen im Werte von über 1000 M das Landgericht in Anspruch genommen werden könnte.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Marum bezeichnete den Gesetzentwurf als

unsozial und plutokratisch.

Er verlangte die Ablehnung schon bei der ersten Beratung. Alle weiteren Redner aus dem Hause schlossen sich dem sozialdemokratischen Sprecher an. Das Schicksal des Gesetzentwurfes war dementsprechend. Er wurde ruhmlos begraben.

Das Haus wandte sich dann dem Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu, steuerliche Maßnahmen zwecks

Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung

der deutschen Wirtschaft zu erlassen. Es handelt sich um ein Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung. Sie soll das Recht erhalten, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags auf den Gebieten des Steuerabzuges vom Kapitalertrage, der Kapitalverkehrssteuer, der Wertzuwachssteuer und der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300516-10/fragment/page=0013